

Mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus umgehen

Eine Handlungsempfehlung für Akteur*innen der Kommunalpolitik



In Kooperation mit:



Impressum

„Mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus umgehen Eine Handlungsempfehlung für Akteur*innen der Kommunalpolitik“

Herausgegeben vom Landesintegrationsrat NRW
in Zusammenarbeit mit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus NRW

Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 14
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 99 416-0
Fax 0211 99 416-15
E-Mail info@landesintegrationsrat-nrw.de
www.landesintegrationsrat.nrw

Autorin

Sylvia Weiß

Redaktion

Johanna Knoop, Heiko Klare, Siamak Pourbahri (redaktionelle Koordination),
Engin Sakal (V.i.S.d.P), Nina Schauff, Michael Sturm, Florian Tenk

Satz/Layout

Susanne Neuzerling

Bildnachweis

Titelbild: © Robert Neumann/stock.adobe.com · S. 4: Landesintegrationsrat NRW · S. 5: Bild: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Brandanschlag_solingen_1993.jpg © Wikimedia Commons/Sir James – CC BY-SA 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>) · S. 7: Bild: <https://www.flickr.com/photos/rasande/44992309571> © flickr.com/Rasande Tyskar (<https://www.flickr.com/photos/rasande/>) – CC BY-NC 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/de/>) · S. 11: Bild: <https://www.flickr.com/photos/strassenstriche/7861121306> © flickr.com/strassenstriche.net – CC BY-NC 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/de/>) · S. 13: Bild: <https://www.flickr.com/photos/gruenenrw/6109743660> © flickr.com/Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen – CC BY-NC 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/de/>) · S. 16: <https://www.flickr.com/photos/rasande/44081118945> © flickr.com/Rasande Tyskar – CC BY-NC 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/de/>) · S. 17: Datei:Identitäre Bewegung Banner AfD Demo.jpg © Wikimedia Commons (ursprünglich: [flickr.com/Metro polico.org](https://www.flickr.com/photos/metro-polico)) – CC BY-SA 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>) · S. 19: Adobe Stock@thauwald-pictures · S. 28: © Sebastian Lemme · S. 33: mit freundlicher Genehmigung durch Ali Can · S. 39: Bild: <https://www.flickr.com/photos/dierkschaefer/21589566969> © flickr.com/dierk schaefer – CC BY-NC 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/de/>) · S. 41: Bild: George Soros - World Economic Forum Annual Meeting 2011.jpg © swiss-image.ch/Photo by Michael Wuertenberg – CC BY-NC 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/de/>) · S. 51: Adobe Stock@thauwald-pictures · S. 60: ©Animaflorea PicsStock - stock.adobe.com · S. 62: Ksenija Sakelsek · S. 66: Andreas Vetter · S. 67: © IN VIA e.V. · S. 69: Bild: <https://www.flickr.com/photos/strassenstriche/7861102102/> © flickr.com/strassenstriche.net – CC BY-NC 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/de/>) · S. 70: Mehmet Güneysu · S. 72: © Georg Salzburg · S.74: Seyfullah Köse

Druck

Dezember 2020, Auflage: 2.000

Der Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen wird institutionell gefördert vom

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



NRWeltoffen

demokratie
leben

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Inhalt

Einleitung: Langfristige Maßnahmen zur Bekämpfung des Rassismus und Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft von Tayfun Keltok	4
Handlungsempfehlungen	9
1 Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in der Kommune.....	10
1.1 Das Spektrum der extremen Rechten in NRW	11
1.2 Organisierter Neonazismus: „Die Rechte“, der „Dritte Weg“ und die NPD.....	11
1.3 Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“ – Pro NRW und Pro Köln.....	15
1.4 Die Alternative für Deutschland.....	16
1.5 Extrem rechte Mischszenen – „Bürgerwehren“ und „besorgte Bürger“	18
2 Begriffserklärungen und theoretische Zugänge dieser Handreichung	22
2.1 Der Begriff des Rechtsextremismus.....	22
2.2 Rechtspopulismus als aktuelle Herausforderung.....	24
2.3 Eine Definition von „Rassismus“	26
2.4 Fremdenfeindlichkeit? Ausländerfeindlichkeit? Kulturrassismus? – Die Verwendung des Rassismus-Begriffs in Deutschland	28
2.5 Rassismuserfahrungen im Alltag aus migrantischer Perspektive.....	30
3 Extrem rechte und rechtspopulistische Praxis	34
3.1 Diskurs- und Aktionsstrategien.....	34
3.2 Themen- und Politikfelder in Parlamenten und kommunalen Gremien.....	38
4 Sich gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus stark machen	46
4.1 Das hohe Veränderungspotenzial im Gestaltungsraum „Kommune“	50
4.2 Grundsätzliche Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus für kommunalpolitische Akteur*innen.....	52
4.3 Die Verstetigung rassismuskritischer und demokratiefördernder Arbeit.....	56
Interviews.....	61
Musteranträge.....	81

Langfristige Maßnahmen zur Bekämpfung des Rassismus und Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft



Tayfun Keltek,
Vorsitzender des
Landesintegrationsrates
NRW

Die Bekämpfung und Zurückdrängung von Rassismus und Rechtsextremismus ist in den letzten Jahren zu einer großen Herausforderung für unsere von Einwanderung geprägte Gesellschaft geworden. Denn mit dem Erstarken rechtspopulistischer Strömungen in Deutschland erhalten menschenverachtende Ideologien und Ansichten zunehmend in der Öffentlichkeit eine Stimme. In dieser Situation stellt sich die Frage, wie der richtige Umgang mit dieser politischen Entwicklung sein muss. Diskriminierende und ausgrenzende Positionen dürfen in Deutschland nicht zur politischen Tagesordnung gehören. Soziale Probleme wie Armut oder Arbeitslosigkeit mit bestimmten Bevölkerungsgruppen zu identifizieren, bedient als einfaches Erklärungsmuster, nur die Zielrichtung der Populist*innen und verschleiert die eigentlichen Ursachen.

Wenn in einer Gesellschaft das „Wir-Gefühl“ verloren geht, weichen Solidarität und der gesellschaftliche Zusammenhalt, Misstrauen und Neid wachsen. Unter solchen Bedingungen kann Rassismus destruktive Macht gewinnen. Eine zunehmende Anfälligkeit für Rassismus und diskriminierende Handlungen von Teilen der Gesellschaft ist daher nicht verwunderlich. Rassismus kann nur dadurch entmachtet werden, wenn wir uns für eine solidarische Gesellschaft einsetzen. Eine Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von ethnischer Herkunft, Alter, Geschlecht, sozialem Status oder Religion wertgeschätzt werden. Dieser Leitgedanke sollte unser ständiger Wegweiser und Begleiter bei der Gestaltung von Gesellschaft sein. Nur so können wir Rassismus erfolgreich aus unserer Mitte verbannen.

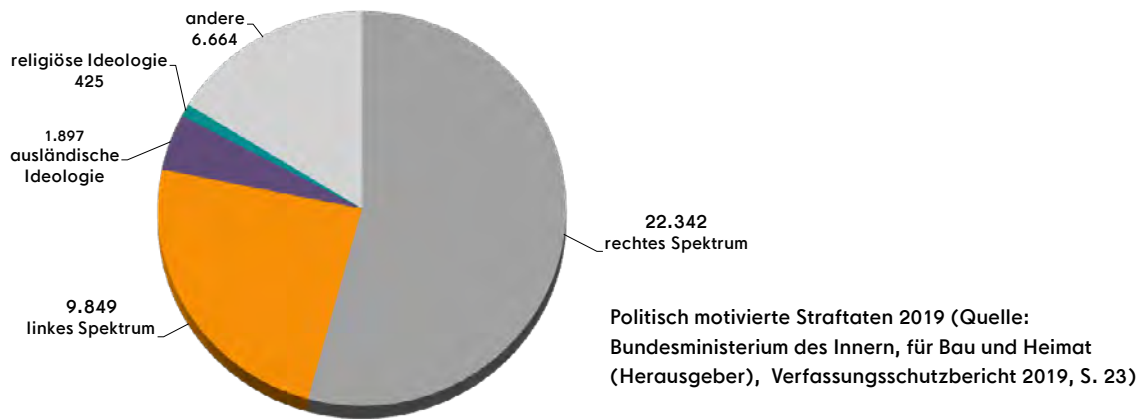
„Wenn in einer Gesellschaft das ‚Wir-Gefühl‘ verloren geht, weichen Solidarität und der gesellschaftlichen Zusammenhalt, Misstrauen und Neid wachsen. Unter solchen Bedingungen kann Rassismus destruktive Macht gewinnen.“



Gemeinsame Demonstration
von Deutschen und Türken am
Tatort des Brandanschlags von
Solingen (29. Mai 1993, Untere
Wernerstraße)

Es darf kein Schlussstrich
unter das „NSU-Kapitel“
gezogen werden.

Doch ein Rückblick auf die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte weist eher darauf hin, dass wir begünstigende Umstände für die Verbreitung von Rassismus hatten. Dies wird insbesondere im Hinblick auf das Thema Migration deutlich. Gerade Ereignisse der Nachwendezeit und die politischen Diskussionen um sie hat dieser Entwicklung Vorschub geleistet. Zu diesen Ereignissen gehörte der Brandanschlag auf das Wohnhaus von Familie Genç in Solingen, bei dem vor 27 Jahren fünf Menschen ums Leben kamen. Er ereignete sich am 29. Mai 1993 kurz nach der Änderung des Grundrechts auf Asyl und einer heftig geführten Debatte um Flüchtlinge und Einwanderung. Die zum Teil migrationsfeindlichen Debatten wirkten sich nicht nur auf das Leben von Flüchtlingen in Deutschland aus, sondern auf alle Menschen mit internationaler Geschichte, auch durch rassistisch motivierte Gewalterfahrungen. Zu wenige klare Signale gegen Rassismus und Rechtsextremismus waren in der Öffentlichkeit erkennbar. Dagegen beförderten einwanderungskritische politische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen in den 1990er Jahren die Festigung und Radikalisierung rechtsextremer Gruppierungen, die sich immer seltener in Parteien oder Vereinen und zunehmend in informellen Strukturen organisierten. Auch die Entstehung des Terrornetzwerkes NSU fällt in diese Zeit. Bis 2007 ermordeten die Rechtsterroristen 10 Menschen, verübten Bombenanschläge und zahlreiche Raubüberfälle. Erst 2011 wurde der NSU der Öffentlichkeit durch den gewaltsamen Tod von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos bekannt. Die Ermittlungen zu den NSU-Verbrechen ließen viele Fragen über die Hintergründe offen. Insbesondere wurde die Rolle der rechtsradikalen Netzwerke und ihrer Hintermänner vernachlässigt. Im Sommer 2018 erfolgte schließlich die Urteilsverkündung im NSU-Prozess, die sowohl für die Opfer und Hinterbliebenen als auch für anderweitige demokratische Öffentlichkeit viele Fragen offen lässt.



Hierzu gehören die mehr als schleppende Aufklärung der NSU-Mordserie, die Vernichtung der Akten in den Verfassungsschutzbehörden und die Informationszurückhaltung der Mitarbeiter*innen des Verfassungsschutzes in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen. In Hessen ist der „Abschlussbericht zur Aktenprüfung“ für 120 Jahre unter Verschluss gestellt worden. Im Abschlussbericht des Thüringer Untersuchungsausschusses vom 16.07.2014 wird gar der „Verdacht gezielter Sabotage“ geäußert.¹

Die Normalisierung rechtspopulistischer Aussagen darf nicht weiter voranschreiten!

Auch heute beherrschen polemisch geführte Debatten über bestimmte Menschen mit internationaler Familiengeschichte die öffentliche Wahrnehmung über Einwanderung. Beinahe täglich erleben wir Anfeindungen und Angriffe auf Migrant*innen, (Brand-)Anschläge auf Moscheen und Flüchtlingsunterkünfte. Laut Bundesinnenministerium wurden im Jahr 2019 insgesamt 22.342 rechtsextreme Straftaten verzeichnet.² Die Gewaltbereitschaft von Menschen mit rassistischen Einstellungen und der Organisationsgrad informeller rechter Gruppen sind nach wie vor hoch. Seit Langem weisen Wissenschaftler*innen darauf hin, dass Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Auch die institutionellen Diskriminierungen in Behörden dürfen nicht ignoriert werden.

Wie also kann rechtsextremes Gedankengut erfolgreich bekämpft werden?

Die Gesellschaft muss sich entschieden gegen antimuslimischen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und jegliche Art von Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht, Hautfarbe oder Weltanschauung stellen. Gleichzeitig darf die Normalisierung rechtspopulistischer Aussagen nicht weiter voranschreiten und verbreitet werden. Stattdessen muss klar Position bezogen werden gegen Rassismus und Rechtsextremismus und für die offene und vielfältige Einwanderungsgesellschaft. **Deutschland ist spätestens seit dem ersten Anwerbeabkommen 1955 ein Einwanderungsland.** Diese Tatsache wurde lange genug politisch nicht diskutiert und darf nicht immer wieder ignoriert werden. Einwanderung ist ein konstitutives Element unserer Gesellschaft.



We'll come united -
Demonstration/Parade
Hamburg 29.09.2018

Die Integrationspolitik benötigt einen Perspektivwechsel: weg von der Defizitorientierung hin zur Wertschätzung der Potenziale der Menschen mit internationaler Familiengeschichte

Die Entfaltung ihrer Ressourcen müssen verstärkt im gesellschaftlichen Zusammenleben wahrgenommen werden.

Nur so können wir einen Perspektivwechsel in der Integrationspolitik einleiten, die von langfristigen Maßnahmen flankiert sein sollte. Anerkennung und Wertschätzung sollten für die Menschen mit internationaler Familiengeschichte im Vordergrund stehen. Die Anerkennung der Herkunftsidentität sollte selbstverständlich sein.

Insgesamt müssen die Sprachen und Herkunftsländer der Menschen mit internationaler Familiengeschichte als Teil ihrer Identität anerkannt und ihr Mehrwert für die Gesamtgesellschaft ausgeschöpft werden.

Es ist die Aufgabe der Politik, die **Loyalität zum Grundgesetz** als verbindendes und selbstverständliches Element aller in Deutschland lebenden Menschen in den Vordergrund zu stellen und zu fördern. Die Betonung der Gemeinsamkeiten der Menschen in unserer Einwanderungsgesellschaft muss in den Mittelpunkt der Integrationspolitik gestellt werden. Denn uns verbindet vielmehr als es Rechtspopulist*innen, Rassist*innen und zum Teil ihre Vertreter*innen in den Parlamenten wahrhaben wollen. Die Kommune ist der Kristallisationspunkt des Zusammentreffens und der Interaktionen aller Einwohner. Häufig sind Entscheidungen der Kommunalpolitiker*innen für Bürger*innen unmittelbar spürbar und greifen in ihren Alltag ein. Deshalb kommt der Kommunalpolitik eine besondere Bedeutung zu, wenn es um die Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Einstellungen geht. In den Kommunen müssen daher Politik und Gesellschaft den Kampagnen der Rechtspopulisten offensiv entgegenreten. Hierzu gehört ein deutliches Bekenntnis kommunaler Einrichtungen und politischer Entscheidungsträger zum Engagement gegen jegliche rassistische Aktivitäten vor Ort. Im Alltag muss deutlich gemacht werden, dass Gleichgültigkeit gegenüber solchen Aktivitäten das Einfallstor für kommunale Verankerung von Rechtsextremisten und -populisten ist. Daher gilt es, jeglichen rassistischen und rechtspopulistischen Agitationsversuchen eine Absage zu erteilen.

Gleichgültigkeit ist das Einfallstor für Rechtsextremisten und -populisten.

„Einwanderung ist ein konstitutives Element unserer Gesellschaft. Die **Entfaltung ihrer Ressourcen** müssen verstärkt im gesellschaftlichen Zusammenleben wahrgenommen werden.“

Die Abbildung der kulturellen Vielfalt in der Verwaltung hat eine Vorbildfunktion und muss vorangetrieben werden.

Nimmt eine Kommune die antidiskriminierende Arbeit vor Ort ernst und versucht mit einem demokratiefördernden Projekt rechtspopulistische Aktivitäten in einem Stadtteil zurückzudrängen, beeinflusst sie das gelingende Zusammenleben der Menschen in erheblichem Maße. Die Kommunalverwaltung muss außerdem die multikulturelle Vielfalt und Diversität der Gesellschaft abbilden, um ihrer Vorbildfunktion gerecht zu werden. Deshalb gehört die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung zu den wichtigsten Aufgaben der Kommunen.

Die Mehrheit der Gesellschaft lehnt Rassismus ab. Für sie ist ein friedliches und weltoffenes Zusammenleben gelebter Alltag. Es darf nicht länger hingenommen werden, dass die rechte Minderheit den Ton in der öffentlichen Migrationsdebatte angibt. Stattdessen müssen die Menschen mit internationaler Familiengeschichte und die zahllosen Menschen, die sich in Initiativen und Vereinen für eine Gesellschaft ohne Rassismus einsetzen, eine starke Stimme in Politik und Öffentlichkeit bekommen. Dieser Handreichung dient dazu, die wertvolle Arbeit dieser Akteurinnen und Akteure zu unterstützen.

Handlungsempfehlungen

1 Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in der Kommune

In den letzten fünf Jahren hat sich das gesellschaftliche und politische Klima in Deutschland verändert. Die rechtsextremen Terroranschläge in Halle (2019) und Hanau (2020) mit insgesamt 12 Todesopfern erschütterten zutiefst und zeichnen enorm beunruhigende anti-semitische und rassistische Tendenzen ab. Dabei handelt es sich nicht nur um bestürzende Einzeltaten, sondern um eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Mit der Gründung der rassistischen, muslimfeindlichen und völkischen Organisation „Patriotische Europäer gegen eine Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) im Oktober 2014 in Dresden und spätestens mit dem Einzug der rechtspopulistischen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) in den Deutschen Bundestag im September 2017 und in den nordrhein-westfälischen Landtag im Mai 2017, wird eine Verschiebung des gesellschaftlich „Sagbaren“ nach rechts deutlich erkennbar.³

Rassistische und rechtsextreme Straftaten schnellten ab 2015 bundesweit in die Höhe.⁴ Im Jahr 2019 beliefen sich die offiziell registrierten Straftaten im Bereich der Politisch Motivierten Kriminalität Rechts (PMK Rechts) nach Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministeriums auf 3661, darunter 158 Gewaltdelikte.⁵ Rechte Akteur*innen mobilisieren nach wie vor in vielen Orten NRW gruppenübergreifend mit flüchtlings-, islamfeindlicher und rassistischer Propaganda. Der Zulauf zu diesen Veranstaltungen ist temporär und regional unterschiedlich. Zwar stagnieren die Teilnehmer*innenzahlen bei den gemeinsamen Demonstrationen unterschiedlicher rechter Gruppierungen, diese neue Art der Vernetzung – von Hooligans über Aktivist*innen der „Identitären Bewegung“, bis hin zu AfD-Sympathisant*innen und jenen, die sich selbst als „besorgte Bürger“ bezeichnen - stellt jedoch eine große Herausforderung für die Arbeit gegen Rechts, zumal auf kommunaler Ebene, dar.⁶ Daher ist es von enormer Bedeutung diese Entwicklungen weiterhin zu beobachten und ihnen kritisch zu begegnen.



20 Jahre nach den
Programmen von
Lichtenhagen –
Demonstration in Rostock
(26.08.2012)

1.1 Das Spektrum der extremen Rechten in NRW

Indes: Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Rassismus in Nordrhein-Westfalen in unterschiedlichen Erscheinungsformen sind keineswegs neue Phänomene, die erst mit den sich verschärfenden gesellschaftlichen Polarisierungen seit 2014 zu beobachten wären. Zwar blieben etwa bei Landtagswahlen extrem rechte Parteien bis 2017 notorisch erfolglos, gerade auf lokaler und regionaler Ebene formierten sich jedoch immer wieder Gruppierungen, Organisationen, Szenen und Netzwerke, die wengleich selten auf parlamentarischer Ebene, die Zivilgesellschaft, aber auch staatliche Institutionen und kommunale Einrichtungen herausforderten.

1.2 Organisierter Neonazismus: „Die Rechte“, der „Dritte Weg“ und die NPD

Eine zentrale Akteur*in im Bereich des organisierten Neonazismus ist die Partei „Die Rechte“, die nach Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministeriums im bevölkerungsreichsten Bundesland über rund 290 Mitglieder verfügt.⁷ „Die Rechte“ betreibt nach wie vor eine eigenständige Kampagnen- und Straßenpolitik. Deren Kristallisationspunkt ist, wie bereits in den vergangenen Jahren, der Großraum Dortmund. In der Ruhrgebietsmetropole wohnen zahlreiche Protagonist*innen der Partei „**Die Rechte**“, die dort auch seit 2014 ein Mandat im Rat der Stadt innehat.

Zu Beginn des Jahres 2018 investierten die Dortmunder Neonazis viel Zeit in ihre rassistische „**Europa erwache!**“-Kampagne, die im April 2018 mit einer Demonstration durch die Dortmunder Innenstadt mit rund 600 Teilnehmenden aus dem In- und Ausland ihren Abschluss fand. Vorausgegangen waren ein „**Europa-Kongress**“ in Schwerte im November 2017, an dem Rechtsextremist*innen aus Bulgarien, Ungarn, Russland und Frankreich teilgenommen hatten, sowie im Frühjahr mehrere kleinere Mobilisierungskundgebungen mit bis zu 60 Personen u.a. in Duisburg, Gelsenkirchen und Bochum.

„Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Rassismus sind in Nordrhein-Westfalen keineswegs neue Phänomene.“

Ein anderes Ereignis, das bundesweit Beachtung fand, war ein von „Die Rechte“ organisierter Aufmarsch im September 2018 durch den Dortmunder Stadtteil Marten, bei dem Pyrotechnik gezündet und antisemitische Parolen, wie etwa „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“ skandiert wurden.⁸

Neben diesen spektakulären Aktionen versuchte „Die Rechte“ nicht zuletzt im Hinblick auf die **Wahlen zum EU-Parlament** im Mai 2019 durch zahlreiche Infostände und Kundgebungen gleichsam eine Dauerpräsenz vor allem im propagandistisch zum „Nazikiez“ deklarierten Dortmunder Stadtteil Dorstfeld zu suggerieren. Dabei konnte sie auch auf befreundete Gruppierungen, wie etwa die im Dortmunder Westen aktive „**Aktionsgruppe West**“ (AG West) oder den „**Freundeskreis Rechts**“ im Stadtbezirk Eving bauen, die mit Flyeraktionen und kleineren Kundgebungen im Sinne der Kampagnenpolitik der Partei „Die Rechte“ agieren. Deren Ergebnis bei den Wahlen zum Europäischen Parlament fiel mit 0,1 Prozent freilich überschaubar aus, doch um „Wahlerfolge“ geht es der „Rechten“ nur bedingt. Die Beteiligung an Wahlen dient vor allem dazu, den Vorgaben des Parteiengesetzes zu entsprechen und somit ihren privilegierten Status, abzusichern, der die Partei nicht zuletzt vor Organisationsverboten schützt.

Über Dortmund hinaus ist „Die Rechte“ noch im nahe gelegenen **Hamm** präsent, wo sie zwischen 2014 und 2020 ebenfalls ein Ratsmandat hielt, dort allerdings kaum eigenständige Aktivitäten entfaltet. Dort ist indessen eine wieder stärkere Fokussierung auf extrem rechte „Erlebniswelten“ zu beobachten, die ihren Ausdruck in diversen Konzerten extrem rechten Liederabenden und „Geburtstagsfeiern“ in einem seit Jahren bekannten Szenetreff fand, der allerdings im Oktober 2019 nach einer Begehung durch Feuerwehr und Bauordnungsamt behördlich geschlossen wurde.⁹

Obwohl „Die Rechte“ in NRW ihren organisatorischen Schwerpunkt hat und mit **Michael Brück** und **Sascha Krolzig** beide Parteivorsitzenden aus dem Bundesland stammen, kann von einer flächendeckenden Verankerung der Partei und ihres subkulturellen Umfelds freilich nicht die Rede sein. Im Rheinland ist „Die Rechte“ kontinuierlich allenfalls im **Rhein-Erft-Kreis** aktiv. Dort trat sie in den vergangenen Jahren vor allem mit Saalveranstaltungen, Kundgebungen und Flugblattaktionen in Erscheinung. In den Jahren 2018 und 2019 fanden mehrere sogenannte „Schulungsveranstaltungen“ statt. Außerdem organisierte man unter dem Motto „**Soldaten berichten**“ einen Zeitzeugen-Vortrag und lud hierzu ein ehemaliges Mitglied einer SS-Panzer-Division ein. „**Die Rechte Rhein-Erft**“ veranstaltete zudem mehrere Kundgebungen, die etwa unter dem Motto „Heimat bewahren“ oder „Freiheit für Ursula Haverbeck“ (eine verurteilte



Rechtsextreme Demonstration
in Dortmund
(03.09.2011)

Holocaust-Leugnerin) in Kerpen, Bedburg und anderen Städten des Kreises stattfanden. Auch in Heinsberg waren Aktionen wie das Verteilen von Flyern und das Werben für Demonstrationen von „Die Rechte“ festzustellen. In Hürtgenwald gab es im April 2018 eine Aktion an der Kriegsgräberstätte Vossenack, bei der eine in der extremen Rechten beliebte „Todes-Rune“ installiert und zusammen mit Kerzen aufgestellt wurde. Später bekannte sich **„Die Rechte Heinsberg“** zu der Aktion. Ähnlich agierte im Vorfeld des 8. Mai 2018 der Kreisverband Rhein Erft bei einem Kriegerdenkmal in Stommel, vor dem Blumen im Muster der sogenannten Todes-Rune gepflanzt wurden.

Die im Umfeld der Partei „Die Rechte“ im Aachener Raum aktive Gruppierung **„Syndikat 52“**, die sich als Nachfolgeorganisation der durch das nordrhein-westfälische Innenministerium im August 2012 verbotenen **„Kameradschaft Aachener Land“** versteht, trat 2018 und 2019 vorwiegend mit Mobilisierungen zu extrem rechten Aufmärschen und vereinzelt Flugblatt- und Plakatieraktionen in Erscheinung.¹⁰

In anderen Regionen Nordrhein-Westfalens sind zudem weitere Versuche der Partei „Die Rechte“ zu beobachten, sich organisatorisch zu verankern. Im April 2018 formierte sich der Kreisverband Duisburg, ein Jahr später, im April 2019 schließlich der Kreisverband Oberhausen. Bereits im Dezember 2017 war der Kreisverband Gelsenkirchen/Recklinghausen gegründet worden. Nach eigenen Angaben verfügt die „Rechte“ über weitere Kreisverbände in Ostwestfalen, Unna und Wuppertal. Deren Aktivitäten fallen indessen unterschiedlich aus. In ihrer Wahrnehmbarkeit nach außen beschränken sie sich häufig auf agitatorische Postings in den Sozialen Netzwerken. Gleichwohl versuchen die neu entstandenen Gliederungen der Partei immer wieder auch mit Infoständen und Flugblattaktionen Präsenz zu zeigen.

Der „**Dritte Weg**“ ist eine weitere neonazistische Kleinstpartei, deren Mitglieder sich vor allem aus ehemaligen Angehörigen mittlerweile verbotener Kameradschaften rekrutieren. Die sich offen am historischen Nationalsozialismus orientierende Gruppierung ist vor allem in Süddeutschland, in Sachsen und Brandenburg aktiv. In NRW verfügt sie über einen so genannten „Stützpunkt“ im Sauerland. Ein weiterer „Stützpunkt“ wurde im März 2019 im Rheinland (im Großraum Düsseldorf/Köln) gegründet. Der „Dritte Weg“ trat vor allem mit kleineren Kundgebungen, beispielsweise gegen den Christopher-Street-Day in Siegen im Juli 2019 in Erscheinung.¹¹ Dort wurde im Juli 2020 zudem ein „Parteibüro“ eröffnet. In anderen Teilen des Bundeslandes verfügt die Partei jedoch über keine handlungsfähigen Strukturen.

Die **NPD** befindet sich zumal in Nordrhein-Westfalen seit Jahren in einer Dauerkrise. Die Hoffnung der notorisch kriselnden NPD mit ihrer (keineswegs neuen) flüchtlingsfeindlichen Propaganda nach ihren zuletzt immer desaströseren Wahlergebnissen wieder eine breitere gesellschaftliche Verankerung zu erzielen, blieben unerfüllt. Bei der Landtagswahl im Mai 2017 erreichte die Partei lediglich noch 0,3 Prozent.¹² Bei den Kommunalwahlen im September 2020 kam die NPD landesweit nur noch auf 1.776 Stimmen, was einem Ergebnis von 0 Prozent entsprach, womit sie nach ständigem Niedergang nun auch ihre letzten kommunalen Mandate verloren hat. Personell ist der Landesverband mit rund 500 Mitgliedern schwach aufgestellt und verfügt über geringe finanzielle Spielräume.¹³ In kommunalen Vertretungen entwickelten die „Nationaldemokraten“ zwischen 2014 und 2020 mit lediglich vereinzelt Anfragen und Anträgen nur sehr eingeschränkte Aktivitäten, etwa im Rat der Stadt Dortmund, wo die NPD mit der Partei „Die Rechte“ eine Ratsgruppe bildete. Ansonsten verlegt sich die Partei vor allem auf straßenpolitische Aktionen, wie Kundgebungen und Demonstrationen, die aber nur selten eigenständig durchgeführt werden. Vielmehr beteiligen sich NPD-Angehörige an Veranstaltungen, die von der Partei „Die Rechte“ oder Hooligan- und PEGIDA-affinen Mischszenen organisiert werden. Innerhalb des offen rechtsextremen Spektrums konnte die NPD somit ihren immer noch vorhandenen Führungsanspruch nicht gegenüber der Partei „Die Rechte“ behaupten.

„Pro NRW firmierte zumal auf lokaler und regionaler Ebene gleichsam als Vorreiterin eines rechtspopulistischen, polarisierenden und ausgrenzenden Politikstils.“

1.3 Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“ – Pro NRW und Pro Köln

Auch die Entwicklung der so genannten „Bürgerbewegung Pro NRW“ (mit ihrem lokalen Ableger „Pro Köln“ war in den vergangenen Jahren von einem signifikanten Niedergang gekennzeichnet. Die im Februar 2007 gegründete Partei versuchte sich über zehn Jahre hinweg mit ihrer dezidiert islamfeindlichen und rassistischen Rhetorik in kommunalen Vertretungen und auf Landesebene zu etablieren. Während Pro NRW bei den Landtagswahlen wiederholt deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, gelang ihr, wenngleich keineswegs flächendeckend der Einzug in verschiedene Räte, Kreistage und Bezirksvertretungen. Immer wieder trat sie mit kampagnenartigen Aktionen etwa gegen Moscheebauprojekte in Erscheinung und versuchte sich dabei als Sprachrohr der „kleinen Leute“ bzw. einer angeblich „schweigenden Mehrheit“ zu inszenieren.¹⁴ Davon konnte freilich zu keinem Zeitpunkt die Rede sein. Für die demokratischen Vertreter*innen in den Räten und Bezirksvertretungen sowie nicht zuletzt für jene, die von den islamfeindlichen und rassistischen Polemiken der „Bürgerbewegung“ betroffen waren, stellte deren Auftreten jedoch eine große Herausforderung dar.

Gleichwohl war die Partei in den vergangenen Jahren durch interne Auseinandersetzungen und Machtkämpfe gespalten, die wesentlich von persönlichen Animositäten ihrer führenden Protagonist*innen geprägt waren, aber auch durch den Streit um eine vermeintlich „bürgerliche“ Ausrichtung oder eine stärkere Orientierung an der sich seit Herbst 2014 formierenden PEGIDA-Bewegung oder den gewaltaffinen „Hooligans gegen Salafismus“. Diese Konflikte betrafen indessen in keiner Weise die parteiintern allenthalben geteilten rassistischen Grundpositionen. Im gleichen Zeitraum gingen die Aktivitäten von Pro NRW erkennbar zurück. Im Jahr 2018 verfügte die Partei noch über 21 Mandate in kommunalen Räten und Bezirksvertretungen, deren Träger*innen aber kaum mehr in Erscheinung traten.¹⁵ Gleichwohl firmierte Pro NRW zumal auf lokaler und regionaler Ebene gleichsam als Vorreiterin eines rechtspopulistischen, polarisierenden und ausgrenzenden Politikstils, der in dieser Handreichung genauer beschrieben werden soll und der nunmehr mit weitaus größerer Resonanz innerhalb und außerhalb der Räte und Parlamente von der AfD und ihrem Umfeld forciert wird.¹⁶ Bezeichnend ist in diesem Kontext, dass die „Bürgerbewegung“ zur Landtagswahl im Mai 2017 mit dem Hinweis nicht mehr antrat, dass angesichts des „nahezu sicheren Landtagseinzugs der AfD (...) eine Konkurrenz kandidatur derzeit kontraproduktiv“ wäre und „letztendlich nur den verbrauchten Altparteien nutzen“ würde.¹⁷



We'll come united –
Demonstration/Parade
gegen Rassismus in Hamburg
(29.09.2018)

Im April 2018 gab zunächst Pro Köln, zum damaligen Zeitpunkt im Rat der Stadt Köln noch mit zwei Mandaten vertreten, die eigene Auflösung bekannt. Im März 2019 folgte die „Bürgerbewegung“, die seither nicht mehr als Partei, sondern lediglich als Verein firmiert.

1.4 Die Alternative für Deutschland

Die AfD hat indessen die ungleich erfolgreichere Nachfolge der „Bürgerbewegung“ in NRW angetreten. Zu konstatieren ist allerdings, dass sich die Partei in mehrfacher Hinsicht von Pro NRW abhebt. Ein bedeutsamer Aspekt ist dabei zweifellos, dass sich die Anhänger*innenschaft der AfD bei ihrer Gründung im Jahr 2013 aus einem weitaus breiteren gesellschaftlichen Spektrum rekrutierte, als die „Bürgerbewegung“ oder andere als „rechtspopulistisch“ deklarierte Parteien (wie etwa die „Republikaner“), die von Beginn an organisatorisch, personell und programmatisch eindeutig und nahezu ausschließlich im Milieu der extremen Rechten wurzelten. Die AfD hingegen vereinigte unterschiedliche gesellschaftliche und politische Strömungen, die von Euroskeptiker*innen, über Nationalkonservative bis hin zu extrem rechten völkischen Protagonist*innen reichten. Seither hat sich die Partei jedoch, wie der Rechtsextremismusforscher Alexander Häusler analysiert, ihr „politisches Erscheinungsbild fortwährend verändert und sich zugleich inhaltlich auch immer mehr nach Rechtsaußen entwickelt.“¹⁸

Markante Zäsuren auf diesem Weg waren zum einen die Abwahl des ersten Parteisprechers Bernd Lucke beim Bundesparteitag im Sommer 2015 in Essen, der zu einer weitgehenden Marginalisierung des primär euroskeptischen und nationalliberalen Flügels führte und die dezidiert völkisch-nationalistisch orientierten Kräfte stärkte. Der damalige Parteisprecher der nordrhein-westfälischen AfD Marcus Pretzell brachte diese, aus seiner Sicht begrüßenswerte Entwicklung mit dem Satz auf den Punkt, dass die AfD nun auch zu einer „Pegida-Partei“ geworden sei. Zum anderen manifestierte sich die weitere Rechtsentwicklung der AfD schließlich in Folge der Bundestagswahl im September 2017 als Frauke Petry, die wiederum mit Unterstützung des extrem rechten Parteiflügels ins Amt der Parteisprecherin gelangt war, die AfD verließ. Die Partei versuchte sich nunmehr, nicht zuletzt im Deutschen Bundestag als politische Fundamentalopposition gegen die von ihr so bezeichneten „Altparteien“, mithin gegen das gesamte politische „System“ zu inszenieren.



Banner der „Identitären Bewegung“ auf einer Demonstration der Alternative für Deutschland (AfD) in Geretsried (12.03.2016)

In der öffentlichen Wahrnehmung wurde und wird in diesem Kontext häufig von unterschiedlichen Strömungen und weltanschaulichen Lagern innerhalb der AfD gesprochen, die miteinander konkurrieren würden. Gemeinhin gelten in dieser Wahrnehmung die westdeutschen Landesverbände als „gemäßigt“, während die ostdeutschen Landesverbände, vor allem in Thüringen (geführt von Björn Höcke) und Brandenburg (ehemals geführt von Andreas Kalbitz) als „radikal“, völkisch und bewegungsorientiert beschrieben werden. Diese Trennung erscheint bei genauerer Betrachtung indessen fraglich, da extrem rechte und völkische Positionen und deren Protagonist*innen in allen Gliederungen der Partei zu beobachten und keineswegs isoliert sind. Dies zeigt nicht zuletzt der Blick auf den nordrhein-westfälischen Landesverband und dessen Landtagsfraktion, die im bundesweiten Vergleich als eher gemäßigt und „bürgerlich“ wahrgenommen werden. So distanzierte sich etwa der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und zwischenzeitliche (2017-2019) Landessprecher Helmut Seifen vom Auftreten seines Parteikollegen Björn Höcke, das er mit den propagandistischen (Selbst-)Inszenierungen von Adolf Hitler und Joseph Goebbels verglich.¹⁹ Sein Fraktionskollege und bis Oktober 2019 ebenfalls als Landessprecher amtierende Thomas Röckemann ist hingegen dem mittlerweile offiziell aufgelösten völkischen „Flügel“ um Björn Höcke zuzurechnen, ebenso wie der Landtagsabgeordnete Christian Blex, der sich mit der Organisation von „Flügel“-Veranstaltungen

in NRW zu profilieren versuchte. Im Frühjahr 2019 wurden Whatsapp-Chats bekannt, in denen AfD-Mitglieder und –Funktionär*innen teilweise unverhohlenen NS-verherrlichende und demokratiefeindliche Botschaften austauschten und sich in Aufstandsphantasien ergingen.²⁰

Im Sommer 2019 übernahmen im Verlauf eines chaotisch verlaufenden Landesparteitags in Warburg nach dem Rücktritt von neun der zwölf Mitglieder des Landesvorstandes die „Flügel“-Anhänger Röckemann, Blex sowie Jürgen Spenrath die Führung der Partei in NRW. Bei einem weiteren Landesparteitag im Oktober 2019 in Kalkar konnten sich bei den Wahlen zur Neubesetzung des Landesvorstandes die dezidierten Vertreter*innen des „Flügels“ nicht durchsetzen. Die Auseinandersetzungen sind indessen, so urteilt der Fachjournalist Rainer Roeser, weniger als Richtungskampf, denn als parteiinterner Machtkampf zu verstehen. Distanzierungen von den Protagonist*innen des „Flügels“ beziehen sich auch in NRW mehr auf den politischen Stil, denn auf die inhaltlichen Positionen.²¹ Auch der als „gemäßigt“ geltende Helmut Seifen deklarierte die AfD zu einer „bürgerlichen Widerstandsbewegung“.²² Die Selbstbeschreibung als „Bewegungspartei“ wird somit breit geteilt und spiegelt sich auch in zahlreichen straßenpolitischen Aktionen, mit denen die AfD seit 2015 – nicht zuletzt auch in NRW ihre polarisierenden Positionen in die Öffentlichkeit trug.

1.5 Extrem rechte Mischszenen – „Bürgerwehren“ und „besorgte Bürger“

Diese Bewegungsorientierung ist nach wie vor kennzeichnend für extrem rechte Mobilisierungen, ungeachtet dessen, dass der Rechtspopulismus nunmehr über eine weitaus stärkere parlamentarische Verankerung verfügt. Ein zentrales straßenpolitisches Agitationsfeld bilden demnach die Versuche, **allgemeine gesellschaftliche Probleme** und Herausforderungen, etwa im Bereich sexistischer Gewalt, **konsequent zu ethnisieren** und vor allem Migrant*innen, besonders Geflüchtete, als sexuell übergriffig und kriminell zu diskreditieren. An die vordergründige Verallgemeinerung sowie die häufig verzerrte und emotionalisierende Darstellung einzelner Vorfälle knüpfen sich stark personalisierende Schuldzuweisungen an „die Regierung“ oder die Bundeskanzlerin, die durch ihre vermeintliche Grenzöffnung seit 2015 bewusst „Fremde“ ins Land geholt und somit das deutsche „Volk“ einer angeblich unkalkulierbaren Bedrohung ausgesetzt habe. Dieses Narrativ nutzten seit Frühjahr 2018 verschiedene extrem rechte Gruppierungen in NRW, um mit unterschiedlicher Resonanz zu öffentlichen Versammlungen zu mobilisieren. Anfang März 2018 rief etwa eine bis dahin unbekannte Gruppe „**Mütter gegen Gewalt**“ zu einer Demonstration in Bottrop auf, an der sich über 1.000 Personen beteiligten. Neben einigen unorganisierten „Wutbürger*innen“ waren auch zahlreiche Hooligans, Aktivist*innen der „**Identitären Bewegung**“ und Protagonist*innen der Partei „**Die Rechte**“ in die Stadt im nördlichen Ruhrgebiet gekommen. Ebenfalls mit dabei: Vertreter*innen der **AfD**, unter ihnen der langjährige Essener SPD-Stadtrat und nunmehrige Abgeordnete im Europa-Parlament **Guido Reil**.²³

Obleich ähnlich große Teilnehmer*innenzahlen in der Folgezeit nicht mehr erreicht werden konnten und – wie so häufig in der Vergangenheit – sich das „Orgateam“ von „Mütter gegen Gewalt“ schon bald in internen Streitigkeiten verstrickte und spaltete, bildete die Versammlung in Bottrop, die von **extrem rechten Mischszenen** geprägt war, doch ein Veranstaltungsformat, das im weiteren Verlauf des Jahres an verschiedenen Orten in NRW immer wieder aufgegriffen wurde. Nur eine Woche nach der Demonstration in Bottrop marschierten in Mönchengladbach 350 Personen unter dem Motto „**Wir sind das Volk**“ auf. Auch hier stammten die Teilnehmer*innen aus nahezu allen Spektren der extremen Rechten. Es folgten ähnliche Kundgebungen und Demonstrationen in ganz NRW. Die jeweils zu den Versammlungen aufrufenden Gruppierungen und Netzwerke sind häufig kurzlebig, Spaltungen und internen Querelen folgen Neuformierungen und Umbenennungen. Sie firmieren unter Bezeichnungen wie „**Mütter gegen Gewalt**“, „**Eltern gegen Gewalt**“, „**PEGIDA NRW**“ oder „**Patrioten NRW**“. Obleich viele der in diesen Zusammenschlüssen Aktiven erst seit kurzem politisch in Erscheinung treten, gibt es kaum Berührungängste und Differenzen zu teilweise schon länger bestehenden extrem rechten Gruppierungen und Hooliganstrukturen, die ebenfalls rege Aktivitäten entwickelten. In Düsseldorf formierte sich die „**Bruderschaft Deutschland**“ aus bereits bestehenden Hool- und Kameradschaftszusammenhängen.



Im Essener Stadtteil Steele zeigen seit 2017 die „Steeler Jungs“ regelmäßig ihre bedrohliche Präsenz. An den Aktivitäten der Gruppe nehmen Hooligans aus dem Umfeld des Fußballvereins Rot-Weiss Essen und der „Bruderschaft Deutschland“ ebenso teil, wie Angehörige der Rocker- und Türsteher-Szene. Die „**Steeler Jungs**“ versuchen sich als „Bürgerwehr“ zu inszenieren, haben aber durch ihr Auftreten zumindest temporäre Angsträume geschaffen.

Aus einem ähnlichen Milieu rekrutieren sich die Mitglieder des in Köln aktiven „**Begleitschutz e.V.**“, der in Folge der Kölner Silvestervorfälle 2015/2016 gegründet wurde und sich gleichermaßen zu einer „Bürgerwehr“ stilisiert und über die Sozialen Netzwerke insbesondere Senior*innen und Frauen seine Unterstützung anbietet. In Folge der Ereignisse in Chemnitz mobilisierte der „Begleitschutz“ wiederholt zu Kundgebungen und Demonstrationen, deren extrem rechte Ausrichtung unverkennbar waren. Im Anschluss an einen Aufmarsch im Dezember 2018 versuchten Teilnehmer*innen der Versammlung, Journalist*innen und die Polizei zu attackieren.²⁴

2019 und 2020 waren indessen keine straßenpolitischen Aktionen des „Begleitschutz“ mehr zu verzeichnen. In Mönchengladbach mobilisiert der vom ehemaligen Pro NRW-Mitglied Dominik Roeseler geführte Verein „Mönchengladbach steht auf e.V.“ zu regelmäßigen Aufmärschen, an denen in großer Anzahl rechtsorientierte Hooligans teilnehmen. Im September 2019 kamen etwa 700 extreme Rechte zu einem Aufmarsch „Stoppt die Gewalt“ in der Stadt am Niederrhein zusammen. In Herne fanden zwischen Mitte August 2019 und Februar 2020 Woche für Woche so genannte „Spaziergänge“ statt. Ganz augenscheinlich soll hier das entsprechende Mobilisierungsformat aus Essen-Steele kopiert werden.

Ziel dieser Handlungsempfehlung ist es, kommunalpolitischen Mandatsträger*innen ein Hilfsmittel in die Hand zu geben, um Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zu erkennen, zu benennen und sich gegenüber diesen Herausforderungen souverän positionieren zu können.

Was tun?

Inhalte und Ziele der Handreichung

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen und im Anschluss an die Kommunalwahlen im September 2020 ist es für zahlreiche Akteur*innen der Kommunalpolitik ein großes Anliegen, sich präventiv gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus stark zu machen und sich aktiv gegen eine dauerhafte Verankerung entsprechender Positionen in der Kommune – sei es in den Köpfen, auf der Straße oder in kommunalen Gremien zu engagieren.

Diese Broschüre richtet sich daher sowohl an die zahlreichen kommunalpolitischen Akteur*innen, welche sich bereits jahrelang engagieren wie auch an all diejenigen, welche dies in Zukunft tiefergehend tun möchten. Die Handreichung konzentriert sich im Wesentlichen auf den Umgang mit extrem rechten Herausforderungen in Räten und kommunalen Gremien. Eine umfassende, detailliert ausgearbeitete Handlungsempfehlung für alle Erscheinungsformen von Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Rassismus kann und will diese Veröffentlichung nicht darstellen.

„Die Handreichung konzentriert sich im Wesentlichen auf den Umgang mit extrem rechten Herausforderungen in Räten und kommunalen Gremien.“

Dafür werden in **Kapitel 2** zunächst zentrale **Begriffe wie „Rechtsextremismus“, „Rechtspopulismus“ und „Rassismus“ erklärt**. Im Zuge dessen findet eine Auseinandersetzung mit Rassismus im Alltag, in den deutschen Medien und den Institutionen statt. Die Sichtweise der von Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus betroffenen Menschen steht dabei im Mittelpunkt und wird die Leser*innen die gesamte Handlungsempfehlung hindurch begleiten.

In **Kapitel 3** werden **rechtspopulistische Agitationsformen** sowie das **Agendasetting rechtspopulistischer Parteien** in den Parlamenten und den kommunalen Gremien erläutert.

Anschließend werden den Leser*innen in **Kapitel 4 Umgangs- und Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus** vorgestellt – von Gestaltungsspielräumen der Kommunen über konkrete Strategien für Akteur*innen der Kommunalpolitik bis hin zu Ideen zur Verstetigung rassismuskritischer und demokratiefördernder Arbeit.

Zum Abschluss dieser Handreichung wird einzelnen **kommunalpolitischen Akteur*innen** selbst das Wort überlassen. Im Rahmen von **Interviews** schildern diese ihre Erfahrungen im Umgang mit Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen, liefern konkrete Tipps und formulieren Anregungen für eine nachhaltige Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus.

Die Handlungsempfehlung enthält darüber hinaus exemplarische **Mustervorlagen** für Anfragen an die Verwaltung und Anträge an den Rat, die für die Auseinandersetzung im Themenfeld hilfreich sein können. Sie wurden vom Landesintegrationsrat NRW für Integrationsräte entwickelt, um ihre parlamentarische Arbeit bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zu unterstützen.

2 Begriffserklärungen und theoretische Zugänge dieser Handreichung

Ziel der Handreichung ist es, **Umgangs- und Bewältigungsstrategien für Akteur*innen der Kommunalpolitik im Hinblick auf aktuelle Herausforderungen durch rechtspopulistische und rechtsextreme Bewegungen vorzustellen. Um sich gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus stark zu machen und sich gemeinsam erfolgreich und nachhaltig für eine demokratische Kultur der Gleichwertigkeit einzusetzen, ist es wichtig aktuelle Praktiken (neu)rechter Bewegungen zu kennen. Dafür ist es hilfreich, zentrale Begriffe des Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus zu klären, denn in der Handreichung wird immer wieder ein Rückbezug auf diese Begriffe stattfinden.**

2.1 Der Begriff des Rechtsextremismus

Dieser Handreichung liegt ein erweitertes Verständnis des Rechtsextremismusbegriffs zugrunde. Rechtsextremismus lässt sich nach Hans-Gerd Jaschke definieren als:

„Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweise und Organisationen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität der Völker verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, von der Unterordnung des Bürgers unter der Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.“²⁵

Die Verwendung des Rechtsextremismusbegriffs ist in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung in Deutschland umstritten. Ein zentraler Kritikpunkt bezieht sich auf die Extremismus-Endung. Durch den Extremismusbegriff entsteht die verzerrende Perspektive, dass rechte Einstellungen lediglich ein gesellschaftliches Randphänomen seien. Rechtsextreme Denk- und Handlungsstrukturen entstehen aber nicht im „luftleeren Raum“, sondern stehen in enger Beziehung mit diskriminierenden Stereotypen und rassistischen Vorstellungen in der gesellschaftlichen Mitte.²⁶ Werden solche milieuübergreifende, extrem rechte Einstellungs- und Verhaltensweisen in der deutschen Gesellschaft sowie in staatlichen Institutionen aber ausgeblendet, kann eine weitreichende und nachhaltige Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht gelingen.²⁷

Eine jahrelange Verkennung der „NSU“-Morde durch die Behörden und große Teile der Zivilgesellschaft sowie die auch durch mehrere Parlamentarische Untersuchungsausschüsse bis heute nicht umfassend aufgeklärte Rolle der Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden in diesem Kontext verweisen auf die dringende Notwendigkeit einer breiten Auseinandersetzung mit extrem rechten Einstellungen in der Bevölkerung und den staatlichen Institutionen. Eine Darstellung von Rechtsextremist*innen als „Spinner“ oder als nicht ernst zu nehmende „politisch Verblendete“, die sich lediglich als Verlierer*innen am Rand der Gesellschaft bewegen, ist nicht zielführend und hat weiterführend fatale Folgen für die Opfer rechter Gewalt und deren Angehörige.²⁸

In dieser Handreichung wird **der Begriff des Rechtsextremismus als Sammel- und Arbeitsbegriff** aufgefasst und soll damit die gesamte Bandbreite von Ungleichwertigkeitsvorstellungen abbilden. Rechtsextreme Einstellungs- und Verhaltensweisen können, müssen aber keinen positiven Bezug zum Nationalsozialismus aufweisen. Der Rechtsextremismusbegriff verweist weiterhin auf menschenverachtende Einstellungs- und Verhaltensstrukturen wie (antimuslimischer) Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Klassismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit und die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung (Ableism).

Mit der Verwendung eines erweiterten Rechtsextremismusbegriffs wird die „Grauzone“ zwischen einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild und einem alltäglich vorhandenen, sich unterschwellig äußernden Rassismus miteinbezogen. Dementsprechend wird die **Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus** in dieser Handreichung in einer multi-perspektivischen Sichtweise **als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe** angesehen.

Zusammenfassend können folgende vier Kriterien als grundlegend für extrem rechte Verhaltens- und Denkstrukturen benannt werden:

- 1 Die Verinnerlichung antidemokratischer, antipluralistischer und menschenverachtender Einstellungen;**
- 2 Die Idee einer scheinbar natürlich vorgegebenen „Volksgemeinschaft“;**
- 3 Das Bestreben Minderheitenrechte und universelle Freiheits- und Gleichheitsrechte abzuschaffen;**
- 4 Eine übergeordnete Stellung des Kollektivs vor dem Individuum, verbunden mit einem übersteigerten Nationalismus.**

Ziel rechtsextremer Ideologie ist die Herstellung einer ethnisch homogenen Gemeinschaft, die durch einen starken Nationalstaat und die grundlegende Ablehnung multi- und interkultureller Gesellschaftskonzepte gekennzeichnet ist.²⁹

2.2 Rechtspopulismus als aktuelle Herausforderung

Bei der Verwendung des Begriffs „Rechtspopulismus“ gilt es, zwischen der Art und Weise wie Politik gemacht wird und den Inhalten rechtspopulistischer Parteien zu unterscheiden. Ein rechtspopulistischer Politikstil richtet sich direkt an das „Volk“ und versucht „die Massen“ zu adressieren.³⁰ Inhaltlich wenden sich Rechtspopulist*innen gegen Minderheiten, im Speziellen gegen Muslim*innen, machen diese zu „Sündenböcken“ sozialer Missstände und schüren Ängste.³¹ Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen vertreten antipluralistische und ausgrenzende Positionen. Dabei nutzen Rechtspopulist*innen einen **homogenen Volksbegriff** und stehen für die „Wiederherstellung“ einer vermeintlich homogenen Bevölkerungsstruktur unter **ethnisch-kulturellen Ausschluss- und Zugehörigkeitskriterien**.³² Beispielhaft lässt sich hierfür ein Zitat des Fraktionsvorsitzenden der AfD im Thüringer Landtag Björn Höcke von seiner Rede am 18. Mai 2016 in Erfurt anführen: „Liebe Freunde, ich bin in Sorge! Ich bin in Sorge, dass vielleicht nicht morgen und vielleicht auch nicht übermorgen -,dass aber vielleicht in einer nicht fernen Zukunft auf unserem Dom (...) ein Halbmond zu sehen sein wird.“³³

Ebenso führte der Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag Alexander Gauland in einem Interview an: „Natürlich ist es etwas anderes, ob Menschen aus einem nichteuropäischen Kulturkreis einwandern (...). Das Problem entsteht in der Mischung von Herkunft aus unterentwickelten Ländern mit einer Religion, die in diesem Land fremd ist (...).“³⁴ Dass Agitationsformen rechtspopulistischer Politik häufig diffuse Ängste beschwören und auf einen vermeintlichen politischen und kulturellen „Verfall“ der Bundesrepublik Deutschland verweisen, lässt sich exemplarisch ebenso an dem Wahlkampflogan der AfD „Wir holen uns unser Land zurück“ illustrieren. Doch von wem oder was muss „unser Land“ zurückgeholt werden?

Ein zentraler Inhalt rechtspopulistischer Politik ist eine scheinbar unvereinbare **Gegenüberstellung des „Volkes“ und der „Eliten“** und eine damit verbundene „Eliten-Kritik“. Dabei wird „das Volk“ als von den „Eliten“ oder durch das „Establishment“ unterdrückt dargestellt. Der rechtspopulistischen Argumentation folgend, bedarf es einer „Bewegung von Rechts“, um die angebliche Bevormundung der Bevölkerung zu stoppen. Rechtspopulistische Parteien nehmen diesbezüglich bewusst eine Außen-seiterinnenrolle ein, um sich selbst als **„Anwalt des kleinen Mannes“** zu stilisieren. Mithilfe dieses wiederkehrenden Argumentationsmusters beanspruchen Rechtspopulist*innen für sich die Position als einzig wahre Repräsentant*innen des „Volkes“.³⁵

Einhergehend mit einem **moralischen Absolutheitsanspruch** und den Versuchen, das politische Geschehen in der Bundesrepublik rhetorisch in die Nähe diktatorischer Verhältnisse zu rücken, nehmen Rechtspopulist*innen demokratiefeerne Positionen ein. Allein die eigene Partei erscheint in dieser Sichtweise als einzige legitime Vertreterin des „Volkes“. Alle anderen Parteien werden nicht selten als „Alt“- oder „Systemparteien“ diffamiert. Die Konstruktion eines diffusen „Wir“ verläuft über die Ausgrenzung vermeintlich bedrohlicher „Anderer“, seien es die „Eliten“, die „Muslime“ oder die „Flüchtlinge“. ³⁶ Aufgrund einer solchen **rassistischen, nationalistischen, islamfeindlichen und antipluralistischen Feindbildsetzung** teilen Rechtspopulist*innen wesentliche Elemente der rechtsextremen Ungleichwertigkeitsideologie. ³⁷ In Bezug auf die nunmehr offiziell aufgelöste AfD-Teilorganisation „der Flügel“ wird auch im Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) über die AfD vom Januar 2019 auf eine Überschneidung mit rechtsextremen Einstellungs- und Verhaltensweisen verwiesen.

„Eine Gesamtschau der Vielzahl der diffamierenden und die menschliche Würde missachtenden Positionierungen, auch unter Berücksichtigung der Verbundenheit mit ideologischen Aspekten des Nationalsozialismus, dokumentieren, dass es sich nicht um einzelne Entgleisungen, sondern um eine charakteristische Grundtendenz innerhalb des ‚Flügels‘ handelt.“ ³⁸

Diesem Zitat entsprechend zeichnet sich von Teilen der AfD eine prägnante Anschlussfähigkeit an rechtsextreme Gruppierungen ab.

Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwege führt diesbezüglich treffend an, dass der Rechtsextremismus durch eine rechtspopulistische Politikform „sein Gesicht (verändere) aber nicht sein Wesen“ ³⁹. Der Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn schlägt vor, nicht von Rechtspopulist*innen, sondern von „**rechtsextremen Populisten**“ zu sprechen, um die Einnahme von rechtsextremen Einstellungs- und Verhaltensweisen klar darzustellen. Salzborn zufolge greifen rechtsextreme Populist*innen gesellschaftliche (mediale) Debatten auf und verknüpfen diese mit menschenverachtenden Einstellungen. ⁴⁰ Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer führt in direktem Bezug zur AfD an, dass der Begriff des Rechtspopulismus zur Beschreibung der AfD verharmlosend wirke. Stattdessen plädiert Heitmeyer für den Begriff des **autoritären Nationalradikalismus**, um die zwei zentralen Kennzeichen der AfD – das Autoritäre und das Nationale – zu unterstreichen.

„Für mich ist die AfD der Ausdruck eines autoritären Nationalradikalismus, und das ist ein neuer Typus. Das Autoritäre kommt aus dem ganzen Bereich der Kontrolle. An vielen Stellen ist es so, dass Menschen den Eindruck haben, sie hätten einen Kontrollverlust erlitten. Kontrollverlust über ihre eigene Biografie, über ihre sozialen Verhältnisse, aber auch einen Kontrollverlust bei der Zuwanderung. Die AfD verspricht ein autoritäres Kontroll-Regime, um das wieder in eine neue Ordnung zu bringen. Das ist der eine Punkt - das Autoritäre. Der zweite Punkt ist das Nationale - also Deutschland zuerst und koste es, was es wolle. Das dritte ist der Radikalismus mit einem hochgradig emotionalisierten und Grenzen überschreitenden Mobilisierungsstil.“ ⁴¹

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Rechtspopulismus oder auch der autoritäre Nationalradikalismus sowohl eine bestimmte Art politischer Rhetorik, wie auch ein strategisches Vorgehen darstellt das im Kern auf zwei zentralen Grundprinzipien beruht:

- 1 **Der Konstruktion einer „Wir-Identität“ (der „kleine Mann“ oder „das Volk“)**
- 2 **Einer radikalen Abgrenzung dieser „Wir-Identität“ gegenüber einem „oben“ (dem „Establishment“, den „korrupten Eliten“) und einem „außen“ („die Flüchtlinge“, „die Muslime“, „die Fremden“, „LGBTIQ*-community“)**

Durch die Behauptung, einen einheitlichen „Volkswillen“ exklusiv zu vertreten, werden gleichzeitig Kritiker*innen aus der Zivilgesellschaft, aus anderen Parteien und der Presse diskreditiert und delegitimiert. Somit vertreten rechtspopulistische Parteien im Kern demokratiefeindliche und antipluralistische Positionen.⁴²

2.3 Eine Definition von „Rassismus“

Es gibt keine allgemeingültige Definition von Rassismus. Eine enge Auffassung des Rassismusbegriffs bezieht sich auf Ideologien, welche Menschen in „Rassen“ mit genetisch vererbaren Eigenschaften unterteilen und biologisch argumentieren. Diese Handreichung orientiert sich an der Definition von Rassismus des Migrationsforschers Mark Terkessidis. Diese Definition bildet ein breiteres Verständnis des Rassismusbegriffs ab und schließt dementsprechend zahlreiche Formen der Ausgrenzung und Ungleichbehandlung bestimmter Personengruppen mit ein. Rassismus wird Terkessidis zufolge nicht als Ideologie, sondern als „**Apparat**“ mit drei zentralen Elementen verstanden.

Rassifizierung

Der Begriff der Rassifizierung meint den Prozess der „Rassenkonstruktion“ und bedeutet, dass

„(...) eine Gruppe von Menschen mittels bestimmter Merkmale als natürliche Gruppe festgelegt (wird) und gleichzeitig die Natur dieser Gruppe im Verhältnis zur eigenen Gruppe formuliert (wird).“⁴³

Diese bestimmten Merkmale können beispielsweise biologisch und/oder ethnisch-kulturell konstruierte Kennzeichnungen sein. Die Kennzeichnungen führen zu einer Gleichsetzung der einzelnen Mitglieder einer Gruppe. Mit deren Gleichsetzung gehen **Konstruktionen eines „natürlichen“ Aussehens** oder eines **bestimmten Verhaltens** der Gruppe einher. Ein Beispiel für eine solche Zuweisung wäre: „Sie sieht ja auch aus wie eine Südländerin. Ist doch klar, dass sie so aufbrausend ist.“

Ausgrenzungspraxis

Auf die Bestimmung einer „natürlichen“ Gruppe und der Vereinheitlichung der Mitglieder dieser Gruppe, folgt eine ungleiche Behandlung der einzelnen Gruppen. Konstruierte Migrant*innen-Gruppen und/oder People of Color¹ werden bei der Zuteilung von sozialen, kulturellen und finanziellen Ressourcen, beispielsweise im Bildungssystem oder auf dem Arbeitsmarkt, benachteiligt. Dies wirkt sich zum Vorteil der „Einheimischen“ und/oder der weißen Personen aus. Rassistische Diskriminierung wird als Legitimation **sozialer Ausgrenzung und Ungleichbehandlung bestimmter Personengruppen** herangezogen. Unterstellungen von „Faulheit“, „Dummheit“ oder als problematisch markierter „kultureller Unterschiede“ einer scheinbar „natürlichen“ Gruppe, werden beispielsweise als Erklärung der Schließung des Arbeitsmarktes für migrantisch geprägte Gruppen genannt.

1 People of Color bzw. Person of Color (POC): Der Begriff wurde zunächst im anglo-amerikanischen Sprachraum als Selbstbezeichnung derjenigen Menschen verwendet, die von der „weißen“ Mehrheitsgesellschaft als „nicht-weiß“ identifiziert werden und von rassistischen Haltungen, Projektionen und Handlungen betroffen sind. Seit einigen Jahren hat der Begriff Eingang in den deutschen Sprachgebrauch gefunden und wird gegenwärtig vor allem von rassismuskritischen Initiativen bzw. von Menschen als Selbstbezeichnung genutzt, die in verschiedenen Formen von Rassismus betroffen sind.

Differenzierende Macht

Die Inbezugnahme des „**Macht-Begriffs**“ verweist auf die Notwendigkeit der Verfügung über bestimmten **Ressourcen und Mittel** zur Unterdrückung einer anderen Gruppe. Unter dem Einbezug des „Macht-Begriffs“ wird im Rahmen dieser Rassismus-Definition jedwede Form der Ausübung physischer und psychischer Gewalt gegenüber den Mitgliedern einer, als hierarchisch niedriger konstruierten Gruppe miteinbezogen.⁴⁴

Rassistische Systeme und Logiken schaffen also erst die **angeblich „natürlichen“ Gruppen von Menschen**, die dann mithilfe der Konstruktion bestimmter Gruppenmerkmale als höher- oder minderwertig dargestellt werden. Aus dieser Ungleichstellung der einzelnen Gruppen folgen auf gesellschaftlicher und institutioneller Ebene rassistische Diskriminierungen. Diese sind meist mit der Ausübung physischer und psychischer Gewalt gegen People of Color und Migrant*innen-Gruppen verbunden. Rassismuserfahrungen sind für die betroffenen Personen alltäglich und allgegenwärtig, jedoch je nach dem historischen Zeitpunkt, dem Gesellschaftstyp und der nationalen Ausprägung variabel.⁴⁵ In dieser Handreichung steht die Perspektive von Rassismus betroffener Menschen in Deutschland im Fokus.



Bei einer Demonstration gegen Rassismus und Polizeigewalt in den USA am 4. Juni 2020 in Bielefeld

2.4 Fremdenfeindlichkeit? Ausländerfeindlichkeit? Kulturrassismus? – Die Verwendung des Rassismus-Begriffs in Deutschland

In wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit rechtsextremen Verhaltensweisen und Denkstrukturen in der BRD wurde der Rassismusbegriff bis in die 1990er Jahre weitestgehend gemieden. Die Gründe hierfür liegen in erster Linie im historischen Bezug zum Nationalsozialismus. Der Begriff des Rassismus wurde direkt mit der Shoah als in der Menschheitsgeschichte präzedenzloses Verbrechen verknüpft. Die Verwendung des Rassismusbegriffs diene, wenn überhaupt der Benennung gewaltvoller neo-nazistischer Übergriffe gegen Menschen mit Migrationsgeschichte. Statt des Rassismusbegriffs werden im bundesrepublikanischen Kontext meist die Begriffe „Fremdenfeindlichkeit“ und „Ausländerfeindlichkeit“ verwendet.

Der Begriff „Ausländerfeindlichkeit“ entstand im Kontext negativ konnotierter gesellschaftlicher Debatten über ein angeblich zunehmendes „Ausländerproblem“. Dieses „Ausländerproblem“ wurde sogar als Grund für den Anstieg rechtsextremer Gewalt in den 1980er Jahren herangezogen. Die Betroffenen rassistischer Gewalt wurden demnach als „Problem“ markiert, nicht jedoch tatsächlich vorhandene rechtsextreme und rassistische Einstellungen in der deutschen Gesellschaft. Die Verwendung des Begriffs „Fremdenfeindlichkeit“ weist Menschen mit Migrationshintergrund den andauernden Status des „Neuankömmlings“ bzw. des „Fremden“ zu und spricht Migrant*innen damit ihre Zugehörigkeit ab.⁴⁶

Mit dem Begriff „Ausländerfeindlichkeit“ werden die Betroffenen rassistischer Gewalt als „Problem“ markiert, nicht aber rechtsextreme und rassistische Einstellungen in der Gesellschaft.

„Mit der Verwendung des Rassismusbegriffs soll der Fokus dieser Handreichung auf der **Betroffenenperspektive** liegen.“

Die Begriffe „Fremdenfeindlichkeit“ und „Ausländerfeindlichkeit“ markieren also die Betroffenen von rassistischer Gewalt als „Ausländer“ oder als „fremd“ und demnach als „nicht-zugehörig“. Dies geschieht unabhängig davon, ob sie in Deutschland geboren wurden, bereits seit mehreren Generationen in Deutschland leben und/oder den Status als „Fremde“ oder „Ausländer“ ablegen möchten. Mit der Verwendung dieser Begriffe wird eine Trennung zwischen „In- und „Ausländern“, sowie „Fremden“ und „Einheimischen“ vorgenommen und nicht die vorangestellte Frage behandelt, wie und warum bestimmte Gruppen zu „Ausländern“ und zu „Fremden“ gemacht werden. Die Perspektive der als „fremd“ markierten Menschen, sowie deren Umgangsstrategien mit der Fremdenkonstruktion, wird bei einer Auseinandersetzung mit „ausländerfeindlichen“ und „fremdenfeindlichen“ Handlungen nicht miteinbezogen.

Durch die Tabuisierung des Rassismusbegriffs werden darüber hinaus historische rassistische Kontinuitäten in Deutschland außer Acht gelassen:

„Dort wo ‚Rassismus‘ verkürzend allein auf den Nationalsozialismus bezogen wird, wird nicht nur verhindert, dass die Perspektive ‚Rassismus‘ zur Analyse gegenwärtiger Verhältnisse eingesetzt wird. Es wird zudem die Tatsache verkannt, dass Rassismus in Deutschland auch bereits vor dem Nationalsozialismus als Ideologie und Handlungspraxis bedeutsam war, nämlich zur Zeit des deutschen Kolonialismus.“⁴⁷

Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus sowie dessen Kontinuitätslinien in Vorstellungswelten, Sprache und Bildern findet nach wie vor in zu geringem Maße statt.⁴⁸

Die Debatten über Rassismus verliefen und verlaufen in Deutschland auch heute noch zu schwerfällig. Aber Rassismus verschwindet nicht, wenn er nicht benannt wird. Vielmehr wird so den Betroffenen die Möglichkeit genommen, über alltägliche rassistische Erfahrungen auf individueller, struktureller und auch institutioneller Ebene zu sprechen.⁴⁹ Mit der Verwendung des Rassismusbegriffs soll der **Fokus** dieser Handreichung **auf der Betroffenenperspektive** liegen. Dabei gilt es historische Kontinuitäten von Rassismus als „Wissensbestand“ der bundesrepublikanischen Gesellschaft sowie die Verankerung rassistischen Wissens in den Institutionen, wie der Schule oder dem Arbeitsmarkt, miteinzubeziehen.⁵⁰

In einer aktuellen Ausprägung von Rassismus wird weniger auf Grundlage biologistischer Denk- und Handlungsmuster argumentiert, sondern aufgrund von bestimmten Gruppen zugeschriebenen kulturellen Eigenschaften. Dabei ist von in sich geschlossenen und sich nach außen hin abgrenzenden „Kulturkreisen“ die Rede. In diesem **Kulturrassismus** bestimmen „kulturelle“ Eigenschaften, welche ebenso auf die „Abstammung“ zurückgeführt werden, das Dasein und den Charakter einzelner Personen.

Kulturrassistische Denkstrukturen argumentieren gegen eine „Vermischung der Kulturen“, da sonst ein Verlust von Werten und kulturellen Eigenschaften zu verzeichnen wäre. Auch dabei wird, ähnlich dem biologistisch argumentierenden Rassismus, angeführt, dass eine Vermehrung der als kulturell „minderwertig“ markierten Menschen zu einem Verlust des europäischen Zivilisations- und Kulturniveaus führen würde. Angehörige bestimmter „Kulturen“ und/oder Religionen werden als hierarchisch höher oder niedriger gestellt betrachtet. Ein Beispiel für eine solche kulturalistisch argumentierende Ausgrenzung ist der **antimuslimische Rassismus**.

Im antimuslimischen Rassismus werden soziale Konflikte ethnisiert und kulturalisiert, in der Folge werden Menschen muslimischen Glaubens ausgegrenzt. Diese Ausgrenzung wird unter anderem mit der Unterstellung einer Verweigerungshaltung muslimischer oder als muslimisch markierter Menschen legitimiert. Die Verwendung des Rassismusbegriffs darf sich daher in Deutschland nicht allein auf Momente, in welchen der biologistische Rassebegriff verwendet wird beschränken.⁵¹

„Die (...) Verkürzung von Rassismus auf Rechtsextremismus resultiert aus der in Deutschland verbreiteten Annahme, dass sich Rassismus nur da manifestiere, wo er auf einen biologistischen Rasse-Begriff rekurriert. Begreift man ‚Rassen‘ aber als soziale und politische Konstrukte und nicht als naturgegebene Gebilde, dann sind sie das Ergebnis und nicht die Voraussetzung von Rassismus.“⁵²

Um die Auseinandersetzung mit dem Rassismusbegriff zu vervollständigen, wird im folgenden Kapitel explizit die Perspektive von Rassismus betroffener Menschen dargelegt. Dabei liegt der Fokus auf **alltäglichen Erfahrungen von Rassismus**. Dieses Kapitel dient der Sensibilisierung, sowie der Anregung zu einem selbstreflexiven Umgang mit dem rassistischen Wissensbestand weißer Bürger*innen und der Stärkung einer emanzipatorischen Position von Menschen mit Migrationsgeschichte und People of Color.

2.5 Rassismuserfahrungen im Alltag aus migrantischer Perspektive

Der Migrationsforscher Mark Terkessidis führte im Rahmen seiner wissenschaftlichen Veröffentlichung „Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive“ (2004) Interviews über Rassismuserfahrungen aus migrantischer Perspektive in Deutschland durch. Im Zuge dieser wissenschaftlichen Ausarbeitung werden unter anderem die Kategorien „Entfremdung“ und „Verweisung“ durch Erfahrungen von Rassismus im Alltag erläutert.

Emotionen der „**Entfremdung**“ werden mit einer Schlüsselerfahrung oder Ur-Erfahrung der „**Nicht-Zugehörigkeit**“ eingeleitet. Durch wiederkehrende Erlebnisse dieser Art wird das Gefühl der „Nicht-Zugehörigkeit“ verstärkt und verinnerlicht. Ein Interviewpartner schildert seine erste Erfahrung der „Entfremdung“ im Bereich der Schule folgendermaßen.

„Mein erstes Erlebnis (...) hatte ich in der Grundschule, wo wir ein Diktat zurückbekommen haben, und ich der Beste dieses Diktats war, und die Lehrerin anschließend gesagt hat, der Eren als Türke hat die beste Arbeit geschrieben, ihr solltet euch mal eine Scheibe abschneiden und das war eigentlich die erste Erfahrung, wo ich darüber nachgedacht habe, daß ich eigentlich gar kein, gar kein Deutscher bin, sondern eigentlich wirklich nur ein Außenstehender.“⁵³

Diese Erfahrung stellt einen **blitzartigen Verlust von Vertrautheit** dar. Andere Interviewpartner*innen berichteten häufig, dass sie im Kontext eines Besuches bei der Ausländerbehörde erste Erfahrungen der „Entfremdung“ gemacht haben. Dabei werden die Personen von einem bestimmten Kollektiv, welchem sie sich vorher als selbstverständlich zugehörig fühlten, ausgeschlossen. Die „Entfremdung“ gilt als fundamentaler Vorgang, durch den sich Menschen auf einmal „anders“ fühlen und dieses „sich anders fühlen“ auf sich, ihr Aussehen und ihre Herkunft übertragen.⁵⁴

Erfahrungen des „Nicht-Dazugehörens“ gehen Hand in Hand mit der Aussage: „Du gehörst eigentlich woanders hin“. Antworten die Interviewpartner*innen auf die Frage „Woher kommst du?“ mit einer einfachen Ortsbezeichnung, wie „Düsseldorf“, wird dies meist nicht akzeptiert. Anschließend werden Nachfragen gestellt: „Woher kommst du wirklich?“ oder „Aber woher kommen deine Eltern?“. Die fragende Person ist erst dann zufriedengestellt, wenn geantwortet wird, dass die befragte Person oder die Eltern aus einem anderen Land kommen und nach Deutschland migriert sind. Fragen nach der Herkunft und vor allem ein vehementes Nachfragen, konstruieren scheinbar undurchdringliche Grenzen zwischen dem „einheimischen Wir“ und dem „migrierten Anderen“. Der Herkunfts-Dialog gilt erst dann als abgeschlossen, sobald der Prozess der „**Verweisung**“, konkret der Verortung der Person in einem anderen Land, abgeschlossen ist.

Neben diesen alltäglichen, meist unterbewusst ablaufenden Erfahrungen von Rassismus schildern die Interviewpartner*innen ebenso radikale Erlebnisse der „Verweisung“. So wurde beispielsweise einem Interviewpartner bei einem Fußballspiel der Ausruf „Du Dreckstürke, geh in dein Land zurück!“ entgegengebracht.⁵⁵

Den Betroffenen wird weiterführend durch eine scheinbar „natürliche“ Gruppenzugehörigkeit ihre **Selbstbestimmtheit und Individualität abgesprochen**. Sie können entweder eine „Ausnahme“ der ihnen in der Gesellschaft zugesprochenen Rolle als Mitglied einer „natürlichen“ Gruppe einnehmen oder den anderen Mitgliedern der Gruppe entsprechen. Ethnische Zuschreibungen wie der „südländische Chauvi“ oder das „unterdrückte türkische Mädchen“ können lediglich individuell aufgebrochen werden: „Aber du bist ja nicht so, du bist ja angepasst!“. Auf die eine oder andere Weise wird People of Color signalisiert, dass sie nicht der Norm entsprechen. Entweder sie entsprechen nicht der Norm „ihrer“ Gruppe, oder sie entsprechen als Mitglieder einer als defizitär markierten Gruppe nicht der Norm der Gesellschaft.⁵⁶

Die Erwartungen, die an Menschen mit Migrationsgeschichte gestellt werden, den Ansprüchen der Gesellschaft gerecht zu werden sowie in erster Linie lediglich als Mitglied der zugeschriebenen Gruppe betrachtet zu werden – all dies löst bei den Betroffenen einen enormen Druck und Stress aus.⁵⁷ Diese überdurchschnittlichen Erwartungen, welche sich teilweise wechselseitig widersprechen und auf einem rassistischen Wissensbestand der Gesellschaft basieren, werden als „**racial stress**“ bezeichnet. Wissenschaftlichen Studien zufolge geht „racial stress“ nicht selten mit Erkrankungen wie Depressionen oder Autoimmunkrankheiten einher.⁵⁸

Diese Beispiele auf der individuellen Ebene der Betroffenen veranschaulichen, dass die Konstruktion eines ‚Anderen‘, verbunden mit der Benennung eines ‚Nicht-Dazugehörens‘ zentral für die Reproduktionsmechanismen rassistischer Wissensbestände sind. Das ‚migrantisch Andere‘ wird als Abweichung von der Norm konstruiert und weiterführend als fehlerhaft markiert. Die Reproduktion rassistischer Denk- und Erfahrungsmuster erfolgt meist im Kleinen und wirkt unmerklich. Die Betroffenen jedoch müssen Rassismus alltäglich begegnen.

Die rassistischen Wissensbestände in der Bundesrepublik Deutschland durchziehen ebenso institutionelle Ebenen. Sei es im Bildungssystem, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in der massenmedialen Auseinandersetzung oder bei polizeilichen Kontrollen.⁵⁹ People of Color können sich einer Auseinandersetzung mit Rassismus in der Gesellschaft nicht entziehen. Sie müssen einen Umgang damit finden und Strategien entwickeln. Strategien können dabei auch ein bewusstes Ignorieren oder die Einnahme der Haltung ‚Mich stört Rassismus nicht‘ sein.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass der „racial stress“ nicht vorhanden ist. Zudem werden Widerstände gegen rassistische Bemerkungen meist mit der Anmerkung ‚Nun sei doch nicht so sensibel‘ entwertet, was wiederum zu einer erhöhten Frustration führt.⁶⁰

Für eine Darstellung der medialen Erzeugung alltagsrassistischer Narrative kann das populäre, wenn auch bereits zeitlich zurückliegende, Beispiel des Rücktritts Mesut Özils aus der deutschen Fußballnationalmannschaft herangezogen werden. Özil begründete seinen Rücktritt im Juli 2018 mit rassistischen Diskriminierungserfahrungen. Dies wurde medial aufgegriffen und führte zu zahlreichen kontroversen Debatten über Rassismus. Im Rahmen dieser Debatten ließ sich die **Re-Produktion rassistischer Denk- und Verhaltensmuster** erkennen. So veröffentlichte beispielsweise die ehemalige Familienministerin Kristina Schröder auf Twitter folgende Aussage:

„Für mich ist es ja eher ein Alarmzeichen, wenn die Politik auf den billigen und beliebten Versuch reinfällt, mit dem Rassismusvorwurf das eigene Verhalten gegen jede Kritik zu immunisieren.“⁶¹

Der Ressortleiter des Feuilletons der „WELT“ Jan Küveler verfasste einen Artikel mit „offenen Fragen an Özil“ und schrieb dabei folgendes:

„Ist jemand, der, wie man liest, in seiner Freizeit nichts weiter tut, als sich selbst auf der Playstation zu spielen, überhaupt in der Lage zu beurteilen, ob und wann es sich um Rassismus handelt? Und wann bloß um die eigene Blödsheit?“⁶²

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) veröffentlichte unter dem Titel „Verfolgungswahn“ einen Artikel von Reinhard Müller, welcher den „Rassismus-Vorwurf“ Özils gegenüber dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) als „absurd“ bezeichnet.⁶³ Mithilfe dieser Beispiele lässt sich deutlich zeigen, dass in der Diskussion um Rassismus in Deutschland rassistische



Ali Can (in der Bildmitte hinter dem Transparent) veröffentlichte als Reaktion auf die Debatte um Özil unter dem Hashtag „metwo“ konkrete Erfahrungen von Rassismus in Deutschland.

Wissensbestände reproduziert werden, statt sich kritisch und selbst-reflexiv damit auseinanderzusetzen. Den Betroffenen werden ihre Erfahrungen abgesprochen.

Dies geschieht unter anderem mit dem Verweis darauf, dass sie „blöd“ seien oder unter „Verfolgungswahn“ leiden würden.

Doch ebenso lassen sich im Zuge des Rücktritts von Özil kritische und empowernde Auseinandersetzungen über Rassismus in Deutschland wiederfinden. Vor allem die sogenannte **metwo-Bewegung**, in deren Rahmen Migrant*innen auf Twitter über ihre Rassismuserfahrungen berichteten, führte zu einer Erhöhung der Sichtbarkeit von Rassismus aus migrantischer Perspektive. Der Aktivist Ali Can veröffentlichte als Reaktion auf die Debatte um Özil unter dem Hashtag „metwo“ konkrete Erfahrungen von Rassismus in Deutschland und tausende weitere schlossen sich an. Hinsichtlich der sogenannten Özil-Debatte merkte Can an,

„(...) dass er (Anm.: Özil) das Bild mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan als unpolitisch bezeichnet hat, ist völlig naiv. Das legitimiert bei Weitem trotzdem nicht, dass man ihn diskriminiert, ausgrenzt und rassistisch beleidigt.“⁶⁴

Zahlreiche überregionale Zeitungen, wie beispielsweise die „FAZ“, die „Süddeutsche Zeitung“ und der „Spiegel Online“, greifen die „metwo-Bewegung“ auf und veröffentlichen Berichte über Rassismuserfahrungen aus migrantischer Perspektive.⁶⁵ In der Online Ausgabe des Spiegels lassen sich exemplarisch folgende

Schilderungen eines 15-Jährigen Schülers wiederfinden.

„Ich habe (...) einen türkischen Hintergrund. Manchmal machen Freunde sich einen Spaß daraus. Wenn ich zum Beispiel im Sportunterricht sehr schnell laufe, kommen Sprüche wie: ‚Du türkischer Hengst.‘ Andere Schüler auf dem Schulhof nennen mich manchmal sogar ‚Kanacke‘. Unglaublich, dass man so noch angesprochen wird. In solchen Momenten habe ich das Gefühl, dass sie denken, ich sei weniger wert als sie. Aber ich ignoriere das einfach, weil ich weiß, dass das nicht stimmt.“⁶⁶

Ebenso veröffentlichte der Pianist Igor Levit unter dem Hashtag „metwo“ auf twitter folgende Erfahrung:

„Goldberg Variationen gespielt. Großen Erfolg gehabt. Nach dem Konzert ein Ehepaar beim Signieren: ‚Das war so schön, und das obwohl sie ihrer geistigen und sonstigen Herkunft nach ja eigentlich keinen direkten Zugang zu Bach und seiner Musik haben können.‘ #metwo“⁶⁷

Im Rahmen dieser Handreichung soll eine **nachhaltige Auseinandersetzung und Bekämpfung** rechtsextremer, rechtspopulistischer, antisemitischer und rassistischer Tendenzen in der kommunalen Politik und der Stadtgesellschaft angeregt werden. Ziel dabei ist die **Schaffung einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe für Alle**. Dabei wird der Aspekt des Empowerments für People of Color sowie eine Solidarität mit den Betroffenen als zentral für eine Kultur der gleichberechtigten Teilhabe erachtet.

3 Extrem rechte und rechtspopulistische Praxis

Die rückwärtsgewandte Auffassung eines homogenen „Volkes“, welches sich nach „Innen“ (den „Eliten“) und nach „Außen“ (den „Fremden“) abgrenzt, basiert auf antipluralistischen Erzählungen, die der Konstruktion eines geschlossenen „Wirs“ dienen. Rechtspopulistische Parteien bedienen den Wunsch nach Zugehörigkeit und Anerkennung von Menschen auf Basis ausgrenzender und rassistischer Denkstrukturen.

Dabei wird die „Bewahrung“ und weiterführend der Kampf um scheinbar verloren geglaubte Identitätsbezüge ins Zentrum der politischen Agenda gerückt. Diese Bezüge können auf die „Bewahrung“ eines heteronormativen Familienbildes (Mutter-Vater-Kind) mit den darin vorgesehenen traditionellen Geschlechterbildern oder auf die „Bewahrung“ einer homogenen „deutschen Kultur“ unter Ausschluss von Migrant*innen und Geflüchteten verweisen. Somit stellen sich Rechtspopulist*innen gegen eine Gleichstellungspolitik von Frauen und sexuellen Minderheiten, gegen eine Integrationspolitik, gegen das Grundrecht auf Asyl und relativieren den Minderheitenschutz.⁶⁸ Ziel von Rechtspopulist*innen ist es eine Deutungs- und Meinungshoheit im öffentlichen Raum zu erlangen und mit der eigenen islamfeindlichen und rassistischen Themensetzung in die Sprache, das Denken und Handeln der sogenannten bürgerlichen Mitte zu wirken.⁶⁹

3.1 Diskurs- und Aktionsstrategien

Vor allem in den letzten Jahren gelang es rechtspopulistischen Akteur*innen antipluralistische, antifeministische, rassistische, antisemitische und muslimfeindliche Forderungen in einer breiteren gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu verankern und damit politischen Einfluss zu entfalten.⁷⁰ So arbeiten rechtspopulistische Parteien in Europa an einer Verschiebung des gesamten politischen Diskurses nach rechts.⁷¹ Aktuell beziehen sich wissenschaftliche Analysen zu rechtspopulistischen Praktiken in Deutschland in erster Linie auf die AfD.⁷²

Lange Zeit gelang es in der Bundesrepublik Deutschland, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, keiner rechtspopulistischen Partei, sich zu etablieren. Nach den Bundestagswahlen am 24. September 2017 konnte die AfD jedoch als drittstärkste Kraft mit 12,6 Prozent in den deutschen Bundestag einziehen.⁷³ Mittlerweile ist die AfD in allen Länderparlamenten vertreten. Bei den Wahlen zum nordrhein-westfälischen Landtag am 14. Mai 2017 erreichte die Partei 7,4 Prozent und zunächst 16 Mandate. Bei den Kommunalwahlen im September 2020 erzielte die AfD insgesamt 5,1 Prozent (landesweit 185 Mandate).

Die AfD entstand 2013 im Kontext der Euro-Krise sowie in Folge der Sarrazin-Debatte und wurde zu Beginn in erster Linie als rechtsliberale und EU-kritische Partei in der BRD wahrgenommen. Bereits in der Anfangszeit der Partei wirkte allerdings der völkisch-rechte Flügel rund um den AfD-Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag Björn Höcke mit. Zunächst spielten die entsprechenden Akteur*innen in der Außenwirkung der Partei eine untergeordnete Rolle, diese durchlief jedoch eine fortschreitende Entwicklung nach rechts-außen.⁷⁴

Im Folgenden soll beispielhaft dargelegt werden, wie es der AfD durch gezielte sprachliche Grenzüberschreitungen in Teilen gelang, rassistische und menschenverachtende Sprache sowie in der NS-Zeit geprägte Begriffe in das gesellschaftlich „Sagbare“ zu verlagern.

Besonders häufig wiederkehrende Erzählstrukturen der AfD beziehen sich auf **die Konstruktion von Bedrohungsszenarien durch Flucht- und Migrationsbewegungen**. Hier lassen sich beispielhaft zwei wiederholend genutzte Deutungen der Asylthematik erkennen.

1 Migration wird als „Naturkatastrophe“ inszeniert.

Fluchtbewegungen werden beispielsweise als ‚Welle‘ oder als ‚Lawine‘ beschrieben. Diese Begriffe werden assoziativ mit einer Bedrohung und Zerstörung gleichgesetzt, mit dem Ziel, in der Bevölkerung Ängste zu schüren. Diese Assoziation ruft weiterführend das Bild einer notwendigen Abwehr scheinbar ‚natürlicher Gefahren‘ hervor, sodass jegliche Mittel gegen die Einwanderung Geflüchteter und Migrant*innen als legitim erscheinen. Derartige Metaphern und Deutungsmuster sind keineswegs neu. Die AfD, aber auch andere rechtspopulistische und manifest rechtsextreme Akteur*innen knüpfen hierbei an polemische und diffamierende Erzählstrukturen über Migrations- und Fluchtbewegungen an, die spätestens seit dem Beginn der 1990er Jahre im Kontext der damaligen Debatten um Flucht und Asyl festzustellen waren.⁷⁶ Dabei wurden und werden Geflüchtete und Migrant*innen entmenschlicht, während die politischen und sozialen Umstände von Flucht und Migration weitgehend ausgeblendet bleiben.

2 Die AfD vertritt grob pauschalisierende und vereinfachende Interpretationen globaler Flucht- und Migrationsbewegungen.

Ins Zentrum rücken hier vor allem junge, arabisch-muslimische Männer. Diese werden einem fremden Wertesystem zugeordnet, seien daher bedrohlich und würden somit nicht in ‚unser‘ Wertesystem ‚passen‘. Meist werden diese Pauschalisierungen mit der Instrumentalisierung von sexueller Gewalt verknüpft. Der Begriff ‚Rapefugees‘, welcher überwiegend von PEGIDA genutzt wurde, geht beispielsweise auf eine pauschalisierende Darstellung von Asylberechtigten als Vergewaltigter zurück und verbreitete sich schnell im gesellschaftlich rechten Spektrum.⁷⁷

„Eine Normalisierung nationalsozialistisch geprägter Begriffe lässt sich auch an dem Begriff der „Lügenpresse“ zeigen.“

Weiterführend **inszenieren sich die Mitglieder der AfD** mithilfe der bereits erwähnten Basiserzählung eines vom „Establishment unterdrückten Volkes“ als „**Widerstandskämpfer*innen**“. In diesem Kontext wird häufig eine „Hygiene-Rhetorik“ verwendet. Björn Höcke wiederholte beispielsweise in seiner Erfurter Rede am 07. Oktober 2015 mehrmals den Satz: „Wir stehen für Sauberkeit.“⁷⁸ Der Bundessprecher der AfD und Mitglied im EU-Parlament Jörg Meuthen führte beim Bundesparteitag 2016 in Stuttgart an: „Wir wollen weg von dem links-rot-grün versifften 68er Deutschland und hin zu einem friedlichen, wehrhaften Nationalstaat.“⁷⁹

Die Verwendung einer „**Hygiene-Rhetorik**“ verweist auf das propagandistische Repertoire des Nationalsozialismus. Eine **Normalisierung nationalsozialistisch geprägter Begriffe** lässt sich auch an dem Begriff der „**Lügenpresse**“ zeigen. Dieser wurde von Adolf Hitler und Joseph Goebbels genutzt, um in der Weimarer Republik Medien und andere Parteien zu verunglimpfen. Eine andauernde Wiederholung dieses Begriffs, der ursprünglich von PEGIDA genutzt, von Vertreter*innen der AfD aufgegriffen und teilweise in der medialen Berichterstattung unreflektiert reproduziert wurde, leistete – absichtsvoll oder nicht – einem „Normalisierungseffekt“ nationalsozialistischer Sprache Vorschub.⁸⁰

Der Begriff der „Lügenpresse“ verweist neben der Normalisierung von „Nazi-Rhetorik“ auf einen weiteren zentralen Aspekt rechtspopulistischer Agitation: die **Delegitimierung der Medien** und daran anknüpfend die Etablierung einer AfD-eigenen beziehungsweise -nahen Medienlandschaft. Die Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Alice Weidel führte in ihrer Bewerbungsrede für den Bundesvorstand im Jahr 2017 an: „die gesamten Medien (...), brauchen Sie nicht mehr lesen, hören sie doch nicht mehr hin.“⁸¹ Die AfD hat in sehr kurzer Zeit eine eigene Medienlandschaft aufgebaut. Darunter zählen zum Beispiel „AfD TV“, „AfD Radio“, der AfD-Twitter-Kanal und zahlreiche Facebookseiten, sowie das Magazin „AfD-Kompakt“.⁸²



Handreichung der
Mobilen Beratung gegen
Rechtsextremismus in NRW und des
Landesintegrationsrates:
„Mit Rechten streiten?“ – Zum
Umgang mit rechtspopulistischen
und rassistischen
Herausforderungen

Mithilfe der Etablierung eines eigenen Medienapparats verbunden mit der Nutzung sozialer Netzwerke, gelang es der AfD eine digital vernetzte Gemeinschaft mit einem hohen Zusammengehörigkeitsgefühl zu schaffen. Gleichzeitig ist die AfD auf etablierte Medien angewiesen, um sich breitenwirksam zu inszenieren, Feindbilder zu konstruieren und zu provozieren. Die AfD versucht dabei gerade auch kritische Beiträge in den Medien zu nutzen, um sich selbst als Opfer des „Establishments“ zu inszenieren.⁸³

Eine Strategie, die zweifellos eine Herausforderung für Journalist*innen darstellt.

Für eine tiefergehende Auseinandersetzung mit den rhetorischen Mitteln der AfD empfiehlt sich die Broschüre „Parolen Paroli. Mit Argumenten gegen rechtspopulistische Vorurteile. Handreichungen für die Praxis“ von der Bergischen VHS Solingen/Wuppertal und dem Regionalbüro Arbeit und Leben DGB/VHS Berg und Mark.⁸⁴

Rhetorische und politische Strategien der AfD

1 Völkisches Vokabular wurde in die Sphäre gesellschaftlicher „Sagbarkeit“ gerückt:

Jemand, der einen deutschen Pass hat, der mag zwar im Rechtssinne Deutscher sein. Aber er ist natürlich noch nicht Deutscher in dem Sinne, dass er zu den Werten und den kulturellen Traditionen steht, die dieses Volk ausmachen.“⁸⁵ (Alexander Gauland)

2 Andere Parteien und Teile der Medien wurden in teilweise diffamierender Rhetorik attackiert:

„Die etablierten Parteien und die mehrheitlich freiwillig gleichgeschalteten Medien jedoch bemühen sich nach Kräften im Verschweigen, Verharmlosen und Manipulieren.“⁸⁶ (Zitat aus dem Landeswahlprogramm der AfD in Baden-Württemberg)

3 Die AfD inszenierte sich selbst als „Widerstandskämpferin“ gegen das „Establishment“ und zugleich als „Opfer“ der etablierten Politik und der Medien.

„Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteifilz ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk, liebe Freunde.“⁸⁷ (Markus Frohnmaier)

4 Gesellschaftliche und politische Polarisierungen wurden durch gezielte Tabubrüche und Provokationen angeheizt.

„Wir müssen die Grenzen dicht machen und dann die grausamen Bilder aushalten. Wir können uns nicht von Kinderaugen erpressen lassen. (...) Man kann sich nicht einfach überrollen lassen. Einen Wasserrohrbruch dichten sie auch ab.“⁸⁸ (Alexander Gauland)

3.2 Themen- und Politikfelder in Parlamenten und kommunalen Gremien

Mit dem Einzug der AfD in die Landesparlamente, in den Deutschen Bundestag sowie in kommunalpolitische Gremien (Stadt- und Gemeinderäte, Kreistage) erhält die AfD die Möglichkeit sowohl auf lokaler und regionaler als auch auf bundesweiter Ebene zu agieren. Eine Studie von Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges und Gerd Wiegel über das Auftreten der AfD in den Landesparlamenten und im Deutschen Bundestag macht deutlich, dass die AfD alle parlamentarischen Mittel nutzt, um beispielsweise über Anträge und Anfragen eine Agenda zu verfolgen, die teilweise von der Verächtlichmachung parlamentarischer Praktiken geprägt ist.⁸⁹ So scheint die Arbeit der AfD in den Parlamenten bislang kaum auf konstruktive und sachorientierte Auseinandersetzungen und Diskussionen abzuzeilen. Im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit hat die AfD bislang vielmehr eine Reihe von Skandalen und Tabubrüchen inszeniert.⁹⁰ Diese Strategie lässt sich auch auf kommunalpolitischer Ebene beobachten.

Die AfD-Bundestagsfraktion und die Fraktionen der Partei in den Länderparlamenten verfolgen keineswegs eine „Single-Issue“-Politik⁹¹. Vertreter*innen der AfD versuchen sich als Vorkämpfer*innen gegen Antisemitismus zu inszenieren, widmen sich erinnerungskulturellen und bildungspolitischen Fragen und sind bemüht, zudem sozialpolitisch Themenfelder zu besetzen. Gleichwohl scheint es wenig überraschend, dass die Partei einen ihrer **Schwerpunkte bei der Formulierung von Anträgen und Anfragen auf den Themenkomplex „Flucht und Migration“** legt, der gewissermaßen als „Markenkern“ der AfD gelten kann, auf den wiederum die parlamentarischen wie außerparlamentarischen Vorstöße in anderen Themen- und Politikfeldern immer wieder zurückkommen. Im Zuge dessen werden Menschen mit Migrationsgeschichte und Fluchthintergrund vorwiegend mit negativen Phänomenen wie Gewalt und Kriminalität in Verbindung gebracht,⁹² mit muslimischem Antisemitismus ebenso wie mit islamistischem Terrorismus.⁹³ Nicht zuletzt wird die Asylthematik bisweilen mit Anfragen nach der Gefahr der Zunahme von Seuchen und Epidemien verknüpft, mit dem unverkennbaren Ziel, Ansätze einer humanitären Flüchtlingspolitik zu diskreditieren.⁹⁴ Flankiert werden diese parlamentarischen Vorstöße durch ethnisierend gerahmte Anfragen zu angeblichem „Sozialmissbrauch“ (durch Migrant*innen und Geflüchtete)⁹⁵ und den entstehenden Kosten im Zusammenhang mit der Aufnahme von Geflüchteten.⁹⁶ Augenscheinlich ist die AfD in diesem Kontext bemüht, sich auch sozialpolitisch dadurch zu positionieren, dass sie sich als Wahrerin des Sozialstaates ausgibt, der jedoch nur für „Einheimische“ gedacht zu sein scheint und somit gegen dessen „Missbrauch“ durch Migrant*innen verteidigt werden muss.



Derart ethnisierende Aufladungen sozialpolitischer Fragen finden sich auch immer wieder in den kommunalpolitischen Vorstößen der AfD in Nordrhein-Westfalen. In einer Anfrage der AfD im Rat der Stadt Köln im Mai 2019, wurde etwa die grassierende Wohnungsnot mit der Präsenz von Geflüchteten in der Stadt in Verbindung gebracht, indem die Fraktion in Erfahrung bringen wollte, wieviele der von der Stadt zwischen 2014 und 2019 vom Bundesamt für Immobilienaufgaben erworbenen Wohnungen von Geflüchteten belegt seien.⁹⁷ In ähnlicher Weise verknüpfte Thomas Röckemann, Landtagsabgeordneter der AfD und Vertreter seiner Partei im Kreistag von Minden-Lübbecke, in seiner Haushaltsrede im Dezember 2017 die Wohnungsnot in der Region mit der Unterbringung von Geflüchteten. Polemisch führte er aus: „Die Obdachlosenzahlen sind im Vergleich zu 2014 um 150 Prozent gestiegen. Wo bleibt das Wohnungsbauprogramm für die einheimische Bevölkerung. (...) Alle politisch Verantwortlichen starren gebannt aufs Meer und warten ab, wer so alles kommt und Ansprüche stellt.“⁹⁸ Die AfD-Gruppe im Kreistag von Gütersloh wollte in einer Anfrage zum Thema „Leistungsmissbrauch beim Kindergeld“ im November 2017 von der Verwaltung wissen, „wie viele EU-Ausländer, Nicht EU-Ausländer und Drittstaatsangehörige (...) derzeit Kindergeld“ beziehen.⁹⁹

Die Ratsgruppe der AfD Münster wiederum wetterte regelmäßig gegen die „Einwanderung in das Sozialsystem“, die dazu führe, dass „die arbeitenden Deutschen (...) mit ihren Steuern und Sozialbeiträgen in immer stärkerem Maße den Lebensunterhalt von Ausländern finanzieren“¹⁰⁰ müssten. Mit „jedem zusätzlichen Flüchtling“ würden sich zudem die „Schulden der Stadt Münster“ erhöhen.¹⁰¹

Darüber hinaus werden Geflüchtete in Anfragen und Anträgen notorisch unter Kriminalitäts- und Betrugsverdacht gestellt. Die Kölner Ratsfraktion der AfD forderte beispielsweise in einem Antrag im November 2018, ein medizinisches Altersfeststellungsverfahren bei „unbegleiteten minderjährigen Ausländern“ einzuführen.¹⁰²

Auffällig ist, dass die AfD, der nicht zuletzt aufgrund ihres konsequent ethnisierenden Politikansatzes eine Nähe zum Rechtsextremismus attestiert wird, diese Vorwürfe regelmäßig mit dem Hinweis auf ihre entschiedene Positionierung gegen Antisemitismus und ihre „bedingungslose“ Solidarität mit Israel zu entkräften versucht. Diese ostentativ nach außen getragenen Bekenntnisse teilt sie mit einer Reihe weiterer rechtspopulistischer Gruppierungen und Parteien in Deutschland und Europa und grenzt sich somit von offen neonazistischen Strömungen und Organisationen, wie der NPD oder den militanten Kleinstparteien „Die Rechte“ oder „Der Dritte Weg“, ab, für die der Antisemitismus einen ideologischen Kernbestandteil bildet.¹⁰³

Tatsächlich erscheint die vermeintlich antisemitismuskritische Haltung der AfD jedoch vorwiegend durch instrumentelle Erwägungen gekennzeichnet zu sein. Eine Thematisierung von antisemitischen Einstellungs- und Verhaltensweisen ist für die AfD vor allem von Bedeutung, wenn sie sich für eine Kritik der Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik mobilisieren lässt, was sich etwa in zahlreichen **Anfragen zum „muslimischem Antisemitismus“ in den Länderparlamenten und im Deutschen Bundestag spiegelt**. Antisemitische Einstellungsmuster und Denkstrukturen in der Mehrheitsgesellschaft sowie in extrem rechten Gruppierungen und Parteien spielen hingegen für die AfD offenkundig eine untergeordnete Rolle.¹⁰⁴ Diese Feststellung gilt mithin auch und besonders für die Beschäftigung mit antisemitischen Positionen einzelner Mandatsträger*innen innerhalb der Partei und ihrem Umfeld. Bereits im Jahr 2017 konstatierte der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn: „Die antisemitischen Fälle in der AfD sind aber mittlerweile schon so umfangreich, dass die meist übliche rechte Strategie, diese als Einzelfälle zu verniedlichen, substanzlos geworden ist.“¹⁰⁵ Diese Feststellung bezieht sich indessen nicht nur auf Randfiguren in der AfD oder die untere und mittlere Funktionärebene. Auch führende Parteifunktionäre wie Björn Höcke bedienen antisemitische Ressentiments, etwa dann, wenn der Thüringer Landesvorsitzende bei einer Rede anlässlich einer Kundgebung in Gotha im Oktober 2016, die Leugnung des Holocaust als so genanntes „Meinungsdelikt“ verharmlost.¹⁰⁶

Grundlegender für die Bewertung des Verhältnisses der AfD zum Antisemitismus als die jüdenfeindlichen Äußerungen einzelner, wenn gleich führender AfD-Mitglieder sind indessen die zahllosen verschwörungsideologischen Topoi, die für die Verlautbarungen der AfD insgesamt charakteristisch sind. Von zentraler Bedeutung ist dabei das immer wieder kolportierte Narrativ von einem angeblich sich vollziehenden, „großen Austausch“, der gesteuert und planmäßig darauf abziele, das deutsche Volk durch eine migrantische Bevölkerung zu ersetzen. Bundeskanzlerin Angela Merkel wird in diesem Kontext nicht selten als willfährige Erfüllungsgehilfin denunziert. Die vermeintlichen Drahtzieher*innen des „großen Austausch“ werden meistens nicht konkreter benannt und häufig ebenso abstrakt wie verächtlich als „One World Ideologen“¹⁰⁷ umschrieben.

Eine Thematisierung von antisemitischen Einstellungs- und Verhaltensweisen ist für die AfD vor allem von Bedeutung, wenn sie sich für eine Kritik der Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik mobilisieren lässt, was sich etwa in zahlreichen Anfragen zum „muslimischem Antisemitismus“ in den Länderparlamenten und im Deutschen Bundestag spiegelt.



Der Finanzinvestor und Holocaust-überlebende George Soros wurde immer wieder zur Zielscheibe rechtsextremer Polemiken und Verschwörungstheorien.

Dieser raunende, sich in Andeutungen erschöpfende Tonfall, dessen sich Alexander Gauland ebenso bedient¹⁰⁸ wie beispielsweise die Ratsgruppe der AfD Münster, wenn sie darüber lamentiert, dass „das Staatsvolk (...) durch die zunehmende kulturfremde Zuwanderung langsam aber systematisch ausgetauscht“¹⁰⁹ werde, eröffnet indessen Assoziationsräume, die strukturell der Dramaturgie antisemitisch aufgeladener Weltverschwörungsideologien folgen. Diese enthalten gleichwohl personalisierende Zuspitzungen. So erscheint es keineswegs zufällig, dass in bisweilen kampagnenartig orchestrierten Polemiken des äußerst rechten politischen Spektrums – in Deutschland und in Europa – der in Ungarn geborene amerikanische Finanzinvestor und Holocaustüberlebende George Soros bezichtigt wird, Migrationsbewegungen nach Europa gleichsam zu steuern¹¹⁰ – eine Behauptung, die immer wieder auch in Argumentationsfiguren von AfD-Mandatsträger*innen auftaucht.

Weiterhin lassen sich in zahlreichen **Anfragen und Anträgen der AfD, in programmatischen Veröffentlichungen wie auch Reden und anderen Verlautbarungen ihrer Repräsentant*innen Bestrebungen erkennen, die Bedeutung der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren.** Das Grundsatz- wie auch das Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl enthalten gleichermaßen die Forderung: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven und identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“¹¹¹ Obgleich sich in der AfD und in ihrem Umfeld ein teilweise bizarres Spektrum von Geschichtsrevisionist*innen unterschiedlicher Schattierungen tummelt¹¹², vermeiden es die führenden Parteifunktionär*innen die präzedenzlosen nationalsozialistischen Verbrechen zu beschönigen oder sogar zu leugnen. Gleichwohl weisen deren diskursive Strategien eindeutig exkulpierende, verharmlosende und relativierende Tendenzen auf, wobei vor allem die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in den Fokus der geschichtspolitischen Interventionen rückt. Demnach sind es vor allem sechs rhetorische Muster, die den Umgang mit dem Nationalsozialismus prägen.

Sechs rhetorische Muster, die den Umgang mit dem Nationalsozialismus prägen

1. ist das Bemühen zu beobachten, **den Nationalsozialismus überhaupt nicht oder lediglich in abstrakten mithin verschleiernenden Worten zu erwähnen.** So finden sich in den Verlautbarungen der AfD häufig zahlreiche Floskeln, in denen allgemein von „den 12 Jahren“ oder von „jenen 12 dunklen Jahren“ die Rede ist. Der Begriff des Nationalsozialismus wird bisweilen gar nicht erst direkt in den Mund genommen. Diese Feststellung gilt zumal für die präzedenzlosen Verbrechen, die kaum Erwähnung finden.

2. ist zu bemerken, dass der Nationalsozialismus häufig rhetorisch aus dem extrem nationalistischen und rechtsextremen politischen Spektrum ausgegliedert und **dem linken politischen Spektrum zugeschlagen** wird. So konstatierte etwa der nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Martin Renner in seinem Redebeitrag während der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag zum Thema Erinnerungskultur, im Februar 2018: „Vergessen Sie doch nicht, dass das verbrecherische Naziregime Kollektivistinnen und Sozialisten waren, eben nationale Sozialisten. (...) Wir sind doch geradezu die politische Gegenthese zur Ihren sozialistischen und kollektivistischen Ideologien.“¹¹³ Bemerkenswert an Renners Polemik ist freilich, dass er umstandslos, die aktuell im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der AfD) als „kollektivistisch“ deklariert und somit in die Nähe des Nationalsozialismus rückt, der wiederum als Spielart des Sozialismus erscheint.

3. wird suggeriert, dass sich der Nationalsozialismus eigentlich gegen „Deutschland“ und dessen politische und kulturelle Traditionen gerichtet habe. Der Nationalsozialismus sei, behauptete etwa Alexander Gauland in einem Interview im August 2017, „etwas zutiefst antideutsches.“¹¹⁴

4. geht die Ausgliederung des Nationalsozialismus aus der deutschen Geschichte häufig mit dem Versuch einher, den Islam gleichsam **als dessen Wiedergänger** zu stilisieren. Man lehne ja, heißt es in regelmäßigen Verlautbarungen der Partei, Nationalsozialismus und Antisemitismus entschieden ab, derartige menschenfeindliche Positionen würden aber gegenwärtig vor allem von Muslimen bzw. in der islamischen Welt vertreten.

5 sind die geschichtspolitischen Vorstöße der AfD häufig von den Versuchen gekennzeichnet, die **Verbrechen des Nationalsozialismus durch Vergleiche mit anderen Gräueltaten oder Ereignissen während des Zweiten Weltkriegs zu relativieren**. Etwa wenn es in einer Kleinen Anfrage des AfD-Abgeordneten Marcus Spiegelberg im Landtag von Sachsen-Anhalt zum Thema „Bewahrung der Kultur und Geschichte von Flüchtlingen und Vertriebenen“ heißt, mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf dem Europäischen Kontinent sei es zu der „bisher größten Vertreibung der Menschheitsgeschichte“ und zu einem „zumindest teilweise umgesetzten Genozid am deutschen Volke aus den östlichen Siedlungsgebieten“ gekommen.¹¹⁵

6 münden diese rhetorischen Muster allesamt in das **Postulat einen Schlußstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit und deren Bewältigung zu ziehen**, die in zahlreichen Verlautbarungen als „Schuld-kult“ bzw. „Kultivierung eines Schuldkomplexes“¹¹⁶ diskreditiert und als „masochistisch“¹¹⁷ deklariert werden.

Die beschriebene Rhetorik wie auch die damit transportierten erinnerungskulturellen Positionen finden sich nicht zuletzt immer wieder auch in den Verlautbarungen kommunalpolitischer Vertreter*innen der AfD in Nordrhein-Westfalen. So lehnte etwa die AfD-Fraktion im Dortmunder Stadtrat im Herbst 2017 die Errichtung eines Denkmals am Phoenix-See zur Erinnerung an Zwangsarbeiter*innen während des Nationalsozialismus mit der Begründung ab, damit werde eine „wabernde Kollektivschuld

am Leben“¹¹⁸ erhalten, die „uns kriegsnachgeborene Deutsche seit jeher belastet und die dazu beiträgt, dass ein patriotisches Selbstbewusstsein (...) in Deutschland nur rudimentär ausgebildet ist.“ Im März 2018 votierte Ernst-Ulrich Frank (AfD) im Lipper Kreistag als einziger gegen den Ausbau und die Weiterentwicklung der Gedenkstätte „Stalag 326“ in Schloß Holte-Stukenbrock, die an das an diesem Ort während des Zweiten Weltkriegs existierende Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht erinnert, in dem mehrere Zehntausend, vor allem sowjetische, Kriegsgefangene ums Leben kamen. Frank reklamierte für sich „nach Kriegsende“ geboren zu sein, und „keine Lust mehr“ zu haben, „ständig eine Schuld eingeredet zu bekommen.“¹¹⁹

Ein weiterer Fokus der parlamentarischen Arbeit der AfD liegt auf den Versuchen, die Legitimität von staatlich finanzierten bzw. unterstützten **Demokratieförderprogrammen, Projekten gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Ideologien der Ungleichheit, aber auch von Einrichtungen, Initiativen und Projekten im Themenfeld Migration und Integration in Frage zu stellen. In diesem Kontext wird in zahlreichen Anfragen und Anträgen, häufig der Vorwurf politischer Einseitigkeit, Indoktrination und nicht selten auch einer angeblichen Nähe zum „Linksextremismus“ erhoben.** Die von der AfD immer wieder reklamierte „Neutralität“ in der schulischen und außerschulischen Bildung, in Demokratie- und Integrationsprojekten avanciert hier gleichsam zu einem „Kampfbegriff“, um eine pädagogische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit diskriminierenden Haltungen und Strukturen zu attackieren.¹²⁰

In NRW stellte die AfD bereits im Oktober 2017 im Landtag eine Anfrage. Aufgrund einer klaren Positionierung des Landesintegrationsrates gegen jedwede Formen des Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus wurde dieser mit dem Vorwurf konfrontiert, nicht „neutral“ zu agieren und das Wahlverhalten der Wähler*innen zu beeinflussen. Die Landesregierung reagierte sachlich und konkret auf die Vorwürfe (siehe Abbildung S. 45) Dabei verwies sie darauf, dass der Landesintegrationsrat im Rahmen seiner Aufgabe als demokratischer Vertreter der Migrant*innen in NRW politisch Stellung beziehen und sich kritisch mit politischen Positionen auseinandersetzen könne. Dies geschehe im Rahmen der Selbstverpflichtung der Überparteilichkeit des Landesintegrationsrates.¹²¹

In einer Landtagsanfrage im April 2019 geriet wiederum der Flüchtlingsrat NRW in den Fokus der AfD, dem eine Nähe zu einer „verfassungsfeindlichen Organisation“ (der „Interventionistischen Linken“) unterstellt wurde.¹²² Bereits im Januar 2019 hatte die AfD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag in einer Kleinen Anfrage „politische Indoktrination“ durch das bundesweite Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ gemutmaßt.¹²³

In zahlreichen Anfragen und Anträgen der AfD wird häufig der Vorwurf politischer Einseitigkeit, Indoktrination und nicht selten auch einer angeblichen Nähe zum „Linksextremismus“ erhoben.

Auf kommunaler Ebene richteten sich die Vorstöße der AfD wiederholt gegen die Kommunalen Integrationszentren (KI). So positionierte sich Ralf Klocke, Vertreter seiner Partei im Kreistag von Herford in einer Kreistagssitzung im Oktober 2017 gegen die Fortführung des KI. Seiner Meinung nach sei „Integration“ eine „Bringschuld“. Geflüchtete sollten darüber hinaus nicht integriert werden, da sie „Gäste auf Zeit“ und somit auf die „Rückkehr in ihr Heimatland“ vorzubereiten seien.¹²⁴ Auch die Ratsgruppe der AfD in Münster forderte im Dezember 2018 die Auflösung des KI in Münster mit der Behauptung, dass „dieses Amt seit Jahren erfolglos“ sei. Zudem sollten der GGUA – einem seit rund 40 Jahre bestehenden, in Münster gut vernetztem und allgemein aufgrund seiner fachlichen Kompetenzen anerkannten Verein zur Unterstützung Geflüchteter – nach Auffassung der AfD die Fördermittel gänzlich gestrichen werden, da sie „Teil der Anti-Abschiebeindustrie“ sei.



Antwort der Landesregierung NRW auf die Anfrage der AfD zur politischen „Neutralität“ des Landesintegrationsrates NRW (Auszug, September 2017)

Nicht zuletzt verlangte die Ratsgruppe, die für den Integrationsrat vorgesehenen Gelder zu kürzen.¹²⁵ Den Ratsbeschluss ebenfalls im Dezember 2018, den Beitritt der Stadt Münster zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) zu beantragen, lehnte die AfD freilich vehement ab. Der „Kampf gegen Rassismus“ diene vor allem dazu, „eine Gesinnungs- und Meinungsdictatur einzuführen.“ All jene, die „gegen eine ungehemmte Masseneinwanderung“ seien, sollten, so die AfD Ratsgruppe, „mundtot“ gemacht werden.¹²⁶

Gegenwärtig nutzt die AfD die Parlamente vorwiegend als „Bühne“ der Selbstinszenierung. Das Dilemma von Medien, Politiker*innen anderer Parteien sowie von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ist groß. Zum einen müssen diese auf Äußerungen, Anträge und Anfragen von Rechtspopulist*innen reagieren. Zum anderen gilt es, den häufig provokanten, skandalisierenden, nicht selten ethnisch und polemisch aufgeladenen Reden, Anträgen und Anfragen keine höhere Aufmerksamkeit als nötig zukommen zu lassen, um der AfD keine Bühne zu bieten.¹²⁷ Wie dieser Herausforderung begegnet werden kann lässt, soll in den folgenden Kapiteln als unterstützender Impuls für Akteur*innen der Kommunalpolitik ausführlich dargestellt werden.

Themen und Schlagwörter in der parlamentarischen Arbeit der AfD

- 1 die Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen und der „Ehe für alle“
- 2 antifeministische Vorstöße und gegen eine Gleichstellungspolitik
- 3 die Befürwortung einer Steuerpolitik in erster Linie für Wohlhabende und Reiche
- 4 die Bekämpfung einer an sexueller Vielfalt orientierten Sexualpädagogik an Schulen
- 5 eine Instrumentalisierung von Sexismus-Debatten auf Grundlage rassistischer Denkstrukturen
- 6 die grundsätzliche Ablehnung von Fördermitteln für erneuerbare Energien.¹²⁸

4 Sich gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus stark machen

Es ist wichtig, ideologische Hintergründe, Agitationsformen, den politischen Stil sowie die Art und Weise zu kennen, wie rechtsextreme und rechtspopulistische Akteur*innen Themen setzen (so genanntes „Agenda Setting“¹³⁰), um sich effektiv für eine gelebte menschenrechtsorientierte und pluralistische Demokratie einzusetzen. Trotz der wachsenden Mobilisierungsfähigkeit einer neuen „Bewegung von Rechts“ erheben zahlreiche Menschen und zivilgesellschaftliche Initiativen nach wie vor ihre Stimme gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus.

Auch in vielen kleineren Orten in NRW setzten sich zahlreiche Menschen unter dem Motto „Wir sind mehr“ für eine demokratische Kultur ein. Im Jahr 2015 haben sich acht Millionen deutsche Bürger*innen auf unterschiedliche Weise für Geflüchtete eingesetzt und 66 Prozent der Helfer*innen der Geflüchteten sind bis heute aktiv.¹³¹ Dies veranschaulicht, wie viele Menschen sich für die Aufnahme von Asylsuchenden engagieren und aktiv werden, wenn es darum geht, Menschen zu unterstützen, die Hilfe benötigen.

Die hohen Zustimmungswerte für die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Jahr 2018 zeigten, dass eine Partei, die sich im Wahlkampf klar für die Integration von Geflüchteten, die Europäische Union und die Gleichstellung der Geschlechter ausgesprochen hat, durchaus eine beachtliche Zahl an Stimmen auf sich vereinigen konnte.¹³²

Ebenso lassen sich konstruktive Positionierungen der CDU anführen. Im Rahmen des Landtagswahlkampfes 2017 in Niedersachsen arbeitete die CDU in ihrem Regierungsprogramm deutlich heraus, dass die Zuwanderung zu Deutschland gehöre. Die CDU sei stolz auf die hohe Anzahl an Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Niedersachsen. Im Rahmen des Regierungsprogrammes wird betont, dass Integration eine beidseitige Sache ist und den Respekt und die Toleranz der Aufnahmegesellschaft benötigt.¹³³

„Die Mehrheit der Bürger*innen wünscht sich von anderen Parteien eine klare Abgrenzung von den Programmen der AfD.“

In NRW stellt sich die Oberhausener CDU im Januar 2017 gemeinsam mit der SPD und den GRÜNEN, gegen eine Vermietung der Stadthalle an die AfD. Auch wenn der AfD rein rechtlich die Nutzung der Halle gewährt werden musste, gelang es der Mehrheit der Oberhausener Politiker*innen ein Zeichen zu setzen. Der Oberbürgermeister Daniel Schranz (CDU) betonte in diesem Kontext, er sei stolz darauf, dass sich Oberhausen bereits jahrelang gegen jedwede Form des Rechtsextremismus gewehrt hat.¹³⁴ Die Fraktionsvorsitzende der Oberhausener CDU Simone-Tatjana Stehr hält fest, dass ein Landesparteitag der AfD in Oberhausen dem Image der Stadt äußerst schaden würde.¹³⁵

Trotz der rechtspopulistischen Wahlerfolge verdeutlichen die letzten Bundestags- und Landtagswahlen insgesamt, dass sich **die Mehrheit der Bürger*innen nach wie vor nicht mit den Programmen der AfD identifiziert und sich weiterführend von anderen Parteien eine klare Abgrenzung von den Programmen der AfD wünscht.**

Dabei gilt es, den zahlreichen Gegner*innen von Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus eine Stimme zu geben und mit positiven Erzählungen und Beispielen über Integration, kulturelle Vielfalt, Gleichstellung und der Gleichwertigkeit aller Menschen voranzugehen.¹³⁶

Im Hinblick auf den Umgang mit neurechten Bewegungen und damit auch mit der AfD ist es wichtig, **Konsequenzen rechtspopulistischer Politik zu benennen.** Es gilt eine inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Programmen zu führen und weniger eine Skandalisierung der zahlreichen, meist kalkulierten Provokationen von Einzelpersonen in den Mittelpunkt zu rücken.¹³⁷

Wichtig ist es zu betonen, dass Rechtspopulist*innen keineswegs von anderen Parteien oder den Medien automatisch ausgegrenzt werden. **Rechtspopulist*innen grenzen sich selbst aus** – und zwar immer dann, wenn sie antidemokratische, antipluralistische, antisemitische, rassistische und islamfeindliche Positionen vertreten. Ihr politischer Stil ist nicht auf Kompromissbereitschaft oder die Lösung von Problemen fokussiert. Den Versuchen von Rechtspopulist*innen, sich selbst, als Opfer zu inszenieren, sollten Medien und Politik nicht auf den Leim gehen.

Gegen eine Stilisierung der AfD als „Wahrheitspartei“, gilt es **reale Probleme von Menschen in unserer Gesellschaft anzusprechen.** Probleme wie etwa Armut, Sucht, Ungleichheit und Korruption müssen sachlich diskutiert werden, um einen klaren Gegenentwurf zu rassistischen und menschenverachtenden Strategien von Rechtspopulist*innen zu formulieren. Eine Nicht-Thematisierung von sozialen Missständen wird von Rechtspopulist*innen instrumentalisiert.¹³⁸

Im Speziellen für Politiker*innen ist es wichtig, den Vorwurf, den Bezug zu den Menschen verloren zu haben, zu entkräften. Dabei gilt es schlicht zuzuhören und gerade in strukturell schwächeren Regionen Präsenz zu zeigen, **Probleme ernst zu nehmen und anzuerkennen**, um anschließend konkrete Lösungen erarbeiten zu können. Sozialpolitische Themen dürfen nicht von Rechtspopulist*innen vereinnahmt werden. Daran anknüpfend ist es wichtig, sich vor allem in den Kommunen der Aufgabe der Integration offensiv zu widmen und tragfähige Konzepte unter breiter Beteiligung zu entwickeln, sodass dieses Thema nicht allein von Rechtspopulist*innen besetzt bleibt.¹³⁹

Aufgrund des Aufschwungs extrem rechter Bewegungen bedarf es **verstärkten Engagements im Bereich der politischen Bildung**. Wie bereits erwähnt, werden Elemente rechtspopulistischer Rhetorik wie beispielsweise der Begriff „Lügenpresse“ meist unreflektiert übernommen. Dies führt zu einer Normalisierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Positionen in der Gesellschaft. Politische Bildung muss darauf reagieren, aufklären und eine breite Auseinandersetzung über Gestaltungsmöglichkeiten einer liberalen und pluralistischen Demokratie anregen.¹⁴⁰

Ein weiterer zentraler Punkt ist die **Solidarisierung mit von Diskriminierung betroffenen Personengruppen**. Politiker*innen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Gewerkschafter*innen etc. sollten entschieden ihre Unterstützung für jene deutlich machen, die von rechtspopulistischen und rechtsextremen Anfeindungen betroffen sind. Im Falle eines zunehmenden Machtgewinns „neurechter“ Bewegungen werden diese Menschen am stärksten bedroht. Von zentraler Bedeutung ist es demnach, handlungsfähige Bündnisse zu schaffen und darin unmittelbar von Diskriminierung Betroffene miteinzubeziehen. Dabei kann es sich beispielsweise um feministische und LGBTQ*-Gruppen sowie jüdische und muslimische Gemeinschaften handeln.¹⁴¹ Das ermöglicht eine breite und tiefergehende Auseinandersetzung mit der Thematik aus unterschiedlichen Perspektiven. **Betroffenen Gehör zu verschaffen**, sie von ihren Erfahrungen und vor allem auch von ihren Umgangsstrategien berichten zu lassen, erzeugt Empathie und wirkt proaktiv gegen pauschalisierende Narrative von Rechtsextremist*innen und Rechtspopulist*innen. Eine Stärkung dieser Personengruppen dient einer **gleichberechtigten Teilhabe** aller Menschen.

Um die eigene Meinung in Abgrenzung zu Rechtsextremismus und Rechtspopulismus glaubhaft vertreten zu können, ist es wichtig, wie bereits in Kapitel 2 eingehend thematisiert wurde, die **eigene Haltung und „eigene“ rassistische Denk- und Verhaltensmuster kritisch zu reflektieren**. Dies ist freilich als ständiger Lernprozess zu begreifen, jedoch unabdingbar für eine nachhaltige Solidarität mit den von Rassismus und Rechtspopulismus betroffenen Personengruppen.¹⁴²

Um die eigene Meinung glaubhaft vertreten zu können, es ist wichtig, die eigene Haltung und „eigene“ rassistische Denk- und Verhaltensmuster kritisch zu reflektieren.

Davon abgesehen gibt es im Hinblick auf das **Hausrecht und die Geschäftsordnung** die Möglichkeit, Personen, welche bereits durch rassistische und rechtsextreme Äußerungen auffällig wurden, von Veranstaltungen auszuschließen. Das Ziel ist hierbei **diskriminierungsfreie Räume** zu schaffen. Bereits bei der Einladung zu Veranstaltungen kann auf gewünschte Standards der Veranstaltung, wie der Ablehnung jeglicher Formen von Rassismus, Antisemitismus und Homofeindlichkeit, hingewiesen werden.¹⁴³

Aber in erster Linie sollten die Menschen, die sich in ihrer Haltung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Rechtspopulismus unsicher sind, erreicht werden.

Wie die klare Haltung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Rechtspopulismus gestärkt werden kann:

- 1** Empowerment von People of Color und Solidarisierung mit den von Rassismus betroffenen Menschen;
- 2** dauerhafte Reflexion der eigenen Haltung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Rechtspopulismus;
- 3** sachliche Darlegung einer klaren Abgrenzung gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in der eigenen Haltung;
- 4** ein konstruktives Narrativ über Fragen rund um die Themen Flucht und Migration, Klimaschutz, Gleichstellung aller Geschlechter und die Europäische Union zu etablieren und damit Rechtspopulist*innen nicht das politische und mediale Feld zu überlassen.

„Die **interkulturelle Öffnung** sollte als die zentrale Aufgabe der kommunalen Verwaltung gesehen werden, nicht zuletzt als Teilaspekt einer präventiven Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.“

4.1 Das hohe Veränderungspotenzial im Gestaltungsraum „Kommune“

In der Kommune als direktes Lebensumfeld der Menschen gibt es vielfältige Möglichkeiten ein pluralistisches und liberales Miteinander zu beleben und gestalten. Im Hinblick auf das Kommunalrecht sowie die Einbettung der kommunalen Selbstverwaltung in das Grundgesetz lassen sich die Angelegenheiten einer örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung vor Ort regeln. So liegt es an den Kommunen, Arbeits- und Freizeitstrukturen zu organisieren und bereitzustellen. Es ist Aufgabe der Kommunen, öffentliche Räume wie Plätze, Promenaden und Flussufer zu gestalten. Innerhalb der Kommune werden Bildungsangebote entwickelt und ausgeführt sowie die Förderung und Ausgestaltung von Museen verhandelt. Kommunalpolitisches Engagement kann zudem über die Grenzen der jeweiligen Kommune hinauswirken. So waren es die Kommunen, die sich in großen Teilen um eine eigenständige Energiegewinnung mithilfe von erneuerbaren Energien gekümmert haben und dadurch entscheidend zum Voranschreiten der Energiewende beigetragen haben.¹⁴⁴

Die Gemeinden und Städte haben als Teil der öffentlichen Verwaltung in NRW eine **zentrale Verantwortung** sowie großes Potenzial für einen auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelten Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Rechtspopulismus. Als gewählte Repräsentant*in der Gemeinde oder der Stadt, als städtische Mitarbeiter*in, als Ratsmitglied, als Mitglied der Gemeindevertretung oder als aktive*r zivilgesellschaftliche*r Akteur*in können wichtige Positionen für die Ausgestaltung eines friedlichen und positiv gelebten Miteinanders übernommen werden.¹⁴⁵

Die Gemeindeordnung verpflichtet die Kommunen unter anderem, die **Gleichstellung von Mann und Frau** zu fördern und einen **Integrationsrat** zu bilden (in Gemeinden, die über 5.000 „ausländische“ Einwohner*innen haben).¹⁴⁶ Der Rat der Gemeinde oder der Rat der Stadt kann Ausschüsse und Gremien bilden und diese bei seiner Entscheidungsfindung einbeziehen.



Um eine repräsentative Partizipation der Stadtgesellschaft und der Gemeinde in der Kommune zu garantieren, ist nach wie vor eine **interkulturelle Öffnung der städtischen Verwaltungsorgane** von Nöten. In NRW hatten im Jahr 2015 gerade mal 11,5 Prozent der Beschäftigten in der städtischen Verwaltung einen Migrationshintergrund, wobei dies noch über dem bundesweiten Durchschnitt liegt. In der BRD haben nur vier Prozent der Ratsmitglieder in den Städten einen Migrationshintergrund und nur sieben Prozent der Menschen in der öffentlichen Verwaltung im Allgemeinen.¹⁴⁷ Die interkulturelle Öffnung sollte als die zentrale Aufgabe der kommunalen Verwaltung gesehen werden, nicht zuletzt als Teilaspekt einer präventiven Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Eine Diversität unter städtischen Mitarbeiter*innen kann als Vorbild für das Miteinander in der Stadtgesellschaft gelten. Dadurch entstehen innerhalb der Verwaltung interkulturelle Begegnungsräume, welche die Chance eröffnen, Stigmatisierungen und Pauschalisierungen entgegenzuwirken und gezielt Vorurteile und Stereotype abzubauen.

Des Weiteren führt die interkulturelle Öffnung zu einer Repräsentation marginalisierter Gruppen in der Verwaltung. Eine interkulturelle Öffnung der kommunalen Verwaltung stellt dementsprechend eine präventive Maßnahme gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus dar.

Der konkrete Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Strukturen und Akteur*innen in den Kommunen kann jeweils sehr unterschiedlich ausfallen. Grundsätzlich gilt jedoch, dass **Rechtsextremismus, Rassismus und Rechtspopulismus öffentlich thematisiert werden müssen**, um demokratiefeindliche und rassistische Positionen aufzudecken und eine Auseinandersetzung mit der Problematik offensiv anzuregen und zu führen. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, ist es für Akteur*innen der Kommunalpolitik zielführend zu formulieren wofür sie stehen – etwa für eine Kultur der Gleichwertigkeit aller Menschen und deren gewählten Lebensformen. Im Folgenden werden mögliche Umgangs- und Handlungsstrategien konkretisiert und ausführlich dargestellt.

4.2 Grundsätzliche Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus für kommunalpolitische Akteur*innen

Der hohe Gestaltungsspielraum der Kommunen kann und sollte von Engagierten und Verantwortlichen genutzt werden, um Menschen für die kritische Auseinandersetzung mit „neurechten“ Bewegungen und für ein liberales und pluralistisches Demokratieverständnis zu gewinnen. Die folgenden konkreten Anregungen sollen engagierte Akteur*innen in den Kommunen bei der Umsetzung unterstützen:

1 Politische Partizipation von Migrant*innen stärken

Die politische Partizipation von Migrant*innen und Migrant*innenselbstorganisationen vor Ort sollte gestärkt werden. Dabei gilt es, sich den **Interessen und Belangen von People of Color aufmerksam zu widmen** und deren Perspektive im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus an erste Stelle zu setzen. Hierbei kommt vor allem den Integrationsräten eine zentrale Aufgabe als Vermittler*innen zwischen Menschen mit Migrationsgeschichte und der kommunalen Verwaltung zu.

2 Stadtgesellschaft miteinbeziehen

Die Stadtgesellschaft sollte in die konkrete Ausgestaltung von Initiativen und Bündnissen zur Demokratieförderung miteinbezogen und nicht als Gegnerin adressiert werden. Für die Herstellung einer breiten Identifikation mit den jeweiligen Initiativen und Bündnissen ist es von Vorteil, **positive Ziele** zu formulieren. Statt GEGEN etwas anzurennen, kann der Aufruf FÜR ein demokratisches, tolerantes, vielfältiges und solidarisches Miteinander hilfreich sein. Dies ermöglicht den Bürger*innen, sich für ihre Werte im Hinblick auf ein friedliches Miteinander einzusetzen und schafft bestenfalls gemeinsame und **sinnstiftende Identifikationsmöglichkeiten für alle Beteiligten**. Es ist wichtig, den Positionen extrem rechter Bewegungen zu widersprechen, sich aber nicht ausschließlich daran abzuarbeiten. Dem exklusiven, auf Nationalismus und Rassismus basierenden „Wir-Gefühl“ der Rechtspopulist*innen wird so keinerlei Raum zugesprochen. Stattdessen wirkt ein inklusives Verständnis von Gesellschaft in der Gemeinde nach.¹⁴⁸

3 Bezug zur Landesverfassung und zum Grundgesetz herstellen

Akteur*innen der Kommunalpolitik können sich in der Auseinandersetzung mit anti-demokratischen, rassistischen und anti-pluralistischen Aussagen stets **auf die Menschenrechte, das Grundgesetz und die Landesverfassung beziehen**. Das Grundgesetz und die Landesverfassung verpflichten und legitimieren Akteur*innen der Kommunalpolitik, sich für ein demokratisches und tolerantes Miteinander einzusetzen und aus dieser Überzeugung heraus für eine pluralistische Gesellschaft einzutreten. Rassistische, muslimfeindliche, antisemitische und LGBTIQ*-feindliche Aussagen von Rechtsextremist*innen und Rechtspopulist*innen stellen eine Verletzung des Artikels 1 Absatz 1 („Die Würde des Menschen ist unantastbar“) des Grundgesetzes dar und sollten auch als solche benannt werden.¹⁴⁹

4 Projekte und Initiativen im öffentlichen Raum sichtbar machen

Neben der Beantragung von ausreichenden finanziellen Mitteln für Projekte zu Empowerment und Demokratieförderung durch Akteur*innen der Kommunalpolitik, können gemeinsame **symbolische Aktionen und Feste** von engagierten Akteur*innen für die Stadtgesellschaft durchgeführt werden. Dies führt zu einer höheren Sichtbarkeit von Projekten und Aktionen zur Demokratieförderung und der Vielfalt in der Stadtgesellschaft.

5 Kooperationen zwischen kommunalen und öffentlichen Einrichtungen ermöglichen

Kooperationen zwischen verschiedenen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen wie Gemeinden und Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften, Schulen, Jugendzentren, interkulturellen Begegnungstätten, Vereinen, Migrant*innenselbstorganisationen und rassistuskritischen Initiativen sind von hoher Bedeutung. Die **Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus** ist als **kommunalpolitische Querschnittsaufgabe** für Akteur*innen der Kommunalpolitik zu betrachten.

6 Orte der Begegnung schaffen

Der Dialog und Austausch zwischen Geflüchteten, länger hier lebenden Menschen und der Mehrheitsgesellschaft kann durch Verantwortliche und Engagierte angeregt werden. Dies kann beispielsweise über regelmäßig stattfindende **Begegnungscafés** erfolgen. Wichtig dabei ist es, besonders die Perspektiven der von Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus betroffenen Menschen wahrnehmbar zu machen.

7 Regionale Vernetzung und regionalen Austausch voranbringen

Um einen regionalen Austausch und eine gemeinsame Vernetzung voranzubringen, können **regionale Fachrunden** mit Engagierten, kommunalen Politiker*innen, Wissenschaftler*innen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen einberufen werden.

8 Absprachen zum Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus treffen

In kommunalen Gremien, kommunalen Ausschüssen und der kommunalen Verwaltung lassen sich Absprachen für einen gemeinsamen Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus treffen. Dadurch können sich Akteur*innen der Kommunalpolitik präventiv auf mögliche Provokationen und Anfeindungen von Rechts vorbereiten, um anschließend **geschlossen zu handeln**.

9 Normativer Rahmen der Geschäftsordnung

Eine gute Kenntnis der eigenen rechtlichen Grundlagen und der Geschäftsordnung ist nicht zuletzt im Hinblick auf die „**Neutralitätsfrage**“ kommunaler Gremien und Ausschüsse von Bedeutung. Immer wieder fordern extrem rechte Parteien Meinungsfreiheit und politische Neutralität auch und gerade von kommunaler Verwaltung ein, wenn sie eigentlich Widerspruchsfreiheit für ihre ausgrenzenden Aussagen meinen. Zwar ist die Verwaltung grundsätzlich parteipolitisch neutral und darf keine Parteien benachteiligen. Gleichwohl verdeutlichen Geschäftsordnung und rechtliche Grundlage der jeweiligen Arbeit aber auch, dass kommunale Gremien und Ausschüsse in einen normativen Rahmen eingebettet sind, der durch das **Grundgesetz, die Landesverfassung und die Orientierung an den Menschenrechten** definiert ist. Demnach ist es möglich, in Gremien und Ausschüssen eine klare Haltung gegen rassistische, sozialchauvinistische, NS-relativierende und antidemokratischen Aussagen zu beziehen.

10 Besprechung der formalen Grundlagen der Geschäftsordnung

Mit einer gemeinsamen Erarbeitung und Besprechung der Geschäftsordnung lassen sich beispielsweise die formalen Rahmenbedingungen für Sitzungen festlegen. So hat beispielsweise der Integrationsrat der Stadt Mönchengladbach festgelegt, dass im Rahmen von öffentlichen Sitzungen mögliche Fragen mindestens zehn Tage vor der Sitzung dem Vorsitzenden schriftlich mitgeteilt werden müssen.¹⁵¹ Demnach besteht die Möglichkeit, nicht rechtzeitig eingegangene Fragen abzuweisen sowie sich auf mögliche provozierende Fragen vorzubereiten. Ebenso enthält die Geschäftsordnung zumeist **Regularien im Hinblick auf die Redezeiten** der Sitzungsteilnehmer*innen. Alle Sitzungsteilnehmer*innen sind demnach angehalten, sich kurz und sachlich zu den jeweils verhandelten Themen zu äußern. Bei Verstößen besteht die Möglichkeit einzelnen Teilnehmer*innen das Wort zu entziehen. Diese formalen – für alle Mitglieder des Gremiums gültigen – Rahmenbedingungen können demnach auch als Instrument zum Umgang mit Rechtspopulist*innen genutzt werden.

11 Transparente Gestaltung der eigenen Arbeit

Die Arbeit kommunaler Gremien und Ausschüsse wie beispielsweise der Integrationsräte oder der Frauen- und Gleichstellungsbüros sollte möglichst transparent gestaltet werden. Dazu gehören **Informationsveranstaltungen, Dialogrunden, einzelne Aktionen und Feste für die Bürger*innen**. So kann die große Bedeutung von Integrationsarbeit, rassismuskritischer Arbeit und der Gleichstellungsarbeit in der Region herausgestellt werden. Ein transparenter Umgang mit der eigenen Arbeit verbunden mit einer selbstbewussten Haltung signalisiert nach Außen: „Wir können unsere Arbeit offenlegen, denn wir machen unsere Arbeit gut!“. Möglichen Anfeindungen von Rechts wird dadurch präventiv der Wind aus den Segeln genommen.

„Ein transparenter Umgang mit der eigenen Arbeit verbunden mit einer selbstbewussten Haltung signalisiert nach Außen: „Wir können unsere Arbeit offenlegen, denn wir machen unsere Arbeit gut!“.“

12 Antragsstellung zur finanziellen Förderung von Projekten

Akteur*innen der Kommunalpolitik können gezielt zur finanziellen Unterstützung rassismuskritischer, Demokratie fördernder und an Empowerment orientierter Projekte beitragen und deren Fortbestehen sichern – sofern der politische Wille gegeben ist. Durch konkrete Anträge, die auf der Beschreibung von Problemen und Bedarfen beruhen, wird die kommunale Verwaltung zudem auf Herausforderungen in diesem Themenfeld aufmerksam gemacht. Akteur*innen der Kommunalpolitik können ebenso anregen, dass die jeweilige Kommune überregionalen Bündnissen gegen Rassismus und Rechtsextremismus wie etwa der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus oder dem Arbeitskreis Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (AK Ruhr) beitrifft.

13 Verstetigung rassismuskritischer Arbeit in der Verwaltung

Kommunale Gremien und Ausschüsse haben die Möglichkeit als „Beobachter*innen“ einer **nachhaltigen Auseinandersetzung mit Rassismus in der kommunalen Verwaltung** zu wirken und können die Verstetigung rassismuskritischer Arbeit in der Verwaltung als konkretes Ziel formulieren. Konkret kann immer wieder nachgehakt werden, in welchen Themenfeldern Bündnisse für Vielfalt in der Gesellschaft aktiv sind, um gegebenenfalls Druck auszuüben und diese durch Aktionen für die Stadtgesellschaft wieder anzukurbeln.

Das Engagement gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ist als Querschnittsaufgabe zu betrachten. **Vernetzung** und **Zusammenarbeit** sind die Schlüsselworte für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Rassismus in der jeweiligen Kommune. Kommunale Integrationsräte, Frauen- und Gleichstellungsbüros, Kulturausschüsse sowie Ausschüsse für den Umweltschutz können sich zusammenschließen, um rechtspopulistischen Vorstößen gegen den Feminismus und die Gleichstellungspolitik, gegen Integration von Geflüchteten, gegen eine pluralistische Auffassung von Kultur, sowie gegen die Förderung erneuerbarer Energien die Stirn zu bieten.

In der kommunalen Auseinandersetzung mit Rassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus können die Lösungsansätze sich an den sehr konkreten Problemen und Herausforderungen vor Ort orientieren. Damit kann ein entscheidender Teil zur Veränderung und Verbesserung eines gemeinschaftlichen und solidarischen Miteinanders geleistet werden, indem möglichst greifbare Konzepte entwickelt werden. Engagierte zivilgesellschaftliche und kommunalpolitische Akteur*innen wissen am besten um die Situation in der Region und haben die Ideen und Zugänge zur Umsetzung von Projekten, Bündnissen und Initiativen. Leider stehen diese häufig vor dem Problem unzureichender Anerkennung ihrer Arbeit, die – wenn überhaupt – meist lediglich auf zeitlich begrenzter Projektbasis finanziert wird. Im folgenden Kapitel werden daher konkrete Anregungen für eine nachhaltige Gestaltung und feste Verankerung rassismuskritischer und demokratiefördernder Arbeit in den Kommunen vorgestellt.

4.3 Die Verstetigung rassismuskritischer und demokratiefördernder Arbeit

Initiativen, Aktionen und Bündnisse, welche auf aktuelle rechtsextreme Vorfälle in den jeweiligen Kommunen reagieren, können aktivierend für eine breite und nachhaltige Auseinandersetzung wirken. Diese zielorientierte punktuelle Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gilt es zu verstetigen und in nachhaltige kommunale Strukturen einzubetten. Die Antragstellung zur finanziellen Förderung von Bündnissen und Projekten, vor allem aber eine mittel- und langfristig angelegte Strategieentwicklung stellt einen ersten und wichtigen Schritt für Akteur*innen der Kommunalpolitik zur Sicherung des Fortbestehens rassismuskritischer und demokratiefördernder Strukturen dar. Weiterführend ist die Verzahnung von zivilgesellschaftlicher und kommunalpolitischer Arbeit entscheidend für eine wirkungsvolle und nachhaltige Auseinandersetzung.

Im Kernpunkt setzen sich kommunale Gremien, Räte und Ausschüsse mit ihrer Arbeit für die Belange der Bürger*innen ein, sodass ihnen im Hinblick auf eine partizipative Einbindung der Verwaltung in zivilgesellschaftliche Aktionen und Bündnissen eine zentrale Rolle zukommt: sie können als Brücke zwischen der Gemeinde oder der Stadtgesellschaft und der kommunalen Verwaltung wirken. Zur Verstetigung der Arbeit für eine demokratische Kultur in den jeweiligen Kommunen bedarf es einer **ganzheitlichen Orientierung vor Ort**.¹⁵² Einige für eine solche umfassende und nachhaltige Bearbeitung wichtige Aspekte werden im Folgenden vorgestellt:

Fortlaufende Problemanalyse und Zielentwicklung

Mithilfe einer fortlaufenden Problemanalyse und Zielentwicklung lassen sich Aktionen, Initiativen und Bündnisse für Demokratie, Vielfalt und Solidarität mit den Betroffenen verstetigen. Dabei gilt es deren **positives Wirken** für die Gestaltung des Miteinanders in der Stadtgesellschaft **herauszustellen**, um die Notwendigkeit der Arbeit deutlich zu machen.

Fortwährende Integration neuer Inhalte

Daran anknüpfend ist es wichtig, immer wieder neue Inhalte in die bisherige Auseinandersetzung mit Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zu integrieren. Rassismuskritische Themen sowie präventive Maßnahmen gegen Rechtsextremismus gilt es in deren **verschiedenen Facetten** und **ständig neuen Herausforderungen** zu bearbeiten. Die Erfahrungen und Erkenntnisse von Rassismus betroffener Menschen einzubeziehen ist zentral für diesen Prozess. Potentielle Bündnispartner*innen wie jüdische und muslimische Gemeinschaften, rassismuskritische Gruppen oder Umwelt- und Friedensgruppen tragen zur Erweiterung der eigenen Perspektive bei. Der Fokus hierbei liegt auf der **Ausweitung des eigenen Wirkungsbereiches** und einer **Erweiterung der Themenfelder**, um diese für alle Bürger*innen zugänglich zu machen.

Inhaltliche Ziele in weitere gesellschaftliche Bereiche übertragen

Die inhaltlichen Ziele werden gesichert, indem diese in weitere Kontexte, wie in die kommunale Jugendhilfe und Sozialplanung, in kommunale Integrationskonzepte und die Stadtentwicklung übertragen werden. Rassismuskritische Arbeit bezieht sich auf zahlreiche Themenfelder – dies kann positiv genutzt werden, um die Arbeit für Demokratie und Vielfalt als Querschnittsaufgabe in der Kommune fest zu verankern und diese **für weitere lokale Akteursgruppen anschlussfähig zu machen**.

Erschließung langfristiger Finanzierungsmöglichkeiten

Ebenso sollte das Ziel einer langfristigen Finanzierung von Projekten, Aktionen und Bündnissen formuliert werden, um deren **strukturelle Absicherung** und die Nachhaltigkeit der Arbeit zu garantieren. Dazu zählt die Erschließung neuer Finanzierungsquellen, wie die Einbettung von Projekten, Bündnissen und Aktionen in Vereinsstrukturen und/oder städtische und länderspezifische Förderprogramme. Hierbei kann das **kommunale Förderprogramm „NRWeltoffen“** der Landesregierung NRWs eine wichtige Rolle spielen. Das Ziel des Förderprogrammes „NRWeltoffen“ ist die Unterstützung von Kreisen und kreisfreien Städten bei einer nachhaltigen Gestaltung der Rechtsextremismusprävention vor Ort.¹⁵³ Es gilt demnach den hohen Stellenwert kommunaler Institutionen bei der Mobilisierung von Ressourcen miteinzubeziehen.

Demokratieförderung als handlungswirksamen Lernprozess begreifen

Die Arbeit in kommunalen Projekten, Initiativen und Bündnissen sollte als handlungswirksamer Lernprozess begriffen werden. Im Rahmen dieses Lernprozesses können eigene Handlungsweisen im Hinblick auf neue Erfahrungen und Erkenntnisse verändert und angepasst werden. Dementsprechend wird eine **andauernde Qualifizierung** der Akteur*innen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Rechtspopulismus ermöglicht und garantiert. Einem „Feststecken“ in gewohnten Strukturen soll durch zeitnahe und kompetente Reaktionen auf rechtspopulistische und rechtsextreme Herausforderungen vorgebeugt werden.

Positives Wirken sichtbar machen

Für eine Verstärkung der Arbeit zur Demokratieförderung und gegen Rassismus ist es unabdingbar, deren positive Wirkungen in der Gemeinde oder der Stadtgesellschaft sichtbar zu machen. Das trägt dazu bei, eine größere Anzahl an Bürger*innen zu motivieren, sich langfristig und lösungsorientiert an der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus zu beteiligen. Ein **breites Engagement** der Bürger*innen bringt den gewünschten Druck auf kommunale Politiker*innen hervor, sich diesen Themen zuzuwenden und sie anzugehen.

Partizipative und respektvolle Kommunikation stärken

Eine **Kommunikation „auf Augenhöhe“** zwischen der kommunalen Verwaltung, den kommunalen Gremien, Räten und Ausschüssen und der Zivilgesellschaft ist unabdingbar. Nur so lässt sich ein ganzheitlicher, partizipativer und respektvoller Ansatz umsetzen. Dabei sollten gerade städtische Mitarbeiter*innen für diese Themen sensibilisiert und die Beteiligung von Rassismus und Rechtsextremismus betroffener Menschen an rassismuskritischen und an Empowerment orientierten Projekten und Initiativen garantiert werden.

Kommunale Leitbilder entwickeln

Engagierte Akteur*innen der Kommunalpolitik können auf eine **höhere Problemsensibilität und Problemkompetenz** innerhalb der kommunalen Verwaltung hinarbeiten. Hierzu lassen sich etwa **kommunale Leitbilder** entwickeln, die sich auf eine gelebte pluralistische und liberale Demokratie in der Gemeinde und der Stadtgesellschaft beziehen. Es ist wichtig, dass das kommunale Leitbild nach außen hin von den politischen Entscheidungsträger*innen legitimiert wird.

Zu einer Sensibilisierung in den Themenbereichen beitragen

Mithilfe von **internen Veranstaltungen und Workshops für städtische Mitarbeiter*innen** können diese in Auseinandersetzung und Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Rechtspopulismus „fit gemacht“ und sensibilisiert werden. Dies führt zu einer höheren Anerkennung der Arbeit in der Verwaltung. Gleichzeitig werden die Inhalte von Projekten und Bündnissen zur Demokratieförderung in die Verwaltungsarbeit integriert, was sich positiv auf eine Verstärkung rassismuskritischer Arbeit auswirkt.

Kooperationen zwischen deutungsmächtigen Akteur*innen etablieren

Die Verstärkung von Projekten, Bündnissen und Initiativen kann nicht ohne vertrauensvolle Kooperationsbeziehungen zwischen deutungsmächtigen Akteur*innen und den Engagierten in den Kommunen geschehen. Eine öffentliche Unterstützung der Projekte durch regional bekannte Akteur*innen wie beispielsweise kommunale Politiker*innen hat eine ungemein wichtige Wirkung für die Gemeinde oder die Stadtgesellschaft. Akteur*innen der Kommunalpolitik sollten sich ihrem Bekanntheitsgrad und ihres positiven „Standings“ in der Kommune bewusstwerden und dementsprechend ihre **Vorbildfunktion** für entsprechende Anliegen **nutzen**.

Die Einrichtung hauptamtlicher Koordinationsstellen

Heterogene Netzwerke für Demokratie und Vielfalt benötigen eine dauerhafte Koordination, um sich nach Innen verständigen und nach Außen als geschlossene Akteur*innen auftreten zu können. Eine Möglichkeit, solche **„Knoten im Netzwerk“** zu schaffen, ist die Einrichtung hauptamtlicher Koordinationsstellen, um Ressourcen für die einzelnen engagierten Akteur*innen einzusparen. Langfristig aktive Bündnisse und Projekte benötigen Fördermittel. Akteur*innen der Kommunalpolitik kommt für die Antragstellung der Fördermittel eine zentrale Rolle zu.



Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Akteur*innen der Kommunalpolitik die besondere Möglichkeit haben, eine **auf regionale Verhältnisse zugeschnittene Arbeit** gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus zu begleiten, diese zu fördern und daran mitzuarbeiten. Eine **zielgerichtete Zusammenarbeit verschiedener Akteursgruppen vor Ort** setzt große Potenziale in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus frei. Für die Projekte, Bündnisse und Initiativen sind eine **politische Unterstützung und deren Sichtbarkeit in der Verwaltung** durch die kommunalen Gremien und Ausschüsse **zentral**. Eine bereits zu Beginn gut gestaltete und auf eine Breitenwirksamkeit abzielende Öffentlichkeitsarbeit stellt eine zentrale Handlungsstrategie zur Verstärkung der Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus dar. Dabei sollten Aktionen öffentlich bekannt gemacht, die Botschaft in die Stadtgesellschaft oder die Gemeinde getragen sowie bekannte und einflussreiche Personen wie kommunale Politiker*innen oder Künstler*innen als sichtbare „Köpfe“ gewonnen werden.

Ziel soll es sein, die Arbeit von Aktionen, Projekten und Bündnissen in das kommunale Verwaltungshandeln zu integrieren und kommunale Leitlinien zu formulieren. Eine Verzahnung zivilgesellschaftlicher und kommunalpolitischer Akteur*innen sowie der Einbezug von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte ist ausschlaggebend für den Erfolg und die Nachhaltigkeit der Projekte, Aktionen und Bündnisse. Akteur*innen der Kommunalpolitik können dabei Netzwerkarbeit betreiben und die Kommunalverwaltung in die Inhalte zur Demokratieförderung und Rassismuskritik miteinbeziehen, sodass diese Impulse in langfristig tragfähigen Strukturen und unter maßgeblicher Beteiligung der Zivilgesellschaft umgesetzt werden können.¹⁵⁴

Interviews

„Die eigenen Stärken herausarbeiten“

Interview mit Ksenija Sakelšek, Vorsitzende des Integrationsrats der Stadt Unna



Frau Sakelšek, wie gestalten sich Ihre Erfahrungen mit Rechtsextremist*innen und Rechtspopulist*innen in ihrer Kommune?

In der Vergangenheit hatten wir in erster Linie Probleme mit Rechtsextremist*innen aus der Dortmunder Region und von der Sauerlandlinie. Eine bestimmte Anzahl von Rechtsextremist*innen hat beispielsweise auf der Durchreise von Dortmund nach Hamm in Unna Halt gemacht, randaliert und das Büro der Grünen angegriffen. Ansonsten haben wir es eher mit einzelnen Rechtsextremist*innen zu tun. In Unna ist ein führender NPD-Funktionär tätig und wohnhaft.

Im Rahmen von Veranstaltungen erscheinen immer wieder drei bis vier AfD-Mitglieder. Diese versuchen die Veranstaltung zu stören, indem sie sich teils aggressiv in die Diskussionen einmischen. Mittlerweile haben wir Strategien entwickelt und weisen im Vorfeld der Veranstaltungen darauf hin, dass wir nicht zögern, von unserem Hausrecht Gebrauch zu machen. Im Falle, dass jemand stört und sich in irgendeiner Form diskriminierend äußert, kann er*sie verwiesen werden.

Da wir viele AfD-Wähler*innen in unserer Kommune haben, gehen wir davon aus, dass nach den nächsten Kommunalwahlen auch die AfD im Rat sitzen wird. Das wird zu neuen Herausforderungen führen.

Lassen sich seit den letzten Jahren Veränderungen rund um die Problematik des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus erkennen?

Wir konnten mittlerweile feststellen, dass sich zum Thema „Fremde“ ein Stimmungswechsel vollzogen hat. Flüchtlinge selbst erzählen, dass die Menschen Angst vor ihnen haben. Vor allem junge Flüchtlinge berichten so etwas und sie wissen auch nicht so richtig, wie sie damit umgehen sollen.

Wir merken, dass die Leute zum Teil anders mit ihren Nachbarn umgehen. Das ist aber nicht nur die Mehrheitsgesellschaft. Es sind ebenso Zugewanderte, welche die Flüchtlingspolitik nicht begrüßen. Auch Menschen mit Migrationsgeschichte haben Vorurteile und äußern sich rassistisch.

Im Vorfeld von Veranstaltungen sollte darauf hingewiesen werden, dass die Veranstalter*innen bei diskriminierenden Äußerungen von ihrem Hausrecht Gebrauch nehmen.

„Jedes Jahr feiern wir **gemeinsam einen jüdischen und einen muslimischen Feiertag**, meist das Sukkot-Fest und das Fastenbrechen. Beide Gemeinden vermitteln dabei die Botschaft: „Wir sind alle Unnaer und gemeinsam wollen wir Vorurteile und Diskriminierung angehen“.“

Welche Strukturen gibt es in der Kreisstadt Unna, um diesen neuen Herausforderungen bestmöglich begegnen zu können?

Im Zuge der Erfahrungen, die wir damals mit Rechtsextremist*innen aus der Dortmunder Region hatten, haben wir in Unna einen Runden Tisch gegen Gewalt und Rassismus gegründet. Die Mitglieder kommen aus unterschiedlichen Parteien, sozialen Einrichtungen und Migrant*innenorganisationen und arbeiten seitdem gemeinsam präventiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus. In Rahmen der „Woche gegen Rassismus“ machen wir regelmäßig Veranstaltungen mit den Mitgliedern des Runden Tisches.

Wir sind außerdem sehr stolz darauf, dass fast alle weiterführenden Schulen in unserer Kommune den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ haben. In der Vergangenheit haben wir mit dem Integrationsrat und den Schüler*innen die Initiative gestellt, dass auch die Stadt Unna eine von wenigen Kommunen ist, die den Titel „Stadt ohne Rassismus – Stadt mit Courage“ trägt. Das bedeutet, dass sich die Mehrheit der Ratsmitglieder öffentlich gegen Rassismus bekannt hat.

Unsere Kommune ist mittlerweile in der Kampagne „Offene Kommunen“ der Bertelsmann-Stiftung vertreten. Unna war die 21. Kommune in ganz Deutschland, die sich im Zuge der Kampagne als weltoffene Kommune positionierte und ganz klar gesagt hat, dass sie das auch bleiben möchte.

Außerdem haben wir in Unna eine große jüdische und muslimische Gemeinde. Beide Gemeinden sind sehr offen. In unserer Kommune ist es normal, dass die muslimische Gemeinde und die jüdische Gemeinde zusammen etwas gestalten. Vertreter*innen beider Gemeinden gehen beispielsweise in die Schulen, um mit den Schüler*innen zu sprechen und Projekte zu initiieren. Auch im Rahmen von interkulturellen Festen treten diese geschlossen auf. Jedes Jahr feiern wir gemeinsam einen jüdischen und einen muslimischen Feiertag, meist das Sukkot-Fest und das Fastenbrechen. Beide Gemeinden vermitteln dabei die Botschaft: „Wir sind alle Unnaer und gemeinsam wollen wir Vorurteile und Diskriminierung angehen“.

Die Stadt Unna engagiert sich auf vielfältige Weise, z.B. durch interreligiösen Dialog, die Kampagne „Offene Kommune“ sowie den Runden Tisch gegen Gewalt und Rassismus, für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben.

Vor allem mit niedrigschwelligen Angeboten lassen sich Vorurteile in der Stadtgesellschaft abbauen.

Ein zentraler Wunsch ist es, die jungen Menschen zu erreichen und gemeinsam mit ihnen über den Umgang mit Rassismus und Rechtsextremismus zu sprechen.

Die Entwicklung eines Leitfadens für den Runden Tisch hat sich als sehr hilfreich erwiesen.

Was sind ihrer Einschätzung nach wichtige Formate, um Vorurteile und Stereotype gezielt abbauen zu können?

Wir versuchen mit zahlreichen niederschwelligen Veranstaltungen Vorurteile abzubauen und den Leuten Begegnungen zu ermöglichen. In Unna gibt es ein Begegnungscafé. Hier können sich die Einwohner*innen Unnas und Neuzugewanderte einmal im Monat treffen und ungezwungen miteinander ins Gespräch kommen. Auch im Rahmen der Interkulturellen Woche können wir durch kulturelle Angebote und Musik die Bürger*innen erreichen. Wir machen auch Vorträge zu diesen Themen aber meine Erfahrung ist, dass dann zu 90% die Leute kommen, welche nicht mehr überzeugt werden müssen. Einwohner*innen, die anderer Meinung sind, erreicht man selten mit solchen Fachvorträgen. Ich würde sagen mit diesen niedrigschwelligen Angeboten gelingt es uns immer wieder unterschiedlichste Zielgruppen zu erreichen, woraus sich dann Begegnungen und Gespräche ergeben.

Ich finde es außerdem sehr wichtig die jungen Menschen zu erreichen. In unserer Kommune gibt es gemeinsam mit dem Kommunalen Integrationszentrum viele Aktionen in den Schulen, um mit den Schüler*innen über Rassismus, Rechtsextremismus und Radikalisierung zu sprechen.

Haben Sie untereinander Absprachen getroffen, wie man mit aktuellen Herausforderungen des Rechtspopulismus umgehen kann?

Im Rahmen des Runden Tisches haben wir einen gemeinsamen Leitfaden erarbeitet. Zu Beginn war es nicht notwendig, Regeln für den Runden Tisch festzulegen. Aber mittlerweile haben mehrere Mitglieder das Bedürfnis geäußert, einen schriftlichen Konsens zu erarbeiten. Dieser schriftliche Konsens ist jetzt kurz vor dem Abschluss. Jedes Mitglied und vor allem jedes neue Mitglied muss sich zu diesem gemeinsam erarbeiteten Konsens bekennen, um beim Runden Tisch mitwirken zu können. Wir erachten diesen Leitfaden, vor allem im Hinblick auf die nächsten Kommunalwahlen, als sinnvoll. Gemeinsam mit dem Landesintegrationsrat planen wir auch eine Fortbildung für die Mitglieder des Runden Tisches zum Thema „Umgang mit Rechtspopulismus“. Dadurch können wir in Bezug auf die kommenden Kommunalwahlen auf ein bereits bestehendes Konzept aufbauen.

Was würden sie anderen Akteur*innen der Kommunalpolitik für den Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus auf Basis Ihrer Erfahrungen empfehlen?

Für die präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sind vor allem Räume der Begegnung wichtig. Diese gilt es möglichst niederschwellig zu gestalten. Es ist immer auch wichtig ein Zeichen zu setzen und Position zu beziehen. Meiner Meinung nach haben rechtspopulistische Parteien in letzter Zeit eine zu hohe Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erhalten. Wir hatten in einem Kulturzentrum die Aktion „Wir sind mehr“. Dabei war es uns wichtig, die Botschaft zu vermitteln: „wir stehen für eine tolerante Kommune und wir wollen Rechtspopulismus keinen Raum geben“. Ich glaube, es ist wichtig diese Botschaft laut zu sagen, sei es im Rahmen von Veranstaltungen, Demonstrationen oder auch in den sozialen Netzwerken. Es ist wichtig, in der Öffentlichkeit und mit der Presse positive Beispiele des Zusammenlebens zu zeigen. Ich glaube, das darf nicht zu kurz gekommen.

Haltung zeigen sowie die Schaffung niedrigschwelliger Angebote der Begegnung stärken den Zusammenhalt in Unna.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft, um die Arbeit gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in ihrer Kommune nachhaltig gestalten zu können?

Ich hoffe, dass wir die Arbeit der Mitglieder des Runden Tisches vertiefen können, damit die Präventionsarbeit verstärkt wird. Ich glaube, das wird jetzt eine sehr bewegte Zeit. Im Jahr 2019 sind Europawahlen und im Jahr darauf die Kommunalwahlen in NRW. Es wird zahlreiche Veranstaltungen für Bürger*innen geben und wir müssen uns gemeinsam Gedanken dazu machen, wie wir alle Bürger*innen mit unseren Inhalten erreichen können.

Eine parteiübergreifende Positionierung gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sowie die Herausarbeitung positiver Inhalte und eigener Stärken als zentraler Wunsch für die Zukunft.

Ich wünsche mir von den demokratischen Parteien, dass sie sich parteiübergreifend gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus positionieren. Ich denke, dass man dem Rechtspopulismus inhaltlich begegnen muss und mit positiven Inhalten punkten kann. Für die Parteien gilt es, eigene Stärken herauszuarbeiten und nicht aus Angst, Wähler*innen an die AfD zu verlieren, in dieselbe Richtung zu argumentieren.

„Begegnungen und Gespräche helfen“

Interview mit Andreas Vetter, Geschäftsführer des Integrationsrats der Stadt Köln



Welche Erfahrungen haben Sie mit Rechtsextremist*innen und Rechtspopulist*innen im Integrationsrat der Stadt Köln gemacht?

In dieser Wahlperiode, von 2014 bis 2020, gibt es keinen*keine rechtspopulistische*n Vertreter*in im Integrationsrat in Köln. In der vorherigen Wahlperiode, von 2009 bis 2014, saß jedoch ein Mitglied von „Pro Köln“ im Integrationsrat. Der Rat regelt die Besetzung der Ausschüsse und des Integrationsrates mit bestimmten Rechnungsverfahren und einigt sich darüber, wie diese Ausschüsse besetzt werden.

Welche Auswirkungen hatte dieser Vertreter von „Pro Köln“ auf die Sitzungen des Integrationsrates?

Der „Pro Köln“-Vertreter verfolgte die Strategie, besonders viel und oft ohne direkten Bezug zum Thema zu reden, was sehr anstrengend für die anderen Mitglieder war. Die übrigen Mitglieder des Integrationsrates hatten sich dann angewöhnt, ihn reden zu lassen und ihn auf die vorgeschriebenen Redezeiten hinzuweisen. Das hat die gesamte Stimmung in den Sitzungen des Integrationsrates beeinflusst. Bestimmte Fragestellungen wurden gar nicht mehr aufgeworfen, weil man dann befürchtete, dass der „Pro Köln“-Vertreter sich wieder äußerst ausführlich und ohne auf das Thema einzugehen dazu äußert. Das Problem war aber, dass sich das Diskussionsverhalten geändert hat. Man ging nicht mehr so offen mit den Themen um.

Die Teilnahme eines Pro Köln-Vertreters im Integrationsrat hat zu einer negativen Veränderung des Diskussionsverhaltens geführt.

Welche Aktionen, Bündnisse und Projekte gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gibt es in der Stadt Köln?

Da ist Köln relativ gut aufgestellt, es gibt beispielsweise den Kölner Appell gegen Rassismus. Im Rahmen dessen werden verschiedene Akteure aktiv, wenn etwas vorgefallen ist und rufen zu Demonstrationen auf. Außerdem gibt es zahlreiche engagierte Einzelpersonen, beispielsweise Kölner Kabarettist*innen. Hinzukommend gibt es ein Gremium, das „Forum gegen Rassismus“. Das ist ein Zusammenschluss von zahlreichen Akteur*innen, die sich regelmäßig treffen.

Köln ist gut aufgestellt, sodass die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Querschnittsaufgabe verstanden wird.



Von der Info- und Bildungsstelle des NS-Dokumentationszentrums (ibs), über die Antidiskriminierungsstellen in der Stadt Köln, den Mitgliedern des Integrationsrates und des Kommunalen Integrationszentrums bis zu Vertretern der Polizei. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus wird dadurch als Querschnittsaufgabe verstanden.

Was wird für eine Stärkung und für eine Erhöhung der Sichtbarkeit der Bündnisse, Projekte und Initiativen in der Stadt Köln getan?

Das „Forum gegen Rassismus“ hat in letzter Zeit das Problem angemerkt, die administrative Arbeit des Gremiums im Rahmen ihrer regulären Arbeit nicht dauerhaft leisten zu können. Über die Bereitstellung einer 450 Euro Kraft wird jetzt versucht, zumindest diesen administrativen Bereich zu stärken und damit das Forum zu unterstützen.

In Köln gibt es außerdem ein festgelegtes Budget in Höhe von 50.000 Euro im Jahr für Antirassismus-Mittel, welches pro Jahr für anti-rassistische Projekte ausgegeben werden kann. Die politischen Gremien wählen diese Projekte aus, das heißt der Integrationsrat und der Sozialausschuss beraten dazu. Ich finde das wirklich toll, weil es in diesem Jahr zunehmend richtig kreative Anträge gab. Das Kommunale Integrationszentrum verwaltet diese Anträge und möchte der Politik in Zukunft Richtlinien vorschlagen, nach denen die Vergabe der Gelder entschieden werden kann. Aus diesen Antirassismus-Mitteln werden mittlerweile häufig Beträge für Empowerment orientierte Projekte abgerufen. Das wäre zum Beispiel ein Kriterium für eine solche Richtlinie, ein Empowerment von Rassismus betroffene Menschen. Die Arbeit in Schulen und in Vereinen sind dann auch nochmal Schwerpunkte. Also im Moment denken wir viel darüber nach, wie wir bei der Vergabe des Budgets etwas Struktur reinbringen können. Das muss dann mit dem Forum und mit dem Integrationsrat abgestimmt werden. Wir sind uns aber eigentlich einig darüber, dass die bisherige Summe für eine Großstadt wie Köln nicht reichen kann.

In Köln gibt es ein festgelegtes Budget zur Förderung von antirassistischen Projekten. Dabei werden unter anderem Projekte zum Empowerment von Rassismus betroffenen Menschen finanziert.

„Mit subtilem Alltagsrassismus haben wir viel zu tun.“

Gibt es im Rahmen ihrer Arbeit konkrete Absprachen unter Kolleg*innen zum Umgang mit Rassismus?

Ich arbeite eng mit dem Vorsitzenden des Integrationsrates zusammen und da bekomme ich häufig mit, wie dieser rassistisch angegangen wird. Da merke ich wie häufig sich Personen in bestimmten Funktionen aufgrund ihrer Herkunft für alles Mögliche rechtfertigen müssen. Da kam mir der Gedanke, dass ich als Deutsch-Deutscher mich solidarisch mit ihm zeigen sollte, ihn mental entlasten und auf diese rassistischen Äußerungen antworten könnte. Ich habe dann zweimal auf ein Schreiben mit rassistischen Äußerungen geantwortet, da kam dann aber zurück, dass man nicht mit mir reden wolle.

Wir haben alle rassistische Denkstrukturen im Kopf. Es sollte beispielsweise ein Projekt gegen sexualisierte Gewalt für männliche Geflüchtete geben. Das sind dann subtile Geschichten, denn hierdurch wird in der Außenwirkung eine bestimmte Personengruppe stigmatisiert und ihr unterstellt, sie hätte ein Problem mit „sexueller Gewalt“. Mit subtilem Alltagsrassismus haben wir viel zu tun. Im Haushaltsplan des Jugendamtes stand beispielsweise: „Hausaufgaben für ausländische Kinder und bildungsbenachteiligte Jugendliche.“ Also einmal die Gleichsetzung von ausländischen Kindern = bildungsbenachteiligte Kinder und des Weiteren die begriffliche Ungenauigkeit „ausländische Kinder“, womit gleichzeitig auch Kinder mit dem sogenannten Migrationshintergrund gemeint sind, die schon in der zweiten oder dritten Generation hier leben. Durch den Titel wird der Inhalt transportiert, dass diese „ausländischen Kinder“ ewig auf Unterstützung angewiesen sind. Das Problem liegt auch darin, dass es mit dieser Titulierung einfacher ist, Gelder zu akquirieren. Im Rahmen der Vergabe von Fördermitteln werden häufig bestimmte Vorurteile und Stigmatisierungen reproduziert. Dadurch wird kein Anreiz geschaffen, sich differenzierter auszudrücken. Bei der Vergabe von Fördermitteln ist es also wichtig zu diskutieren, ob es dieses Projekt wirklich braucht, oder ob man dabei eigenen Stigmatisierungen aufliegt.

Rassistische Denkstrukturen und subtiler Alltagsrassismus sind allgegenwärtig. Auch bei der Vergabe von Fördermitteln können Vorurteile und Stigmatisierungen reproduziert werden.

Was würden Sie anderen Akteur*innen der Kommunalpolitik im Umgang mit Rechtstextextremismus und Rechtspopulismus empfehlen?

Zunächst würde ich sagen, dass es dafür keine Faustregel gibt und dass man den Umgang auf die jeweiligen Personen und die jeweilige Situation anpassen muss.



Ein wichtiges Ziel ist es, auch städtische Mitarbeiter*innen mit Fortbildungsmöglichkeiten zum Thema Rassismus zu erreichen. Weiterhin können Integrationsräte Fördermittel für Projekte gegen Rassismus in ihrer Stadt beantragen.

Außerdem ist es zentral, die städtischen Mitarbeiter*innen mit Fortbildungsmöglichkeiten zum Thema Rassismus zu erreichen und diese zu sensibilisieren. Leider ist es sehr schwierig, solche Themen in der Stadtverwaltung kundzutun. Meist kommen da die Leute, die sowieso schon offen für diese Themen sind. Einmal haben wir es geschafft im Rahmen einer Personalversammlung den Mitarbeiter*innen die Themen näherzubringen. Zu einer Personalversammlung gehen meist alle Mitarbeiter*innen einer Dienststelle. Das war ein sehr guter Zugang, weil wir dann viele verschiedene Menschen erreichen konnten. Es lohnt sich auch, in Diskussion mit dem Personalamt zu treten, um antirassistische Themen in andere Fortbildungen, beispielsweise zum Kundenkontakt im Bürgeramt oder zum Führungsverhalten, zu integrieren. Leider ist es bisher nicht ganz so einfach auch das Personalamt zu überzeugen, da fehlt noch die Bereitschaft.

Den Integrationsräten kann ich raten, einen Topf mit Fördermitteln für Projekte gegen Rassismus in der Stadt zu beantragen. Ein Anfangstopf mit so 10.000 Euro im Jahr, ist nicht so viel, aber daraus lassen sich intelligente Projekte fördern.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft, um nachhaltig gestalten zu können?

Als städtischer Mitarbeiter ist für mich das Thema der Interkulturellen Öffnung in der Verwaltung ein Schlagwort. Wir wollen, dass sich mehr Migrant*innen für den öffentlichen Dienst interessieren und dass diese dann auch angestellt werden. Im Kommunalen Integrationszentrum hat die Hälfte der Mitarbeiter*innen einen Migrationshintergrund und das ist für den Abbau von Vorurteilen und Stereotypen unglaublich wertvoll. Ich ertappe mich manchmal selbst dabei, bestimmten Vorurteilen aufzusitzen. Im Gespräch mit meinen Kolleg*innen lassen sich diese dann schnell aus dem Weg räumen. Diese Begegnungen und Gespräche helfen, aber das funktioniert nur, wenn es mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst gibt. Diese Situationen des Austausches sind vor allem für Verwaltungsmitarbeiter*innen wichtig.

Ein zentraler Wunsch für die Zukunft ist die interkulturelle Öffnung der Verwaltung.

„Selbstreflexion ist sehr wichtig“

Interview mit Mehmet Güneysu, Vorsitzender des Integrationsrats der Stadt Dormagen



Welche neuen Herausforderungen mussten Sie sich in den letzten Jahren im Rahmen Ihrer Arbeit stellen?

Ich musste die Erfahrung machen, dass rechte Einstellungs- und Verhaltensmuster neue Formen annehmen. Menschen mit Migrationsgeschichte werden als „schuldig“ markiert für alle möglichen negativen Sachen, die in der Gesellschaft passieren. So wird das in der Politik und im Privaten kommuniziert. Das polarisiert und treibt die Menschen auseinander. Die gelungene Integration von Migrant*innen wird nicht thematisiert. Zudem werden aus den negativen Beispielen keine sinnvollen Maßnahmen abgeleitet.

Rechte Einstellungs- und Verhaltensmuster nehmen neue Formen an und Menschen mit Migrationsgeschichte werden als „Sündenböcke“ dargestellt.

Diesbezüglich lässt sich ein jüngeres Beispiel anführen. In einem Stadtteil mit einer hohen Anzahl an Menschen mit Migrationshintergrund wird von einer offenen Ganztagschule ein Nachmittagsprogramm angeboten, welches nur zu 40 Prozent in Anspruch genommen wird. Sofort wurde die Annahme verfolgt, dass „die Migrant*innen“ dieses Programm nicht wahrnehmen möchten. Ich habe dann einfach mal nachgefragt, warum die Betreuer*innen des Nachmittagsprogrammes nicht auf die Eltern zugehen und sich mit ihnen austauschen. Vielleicht kann das Angebot angepasst oder ausgeweitet werden. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, warum dieses Programm nicht so gut läuft. Wichtig ist aber in erster Linie, dass wir miteinander sprechen.

Ist ihre Idee auf Anklang gestoßen?

Ja, den Eindruck hatte ich. Ich habe sehr offen gesprochen und ein paar weitere Beispiele angeführt. Wenn wir möchten, dass alle bei diesem Programm dabei sind, dann ist es wichtig, auf die Menschen zuzugehen. Es ist wichtig den Weg gemeinsam zu beschreiten und alle abzuholen. Dafür müssen wir im Dialog bleiben.

Welche Aktionen und Bündnisse gibt es in ihrer Kommune, um den Weg gegen Rassismus und Rechtsextremismus gemeinsam zu beschreiten?

Mithilfe einer Initiative des Integrationsrates der Stadt Dormagen haben wir es geschafft, in fast alle weiterführenden Schulen das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu initiieren. Das ist ein toller erster Schritt. Es ist aber auch wichtig, dass die Schulen am Ball bleiben und das Projekt in den Schulen gelebt wird. Ich stehe regelmäßig mit den Schulen in Kontakt, um Erfahrungen auszutauschen und Aktionen zu initiieren. Nicht immer stoße ich damit auf die gewünschte Resonanz. Aber ich bleibe positiv, dass das Programm weiterhin aktiv in den Schulen gelebt wird.

Als Integrationsrat der Stadt Dormagen kämpfen wir bereits seit Jahren für ein Antidiskriminierungsbüro in der Stadt. Gemeinsam mit der Stadtverwaltung ist es uns leider bisher nicht gelungen, ein solches Büro einzurichten. Mittlerweile haben wir eine weitere Möglichkeit gefunden und sind jetzt im Gespräch mit freien Trägern. Wir sehen bei einer Ansiedelung des Antidiskriminierungsbüros bei der Stadtverwaltung die Neutralität der Mitarbeiter*innen gefährdet. Das konnten wir ausführlich begründen und in der Stadtverwaltung kommunizieren.

Früher gab es bei uns auch einen Runden Tisch gegen Rassismus, dieser ist leider im Sande verlaufen. Die zwei großen Aufgaben im neuen Jahr bestehen also darin, ein Antidiskriminierungsbüro und einen Runden Tisch in Dormagen zu gründen, damit das Thema nicht nur punktuell angepackt wird, sondern die Aufgaben langfristig wahrgenommen werden. Im Rahmen des Runden Tisches gilt es dann alle Ehrenamtlichen zusammenzurufen, damit wir gemeinsam überlegen können welche spezifischen Maßnahmen für unsere Kommune abgeleitet werden können. Wir werden auch versuchen, Politiker*innen mit ins Boot zu holen.

Im Jahr veranstalten wir darüber hinaus mindestens zwei Aktionen in Dormagen zum Thema Anti-Rassismus, um die ehrenamtlichen Multiplikator*innen für das Thema zu sensibilisieren. In erster Linie ist es wichtig, langfristige Maßnahmen zu ergreifen. Wenn das Thema immer wieder neu aufgerollt werden muss, macht das die engagierten Akteur*innen müde und das darf nicht passieren.

Zentral ist eine langfristige Bearbeitung der Herausforderungen, sei es durch einen Runden Tisch gegen Rassismus und/oder einem Antidiskriminierungsbüro in Dormagen.

Was wird zur Unterstützung und zu einer erhöhten Sichtbarkeit antirassistischer Projekte in Dormagen getan?

Durch einen Antrag des Integrationsrates ist die Stadt Dormagen Mitglied in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Im Rahmen dieses Bündnisses gibt es einen 10 Punkte Plan, welcher in



Interkulturelle Woche
Dormagen

Wir benötigen eine tiefergreifende Behandlung der Themen Diskriminierung und Rassismus.

Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung abgearbeitet wird. Gemeinsam mit der Stadt versuchen wir auch Landesmittel für antirassistische Projekte in Anspruch zu nehmen, leider kommt das nicht so häufig vor. Die Themen Diskriminierung und Rassismus werden leider nach wie vor stiefmütterlich behandelt.

Diese Meinung leite ich unter anderem von der Erfahrung ab, dass wir im Gedenken an die Opfer des Solinger Brandanschlages vor 25 Jahren eine Veranstaltung durchführten. Es war wirklich ein Kampf, diese Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer durchzusetzen.

Wie gelingt es Ihnen bei all diesen Schwierigkeiten und Widrigkeiten, die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus motiviert weiterzuführen?

Wir sind politisch sehr aktiv und es ist vor allem wichtig, am Ball zu bleiben. Das ist nicht immer einfach, aber ich denke, das gelingt uns sehr gut. Wir haben vereinbart, mindestens acht Mal im Jahr Sitzungen vom Integrationsrat abzuhalten und mindestens zwei öffentliche Veranstaltungen pro Jahr für die Stadtgesellschaft durchzuführen.

Wir veranstalten die Interkulturelle Woche und da gibt es am letzten Tag das sogenannte „Tischlein deck dich“. Dazu werden alle Menschen eingeladen und jede*r kann so viel Essen mitbringen, wie er oder sie selbst verzehren kann und dann teilen wir das alles.

Es ist wichtig am Ball zu bleiben und engagierte Menschen auch weiterhin zu motivieren. Das kann zum Beispiel durch gemeinsame Feste erreicht werden.

Am Ende des Jahres haben wir eine Jahresabschlussfeier für alle Multiplikator*innen, Vereine und Firmen, mit denen wir zusammenarbeiten. Dadurch erhalten wir den Kontakt aufrecht und motivieren die engagierten Menschen in unserer Stadt, die sich nebenbei noch vernetzen können. Einmal im Jahr haben wir auch ein Sommerfest. Das Laufpublikum beträgt mindestens 3.000 Personen, sodass damit sehr viele Menschen erreicht werden. Außerdem können dort zahlreiche Vereine und Initiativen auf sich aufmerksam machen. Ich denke, es ist einfach in einer lockeren Atmosphäre ins Gespräch zu kommen. Das wirkt auch präventiv und kann gezielt Vorurteile abbauen.

Die Zusammenarbeit von verschiedenen Akteur*innen, stetige Selbstreflexion und die Vermittlung eines Zugehörigkeitsgefühls sind zentrale Mittel gegen Hass und menschenfeindliche Einstellungen.

Was würden Sie anderen Akteur*innen für den gezielten Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus empfehlen?

Es ist wichtig zu betonen, dass diese Arbeit eine Daueraufgabe ist. Wir müssen am Ball bleiben und das gelingt uns am besten, wenn wir die verschiedenen Akteur*innen vor Ort zusammenbringen. Genau das wollen wir mit unseren Veranstaltungen erreichen. Aber eine Patentlösung habe ich nicht. Ich fange da bei mir selbst an und frage mich, was mache ich falsch, worin kann ich mich noch verbessern. Selbstreflexion ist sehr wichtig. Demokratie muss zusammenbringend wirken und nicht auseinandertreibend. Ich versuche als Zugewanderter, soweit meine Arme reichen, Frieden in diese Gesellschaft zu bringen, damit wir gut miteinander leben können. Gesellschaftliche Probleme werden mittlerweile wieder stark ethnisiert, das hat nichts mehr mit Meinungsfreiheit zu tun. Ich denke, dass es wichtig ist, den Menschen ein Zugehörigkeitsgefühl zu vermitteln. Dieses Zugehörigkeitsgefühl können wir schaffen, indem wir die Menschen als Teil der Gesellschaft miteinbeziehen, diesen die Möglichkeit der Partizipation in unserer Kommune bieten. Und zwar auf Augenhöhe und nicht von oben herab. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Kinder, die hier geboren sind, sich auch zu diesem Land zugehörig fühlen. Sonst verlieren wir große Potenziale und das können wir uns langfristig nicht leisten.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Ich hoffe, dass wir irgendwann nicht mehr das Gefühl haben, andauernd solche Maßnahmen ergreifen zu müssen. Ich wünsche mir, dass wir auf allen Ebenen von einem „Wir“ sprechen können, dass wir dann von „unseren“ Problemen sprechen. Dass wir gemeinsam lachen und auch gemeinsam trauern können. Wir müssen soweit kommen, dass alle zusammen für die deutsche Nationalmannschaft mitfiebern können. Das wir ein gemeinsames „Wir-Gefühl“ entwickeln. Dafür sind wir alle verantwortlich. Dann wird es vielleicht irgendwann nicht mehr notwendig sein, solche Maßnahmen zu ergreifen.

„Solidarität ist eine fundamentale Säule unseres Rechtsstaates“

**Interview mit Seyfullah Köse,
Vorsitzender des Integrationsrats aus Gevelsberg**



Wie gestalten sich Ihre Erfahrungen mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Ihrer Kommune?

Das ist unterschiedlich. Es gibt die Differenzierung zwischen institutionalisiertem Rassismus und dem Rassismus, welchen wir im privaten Leben beobachten. Wir haben eine langjährige Geschichte mit einem Gymnasium, das kaum Schüler*innen mit Migrationshintergrund hat und auch jahrelang eine Politik des Ausschlusses verfolgt hat. Wir haben sehr lange institutionell dagegen gearbeitet. Aber es ist bis heute noch problematisch mit dieser Institution. Im Privatleben begegnet man nach wie vor Menschen mit extrem rechten Einstellungs- und Verhaltensweisen. Das passiert dann im Zwischenmenschlichen. Der Umgang damit kann unterschiedlich ausfallen. Häufig wird versucht, rassistischen Anfeindungen aus dem Weg zu gehen. Auf institutioneller Ebene lässt sich politisch dagegen arbeiten. Dazu gehört die Öffentlichkeitsarbeit, welche die Sichtbarmachung von Rassismus ermöglicht. Und das politisch versucht wird, diese Demokratiedefizite zu bekämpfen.

Gegen institutionellen Rassismus lässt sich unter anderem mit Öffentlichkeitsarbeit und der Sichtbarmachung von Rassismus vorgehen.

Für Menschen mit Migrationsgeschichte ist Rechtspopulismus dauerhaft präsent. Mit dem Aufkommen der AfD kann dennoch von einem Paradigmenwechsel gesprochen werden, da diese Partei offen rechtspopulistisch und rechtsradikal agiert.

Welche neuen Entwicklungen und Herausforderungen im Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sehen Sie?

Für die Mehrheitsgesellschaft ist die AfD ein siebenjähriges politisches Phänomen. Menschen mit Migrationsgeschichte haben meist eine andere Wahrnehmung, da ist der Rechtspopulismus dauerhaft schon präsent gewesen. Er ist eigentlich nur die politische Manifestation rassistischer Einstellungen, die man auch in der CDU/CSU, in der FDP und zu gewissen Teilen auch in der SPD erlebt hat. Politisch hat sich das einfach in Form einer AfD manifestiert. Aber wir haben auf Rassismus auch schon vorher aufmerksam gemacht. Wir können insofern von einem Paradigmenwechsel sprechen, dass eine Partei offen rechtspopulistisch und rechtsradikal agiert. Es werden auch rechtsextreme Positionen vertreten und es gibt Mitglieder, welche bereits rechtsextrem aufgefallen sind. Das konnten wir in Teilen auch schon vor der AfD beobachten. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, aber es wurde uns immer eine gewisse Hysterie nachgesagt. Jetzt zeigt sich tatsächlich das ganz deutlich, was wir vorher schon angesprochen haben.

„In Deutschland wird Rassismus gerne von sich gewiesen. Es werden Räume geschaffen, in die der Rassismus mehr oder weniger ausgrenzt wird.“

Wie versuchen Sie gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus vorzugehen?

Es gibt einmal politische Veranstaltungen, im Rahmen welcher wir auf Rassismus und Rechtsextremismus als Teil unserer Gesellschaft aufmerksam machen. Dafür gibt es verschiedene Bündnispartner*innen: die Stadt, private Einrichtungen und Institutionen gehören dazu. Aber wir versuchen auch andere Wege einzuschlagen.

Ich glaube, dass es durchaus sinnvoll ist, wissenschaftliche Wege einzuschlagen. Ich denke, wenn Rassismus historisch, soziologisch und anthropologisch betrachtet wird, erhalten wir wesentlich mehr Hinweise darauf, wie sich Rassismus äußert. Dann lässt sich erkennen, dass Rassismus ein Teil jeder Gesellschaft ist, sich jedoch unterschiedlich äußert. Diese Merkmale gilt es zunächst einmal zu identifizieren, um sie anschließend zu bekämpfen und da fängt man am besten bei sich selbst an.

Nach wie vor findet in Deutschland eine zu geringe Betrachtung von alltäglichem Rassismus statt.

In Deutschland wird Rassismus gerne von sich gewiesen. Es werden Räume geschaffen, in die der Rassismus mehr oder weniger ausgrenzt wird. Das ist beispielsweise die Nordstadt in Dortmund oder Berlin-Marzahn. Rassismus wird auf Orte eingegrenzt, um ein eigenes „Alibi“ zu entwickeln. Dabei wird ein alltäglicher und unterschwelliger Rassismus wenig beachtet. Aber der Gedanke, der einem im Bus kommt, wenn eine schwarze Person oder die Frau mit Kopftuch sich neben einen sitzt, dieses unwohle Gefühl, das ist erst die Basis für Rassismus. Dagegen müssen wir arbeiten.

Das ist eigentlich nur möglich, indem Räume der Begegnung geschaffen werden. Diese Räume der Begegnung können Kirchen, Moscheen oder Kultureinrichtungen wie Jugendzentren sein. Begegnungen schaffen erst den Anstoß, damit Menschen aufeinander zugehen können. Aber vor allem ist es wichtig, dass wir den Menschen ganz klar sagen: „Du kannst genauso Rassist sein wie jeder andere auch“. Du musst erstmal bei dir selbst anfangen. Und wenn du bei dir selbst diese Rassismen erkannt hast, dann kannst du versuchen, eigene rassistische Einstellungs- und Denkstrukturen zu überwinden. Das wird in der Bekämpfung von Rassismus leider zu wenig versucht.

Welche Orte der Begegnung gibt es in ihrer Kommune?

Jedes Jahr im November veranstalten wir die „Woche gegen Rassismus“. Das ist ein großes Aktionsbündnis, es kommen viele Organisationen zusammen und sie wird von der Stadt organisiert. Dort gibt es dann verschiedene Veranstaltungen, wo wir zum Beispiel auf Antisemitismus hinweisen. Letztes Jahr war die Anne-Frank-Ausstellung bei uns in Gevelsberg. Die Moschee machte beispielsweise Veranstaltungen gegen antimuslimischen Rassismus. Wir hatten auch Veranstaltungen zur „post-migrantischen Gesellschaft“. Im Rahmen dieser Veranstaltung haben wir darüber gesprochen, was der Begriff der „post-migrantischen Gesellschaft“ genau bedeutet und welche Verantwortungen auf eine Gesellschaft zukommen, die Migrationsbewegungen bereits erlebt hat und welche Erfahrungswerte wir daraus schöpfen können. Derartige Panels werden geschaffen, in deren Rahmen die Menschen miteinander diskutieren können. Da sind die AWO dabei, die Stadtbibliothek, der Caritas-Verband, die Moschee und viele mehr. Vor drei Jahren haben wir auch die jüdische Gemeinde aus Hagen dazugewonnen, weil wir selbst in Gevelsberg keine jüdische Gemeinde haben. Es ist ein groß angelegtes Bündnis zwischen verschiedenen Organisationen, die versuchen, in irgendeiner Form auf Rassismus aufmerksam zu machen, um dann eine Dynamik zu schaffen, die gegen Rassismus und Rechtsextremismus arbeitet.

Das groß angelegte Bündnis der „Woche gegen Rassismus“ schafft Orte der Begegnung zur gemeinsamen Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Über die „DIA“ werden auch Workshops gegen Rassismus angeboten.

Es gibt die Initiative „Demokratie leben!“, welche auf Bundesebene organisiert ist. Die wird bei uns über die „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt gGmbH“ („DIA“) organisiert. Die „DIA“ sorgt zum einen dafür, dass verschiedene Wissenschaftler*innen und Autor*innen zu uns nach Gevelsberg kommen und dort dann Veranstaltungen machen. Zum anderen werden über die „DIA“ auch Workshops angeboten gegen Rassismus und für die Stärkung der Demokratie.

Was wird zur Förderung und zu einer Erhöhung der Sichtbarkeit dieser Aktionen und Orte der Begegnung gemacht?

Dazu gibt es die Öffentlichkeitsarbeit. Also gibt es eine Internetseite, Flyer die ausgehändigt werden und Plakate die aufgehängt werden. Die jeweiligen Veranstaltungen werden dann auch separat beworben. Da kommen häufig auch größere Gruppen zusammen. Je nachdem wie prominent der*die Autor*in ist, kommen da auch mal 200-300 Leute zu einer Veranstaltung, was schon relativ viel ist für eine Kommune, in der 24.000 Menschen leben.

Gibt es zwischen einzelnen Akteur*innen der Kommunalpolitik oder zwischen den Integrationsräten Absprachen zum Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus?

Es gibt Austausch ohne Frage und wir versuchen auch einen Diskurs zu führen. Die Problematik besteht jedoch darin, dass sich Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in jeder Kommune unterschiedlich äußern. In Gevelsberg haben wir weniger Probleme mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, während in Städten wie Herdecke oder Witten eine größere Ansammlung an Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen vorhanden ist. Dementsprechend ist es schwer pauschale Vorgehensweisen zu vereinbaren. Da muss unterschiedlich reagiert werden. Meiner Meinung nach macht diese dezentrale Vorgehensweise durchaus Sinn, weil dadurch die jeweiligen Merkmale einer Stadt berücksichtigt werden. Jede Stadt hat auch unterschiedliche Kapazitäten, wenn es darum geht, Veranstaltungen zu machen.

Es ist zentral, unterschiedliche Merkmale und Kapazitäten einer Stadt im Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zu berücksichtigen.

Aber was tatsächlich wirklich oft übergreifend hilft, ist Sport. Sportveranstaltungen können grundlegend in jeder Stadt gemacht werden. Dadurch entstehen Orte der Begegnung und vor allem ist es so, dass Menschen rassistische Denk- und Verhaltensmuster ablegen, wenn jemand das Trikot der eigenen Stadt trägt.

Sportveranstaltungen sind eine tolle Möglichkeit, um Orte der Begegnung zu schaffen und Vorurteile abzubauen.

Indem wir Begegnungsstätten schaffen, versuchen wir Vorurteile abzubauen. Den Abbau von Vorurteilen habe ich schon häufig im Rahmen von Moscheebesuchen erlebt. Im Regelfall geben wir nach Terminabsprachen Moscheebesuche immer frei. Die Menschen kommen mit einer anderen, teilweise schüchternen oder auch einer aggressiven Haltung in die Moschee rein. Mit der Sichtung der Räumlichkeiten lassen sich bereits erste Vergleichsmöglichkeiten schaffen. Die Menschen sehen, dass eine Moschee ähnlich wie eine Kirche aufgebaut ist.

„Ich denke, dass die Politik nicht begriffen hat, wie wichtig dieses Thema für die Zukunft ist. Wenn Menschen einem permanenten Zyklus von **Ausgrenzungserfahrungen** ausgesetzt sind, dann **werden wir sehr große Probleme haben.**“

Weiterführend lassen sich inhaltliche Vergleiche zwischen dem Christentum und dem Islam transportieren. Die Menschen gehen mit einer Faust rein und mit einer offenen Hand wieder raus, um das eben sehr symbolisch darzustellen. Das ist das, was man braucht.

Was wünschen Sie sich konkret für die Zukunft?

Dass wir ernst genommen werden. Dass man vor allem auch versteht, was für eine Arbeit wir hier leisten und das passiert leider nicht. Ich selbst bin SPD-Mitglied und hätte genauso in die kommunale Politik oder in die Landespolitik gehen können. Ich habe mich ganz bewusst für diesen Politik-Strang entschieden, weil ich dort die großen Herausforderungen für die Zukunft sehe. Da kommen wir tatsächlich zu der Situation, die heute nicht mehr differenzierbar ist und zwar die regionale und die Bundesebene, denn alles greift heute ineinander. Das heißt, wir müssen Positionen sichtbar machen, was mit verschiedenen Formaten möglich ist. Man kann auf „twitter“ aktiv sein oder immer wieder Artikel veröffentlichen. Man kann Arbeitskreise gründen. Aber das Hauptdefizit liegt darin, dass die Politik uns nicht den Rahmen schafft, den wir eigentlich brauchen. Dass den Mitgliedern des Integrationsrates keine Aufwandsentschädigung gegeben wird wie dies bei den Ratsmitgliedern der Fall ist.

Es werden keine Budgets geschaffen, die es möglich machen würden, im angemessenen Rahmen arbeiten zu können und wirkliche Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Ein Budget, um wissenschaftliche Arbeiten und Publikationen zu finanzieren und herauszubringen.

Die Schaffung von Budgets, vor allem für die Öffentlichkeitsarbeit ist sehr wichtig als Rahmen für die Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Politische Partizipation in Form einer Erweiterung des kommunalen Wahlrechts für Menschen mit ausländischer Herkunft und Menschen aus Drittstaaten würde einen großen Schritt für mehr Solidarität in Deutschland bedeuten.

Ich denke, dass die Politik nicht begriffen hat, wie wichtig dieses Thema für die Zukunft ist. Wenn Menschen einem permanenten Zyklus von Ausgrenzungserfahrungen ausgesetzt sind, dann werden wir sehr große Probleme haben. Acht Millionen Menschen, die hier dauerhaft leben, die wirtschaftlich ihren Beitrag leisten, die hier zur Schule gehen, die teilweise Professor*innen sind, die Lehrer*innen sind, die fünf Kinder bekommen, diese Menschen dürfen hier nicht wählen. Und wenn Solidarität eine der fundamentalen Säulen unseres Rechtsstaates ist, dann ist es ein Angriff auf uns alle, wenn wir uns nicht dafür einsetzen, dass diese Menschen auch einen Teil politischer Partizipation erleben. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Menschen ausländischer Herkunft und Menschen aus Drittstaaten zumindest auf kommunaler Ebene wählen können. Weil es im Sinne meiner Freiheit und im Sinne des Grundgesetzes ist. Deswegen glaube ich, dass die Migrationspolitik eine der wesentlichen Säulen für die Zukunft dieses Landes ist. Aber vor allem auch für den Frieden, den wir in Deutschland wollen.

Musteranträge

Musterantrag zur europäischen Städte-Koalition der UNESCO gegen Rassismus zur Verabschiedung im Rat der Stadt _____

Beschlussvorschlag

Das Gremium _____ bittet den Rat Folgendes zu beschließen:

- Der Rat der Stadt _____ nimmt die Empfehlung des Integrationsrates zur Teilnahme an der Städte-Koalition der UNESCO gegen Rassismus an und beauftragt die Verwaltung, einen Beitrittsantrag an den Lenkungsausschuss zu erarbeiten.
- Die Verwaltung wird beauftragt, einen Maßnahmenkatalog für die Stadt _____, der auf dem gemeinsamen Zehn-Punkte-Aktionsplan basiert, zu entwickeln und umzusetzen. Einmal im Jahr berichtet sie dem Rat und dem Gremium/Ausschuss über den Stand der Umsetzung.

Begründung

Zahlreiche Untersuchungen machen deutlich, dass rassistische Einstellungen, Rechtsextremismus und -populismus sowie Muslimfeindlichkeit bis in die Mitte der Gesellschaft reichen. Sie richten sich gegen das Grundgesetz und ein pluralistisches Demokratieverständnis und gefährden somit das friedliche Zusammenleben. Aus diesem Grund ist es notwendig, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Verbreitung dieser Problematiken einzudämmen. Dabei ist die europäische Städte-Koalition gegen Rassismus besonders geeignet. Denn mit dem Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus kann der Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, neben einem symbolischen Wert, strukturiert und wirksam angegangen werden. Zudem kann die Stadt _____ von der Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedsstädten profitieren und Synergieeffekte nutzen.

Die Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus

Die Städte-Koalition ist eine Initiative der UNESCO, die 2004 gestartet wurde. Das Ziel ist, ein internationales Netzwerk von Städten einzurichten, die sich gemeinsam für eine wirkungsvolle Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung einsetzen. Sie wurde am 30. Juni 2008 in Nantes (Frankreich) offiziell aus der Taufe gehoben und setzt sich aus regionalen Koalitionen zusammen, die in den letzten Jahren in Europa, Asien, Afrika, Lateinamerika, Kanada und dem arabischen Raum entstanden sind.

Als erste regionale Koalition wurde am 10. Dezember 2004 in Nürnberg die „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus“ gegründet und ein „Zehn-Punkte-Aktionsplan“ mit konkreten Handlungsbeispielen verabschiedet. Um die Koalition nachhaltig zu stärken, beschlossen die Mitgliedsstädte inzwischen, dieses kommunale Netzwerk auf eine rechtliche Grundlage zu stellen: Am 21. Februar 2008 wurde die „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus“ vom Amtsgericht Nürnberg als gemeinnütziger Verein anerkannt und ins Vereinsregister eingetragen. Seit 2015 ist ihr Präsident Benedetto Zacchiroli aus Bologna.

Ziele der Koalition sind:

- jede Form von Rassismus und Diskriminierung auf kommunaler Ebene zu bekämpfen und dadurch einen Beitrag zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte sowie zur Achtung der Vielfalt in Europa zu leisten,
- die Mitgliedsstädte durch den am 10. Dezember 2004 in Nürnberg verabschiedeten „Zehn-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus“ bei dieser Aufgabe zu unterstützen und ihnen dabei zu helfen, Prioritäten zu setzen, ihre Strategien zu optimieren und ihre Zusammenarbeit zu intensivieren,
- das gemeinsame Interesse der Mitgliedsstädte gegenüber der Europäischen Union, dem Europarat und den Regierungen der europäischen Staaten zu vertreten und zu fördern,
- die Kooperation mit Institutionen und Organisationen, die sich ebenfalls die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung zur Aufgabe gemacht haben, sowie mit anderen Städte-Netzwerken in Europa zu stärken,
- die europäische Öffentlichkeit durch Veranstaltungen und Informationsmaterialien für den Wert einer gerechten und durch Solidarität geprägten Gesellschaft zu sensibilisieren und sie zu motivieren, rassistischen und diskriminierenden Einstellungen und Verhaltensweisen entschieden entgegenzutreten.

Anlagen¹⁵⁸

Der Zehn-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene, Umsetzung des 10-Punkte-Aktionsplans, Satzung der Städte-Koalition, Beitritts- und Verpflichtungserklärung, Allgemeine Informationen zur europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus, Liste der Mitgliedsstädte

Musterantrag zur Vergabe der Mittel für rassismuskritische und demokratiefördernde Projekte im Jahr _____ zur Verabschiedung im Rat der Stadt

Beschlussvorschlag

Der Integrationsrat bittet den Rat Folgendes zu beschließen:

- Der Rat der Stadt _____ nimmt die Empfehlung des Integrationsrates zur Vergabe der Fördermittel an das Projekt _____ an.
- Die Verwaltung wird gemäß ihrem Haushaltsplan vom Jahr _____ beauftragt, die Summe _____ für Anti-Rassismus-Projekte zu veranschlagen.

Begründung

Seit _____ fördert die Stadt _____ Maßnahmen aus den Mitteln für demokratiefördernde, rassismuskritische und selbst-empowernde Projekte. Aktuelle polarisierende Debatten in der Öffentlichkeit rund um die Themen Flucht und Migration zeigen, dass es einen enorm hohen Bedarf in der Auseinandersetzung und Bewältigung von Rassismus und Rechtsextremismus gibt. Die Träger*innen der zur Förderung vorgeschlagenen Projekte verfügen über jahrelange Erfahrungen auf dem Gebiet der interkulturellen und rassismuskritischen Arbeit. Die Maßnahmen zielen auf die Sensibilisierung und die Qualifikation unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, gegen Rassismus und Rechtsextremismus tätig zu werden. Weiterführend gilt es, im Rahmen der Maßnahmen betroffene Menschen zu stärken (Empowerment) und präventiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu wirken. Dies dient der nachhaltigen Etablierung eines friedlichen Miteinanders im Sinne des Konzeptes einer integrativen Stadtgesellschaft.

Die vorgesehene Beratungsfolge ergibt sich aus dem §§ _____ Integrationsrat Abs. _____ der Hauptsatzung der Stadt _____:

„Der Integrationsrat wirkt an den Beratungen über die Haushaltssatzung mit. Er berät über alle Haushaltsansätze, die seine Aufgaben betreffen und kann dazu Vorschläge und Anregungen machen.

Darüber hinaus weist der Rat dem Integrationsrat Mittel zu, die dieser nach Maßgabe eigener vom Rat zu beschließenden Richtlinie zur Förderung der Integrationsarbeit in _____ selbstständig vergeben kann.

Dabei handelt es sich insbesondere um

- Zuschüsse für die Arbeit von Vereinen, Zentren und Initiativen, die in der Migrations-, Integrations- und Antidiskriminierungsarbeit tätig sind,
- Verwendung von EU-, Bundes- oder Landesmitteln zur Förderung der Integration und des friedlichen, gleichberechtigten Zusammenlebens.

Die Beschlüsse des Integrationsrates über die Verwendung von Haushaltsmitteln gibt die Verwaltung den entsprechenden Fachausschüssen und dem Finanzausschuss unverzüglich zur Kenntnis. Der Rat entscheidet abschließend.¹⁵⁹

Anlagen:

Anlage zur Beschlussvorlage, Vergabe der Mittel für rassismuskritische und demokratiefördernde Projekte, kurze Erläuterung der Projekte.¹⁶⁰

Musteranfrage zur Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen

Sehr geehrte/r Frau/Herr Vorsitzende/r,

ich bitte die folgende Anfrage zur Beantwortung an die Verwaltung weiterzuleiten.

1. Sind der Stadtverwaltung Diskriminierungsfälle, verwaltungsintern, im Kontakt mit Bürger*innen oder aus dem kommunal gesellschaftlichem Leben im Allgemeinen in unserer Gemeinde bekannt?
2. Welchem Diskriminierungsmerkmal sind sie zuzuordnen? (Religion oder Weltanschauung, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Behinderung, sexuelle Identität, Alter)
3. Aus welchen Quellen wurden die Fälle zugetragen bzw. abgefragt? (verwaltungsintern, freie Träger?)
4. Gibt es in der Stadtverwaltung Anlaufstellen für Betroffene von Diskriminierung?
5. Gibt es eine Beschwerdestelle in der Verwaltung für Mitarbeiter*innen? Steht dieses Angebot auch Kund*innen zur Verfügung?
6. Welches Beschwerdesystem ist existent? Welche Prozedere müssen Betroffene durchlaufen, um sich zu beschweren? Wie geht die Verwaltung mit solchen Fällen um?
7. Gibt es außerhalb der Verwaltung Anlaufstellen, an die sich Betroffene von Diskriminierung wenden können? Arbeiten diese Stellen auf ein Merkmal bezogen (z.B. ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht etc.) oder sind sie intersektional (merkmalsübergreifend) aufgestellt?
8. Gibt es für die Verwaltungsmitarbeiter*innen Fortbildungen zur Sensibilisierung zum Thema Diskriminierung?
9. Sofern vorhanden, ist die Kommune an der Finanzierung der externen Antidiskriminierungsstellen beteiligt? Handelt es sich um eine (zeitlich begrenzte) Projektförderung oder um eine Regelförderung?

Begründung

Mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) gibt es seit 2006 auf Bundesebene die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS). Sie ist eine unabhängige Anlaufstelle für Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind. Aus der repräsentativen Umfrage der ADS zu „Diskriminierung im Alltag“ geht hervor, dass sich jeder dritte Einwohner in Deutschland nach den im AGG genannten Merkmalen diskriminiert fühlt. Einer Studie des Sachverständigenrates Deutscher Stiftungen für Integration und Migration zufolge fühlen sich Migranten stärker diskriminiert, wenn sie erkennbar anders aussehen, mit Akzent sprechen oder als Angehörige muslimischen Glaubens eingeordnet werden.

Auch unsere Stadt ist davon nicht ausgenommen. Deshalb muss hier näher hingeschaut werden. Denn uns ist daran gelegen, das gute Klima in unserer Gesellschaft stets weiter zu verbessern. Dabei gilt es, auch präventiv Maßnahmen in die Wege zu leiten, die das gute Zusammenleben in unserer Stadt weiter fördern. Ein wichtiger Ansatz hierfür ist erfahrungsgemäß die Einrichtung eines sog. Antidiskriminierungsbüros als Anlaufstelle vor Ort.

Für den Integrationsrat ist es ein wichtiges Anliegen, das friedliche Zusammenleben und die gleichberechtigte Teilhabe in unserer Stadt mit seiner Arbeit aktiv zu fördern. Für ein Gelingen dieses Vorhabens ist es von großer Bedeutung, möglichst viele Akteure zusammenzubringen und die aktuelle Situation in unserer Stadt zu analysieren und darauf aufbauend kontinuierlich zu verbessern.

Musteranfrage zum Thema Interkulturelles Maßnahmenprogramm

Sehr geehrte/r Frau/Herr Vorsitzende/r,

ich bitte die folgende Anfrage zur Beantwortung an die Verwaltung weiterzuleiten.

1. Wie viele Menschen mit Migrationsgeschichte sind in der kommunalen Verwaltung der Stadt _____ beschäftigt?
2. Ist die Verwaltung der Stadt _____ mit der Thematik der Interkulturellen Öffnung betraut? Wenn ja: welche konkreten Maßnahmen für eine Interkulturelle Öffnung werden veranschlagt?
3. Gibt es außerdem Maßnahmen (Fortbildungen, Workshops, Informationsveranstaltungen etc.) für städtische Mitarbeiter*innen, im Rahmen welcher eine Auseinandersetzung und eine tiefergehende Sensibilisierung mit der Thematik der kulturellen Vielfalt stattfindet? Wenn ja: wie sehen diese Maßnahmen konkret aus? Werden diese Maßnahmen von einer hohen Anzahl der Mitarbeiter*innen wahrgenommen?

Begründung

In NRW hatten im Jahr 2015 gerade mal 11,5% der Beschäftigten in der städtischen Verwaltung einen Migrationshintergrund, wobei dies noch über dem bundesweiten Durchschnitt liegt. Die interkulturelle Öffnung sollte als die zentrale Aufgabe der kommunalen Verwaltung gesehen werden. Ein interkulturelles Abbild der Verwaltung lässt sich als Vorbild für das Miteinander in der Stadtgesellschaft heranziehen. Mithilfe der Interkulturellen Öffnung werden Orte der Begegnungen geschaffen, welche Stigmatisierungen und Pauschalierungen von Minderheiten positiv entgegenwirken und gezielt Vorurteile und Stereotype aufbrechen.

Die Verwaltung nimmt darüber hinaus eine entscheidende Rolle bei der Einbringung von Migrant*innenorganisationen ein. Die Förderpolitik der öffentlichen Verwaltung kann in entscheidendem Maße eine erfolgreiche Auseinandersetzung und Umgangsweise mit Rassismus und Rechtsextremismus garantieren und dementsprechend einen entscheidenden Beitrag für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben in der Gemeinde/Stadt leisten. Die nachhaltige Verfolgung des Ziels der Interkulturelle Öffnung der kommunalen Verwaltung stellt dementsprechend eine präventive Maßnahme gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus dar.

Von den Mandatsträger*innen wird eine Sensibilisierung der Verwaltungsmitarbeiter*innen für Themen des Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Form von Qualifizierungsmaßnahmen als Ausgangspunkt für eine erfolgreiche und nachhaltige Interkulturelle Öffnung der Stadt _____ gesehen.

Musteranfrage zum Thema Förderung rassismuskritischer Projekte in der Stadt

Sehr geehrte/r Frau/Herr Vorsitzende/r,

ich bitte die folgende Anfrage zur Beantwortung an die Verwaltung weiterzuleiten.

1. Wie viele und welche rassismuskritische und demokratiefördernde Projekte und Initiativen gibt es in der Stadt _____?
2. Werden die Maßnahmen dieser Projekte und Initiativen von der Stadt _____ gefördert? Wenn ja: nach welchen Kriterien erfolgt eine Förderung?
3. In welcher Höhe werden im Haushaltsplan des Jahres _____ von der Stadt _____ die Maßnahmen gegen Rassismus und Rechtsextremismus gefördert? Sieht der Rat für das kommende Jahr eine Aufstockung der finanziellen Mittel rassismuskritischer Projekte vor?
4. In welchem Zeitraum kann eine Förderung der jeweiligen Projekte beantragt werden? Besteht die Möglichkeit einer langfristigen Förderung der Projekte in der Stadt _____?
5. Was unternimmt die Stadt _____ für eine Erhöhung der Sichtbarkeit rassismuskritischer und demokratiefördernder Arbeit innerhalb der Stadtgesellschaft?

Begründung

Die Stadt _____ kann durch die finanzielle Förderung rassismuskritischer Projekte einen entscheidenden Beitrag für das friedliche Miteinander in der Stadt leisten. Im Hinblick auf aktuelle rechtspopulistische Vorstöße innerhalb der Gesellschaft und der Politik, ist es zentral lokale Akteur*innen der Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit zu fördern und zu einer erhöhten Sichtbarkeit von deren Arbeit beizutragen. Aus den Mitteln zur Förderung dieser Arbeit lassen sich Qualifizierungs- und Präventionsmaßnahmen für die gesamte Stadtgesellschaft gewinnen. Die Träger*innen der Projekte können entscheidend zu einer überregionalen Vernetzung rassismuskritischer Akteur*innen beitragen und eine zunehmende Sensibilität unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteur*innen gegenüber den unterschiedlichen Erscheinungsformen von Diskriminierung erreichen.

Um ihre Arbeit inhaltlich und methodisch stets anzupassen und auszubauen, ist eine langfristige und nachhaltig ausgelegte Finanzierung der Projekte von Nöten. Auch hier kann die Stadt _____ als zentrale Akteurin agieren. Ein weiteres zentrales Anliegen der Stadt _____ sollte die Unterstützung der von Rassismus betroffenen Menschen darstellen, um diese bestmöglich zu stärken und ihnen dieselbe Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Der Integrationsrat spricht sich demnach für die Förderung selbst-empowernder Projekte diskriminierter Gruppen durch die Stadt _____ aus.

Musteranfrage zum Thema Politisch rechts motivierte Straftaten in der Stadt

Sehr geehrte/r Frau/Herr Vorsitzende/r,

ich bitte, die folgende Anfrage zur Beantwortung an die Verwaltung weiterzuleiten.

1. Wie viele politisch rechts motivierte Straftaten wurden im Jahr _____ in der Stadt _____ verübt? (Bitte nach Deliktgruppe auflisten)
2. Wie viele Tatverdächtige wurden aufgrund von politisch rechts motivierten Straftaten im Jahr _____ in der Stadt _____ festgenommen?
3. In wie vielen Fällen politisch rechts motivierter Straftaten kam es im Jahr _____ zur Einleitung von Ermittlungsverfahren, Erhebung einer Anklage, Verurteilung oder Einstellung der Ermittlungen?
4. Wie viele Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten wurden im Jahr _____ in der Stadt _____ registriert?

Begründung

Bereits seit Jahren lässt sich ein stetiger Anstieg politisch rechts motivierter Straftaten verzeichnen. Im Vergleich zu 2018 gingen die Zahlen rechts motivierter Straftaten im Jahr 2019 von 20.431 Straftaten auf 22.342 hoch.

Im Hinblick auf Meinungen von Expert*innen lässt sich vermuten, dass die Dunkelziffer politisch rechts motivierter Straftaten noch höher liegt als die Anzahl der offiziell erfassten Straftaten. Eine ausführliche Darlegung politisch rechts motivierter Straftaten in der Stadt _____ liefert dennoch wichtige Erkenntnisse über rechtsextreme Aktivitäten vor Ort. Daraus lässt sich das Ausmaß rechtsextremistischer und rassistischer Vorgänge in der Stadt _____ ableiten. Dies dient wiederum der Gewinnung wichtiger Erkenntnisse für kommunalpolitische und zivilgesellschaftliche Akteur*innen zur Strategieentwicklung gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Im Sinne eines friedlichen und offenen Miteinanders in der Stadt _____ ist es für die Mandatsträger*innen zentral, über demokratiefeindliche, rassistische und rechtsextreme Verstöße Erkenntnisse zu sammeln. Ein wichtiger Aspekt der umfassenden Unterstützung von Rassismus und Rechtsextremismus betroffener Menschen stellt die Etablierung eines erhöhten Problembewusstseins gegenüber rechtsextremistischen und rassistischen Denk- und Verhaltensweisen dar. Die Offenlegung rechts motivierter Straftaten in der Stadt _____ ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Anmerkungen

- ¹ Bericht des Untersuchungsausschusses 5/1 „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ (2014). Drucksache 5/8080 vom 16.07.2014, S. 1582.
- ² Bundesministerium des Inneren(2020): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019, S. 2, 4
- ³ Butterwegge, Christoph/ Hentges, Gudrun/ Wiegel, Gerd (2018): Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD. Frankfurt am Main: Westend, S. 7
- ⁴ Staud, Toralf (2015). Straf- und Gewalttaten von Rechts: was sagen die offiziellen Statistiken? In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) Unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/264178/pmk-statistiken> (Stand: 06.12.2018)
- ⁵ Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (2020): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2019. Düsseldorf, S. 20.
- ⁶ Sturm, Michael (2019): Straßenpolitische Aktivitäten. Eine rechte Mischszene. In: Belltower News. Unter: <https://www.belltower.news/nrw-2018-jahresueckblick-79769/> (Stand: 08.02.2019)
- ⁷ Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 22 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Nordrhein-Westfalen vom 18.09.2020, Drucksache 17/8873, S. 6.
- ⁸ Fischer, Tjark (2018): „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“ – Neonazis in Dortmund. In Belltower News. Unter: <https://www.belltower.news/neonazis-in-dortmund-wer-deutschland-liebt-ist-antisemit-49452/> (Stand: 28.11.2019)
- ⁹ Müller, Susanne (2019): NRW-Neonazis in der Defensive. In: Blick nach Rechts. Unter: <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/nrw-neonazis-in-der-defensive> (Stand: 28.11.2019)
- ¹⁰ Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln (2019): Aktionen des „Syndikats 52“ in Aachen (28.03.2019). Unter: <https://www.mbr-koeln.de/2019/03/28/aktionen-des-syndikats-52-in-aachen/> (Stand 28.11.2019)
- ¹¹ Schulz, Hendrik (2019): CSD Siegen: Solidarität gegen erneute rechtsextreme Hetze. In: Westfalen Post Online vom 23.07.2019. Unter: <https://www.wp.de/staedte/siegerland/csd-siegen-solidaritaet-gegen-erneute-rechtsextreme-hetze-id226568343.html> (Stand 28.11.2019)
- ¹² Dahlmann, Simon (2019): Die Wahlkampf- und Kommunikationsstrategie der NPD für die Landtagswahl 2017, Dossier, Erschienen auf: regierungsforschung.de (Stand: 20.11.2019)
- ¹³ Ministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2018, S. 72.
- ¹⁴ Fels, Patrick/Killguss, Hans-Peter/Puls, Hendrick (Hg.) (2012): Moscheebaukonflikte und ihre Instrumentalisierung durch die extreme Rechte. Köln.
- ¹⁵ Ministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2018, S. 80.
- ¹⁶ Vgl. zur Entwicklung, Auftreten und Programmatik der „Bürgerbewegung Pro NRW“: Landesintegrationsrat NRW (Hg.) (2017): Vielfalt schätzen – Rassismus ächten! Rechtsaußenparteien und ihre Aktivitäten vor der Landtagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen. Eine Handreichung des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/ Neonazismus der Hochschule Düsseldorf im Auftrag des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf; Clemens, Dominik/Puls, Hendrik (Hg.) (2014): 33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW. Entwicklung, Ideologie und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung. Köln; Häusler, Alexander (Hg.) (2008): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- ¹⁷ Zit n.: „Rechtsextreme Pro NRW tritt nicht zur Landtagswahl an“. In Spiegel Online vom 13.02.2017. Unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/pro-nrw-nimmt-nicht-an-landtagswahlen-teil-zugunsten-der-afd-a-1134325.html> (Stand: 18.11.2019)
- ¹⁸ Häusler, Alexander (2018): Die AfD: Partei des völkisch-autoritären Populismus. In: Häusler, Alexander (Hg.): Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD. Hamburg VSA-Verlag, S. 9-19, hier S. 10.
- ¹⁹ <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/afd-vergleich-hoecke-goebbels-100.html> (Stand 23.11.2019)

- ²⁰ „AfD in NRW: Rechtsextreme Posts in Whatsapp-Chats aufgetaucht – ‚entsetzlich, unterirdisch, widerlich““. In: Der Westen online vom 03.03.2019. Unter: <https://www.derwesten.de/politik/afd-rechtsextreme-posts-in-whatsapp-chats-aufgetaucht-entsetzlich-unterirdisch-widerlich-id216578107.html> (Stand 23.11.2019)
- ²¹ Roeser, Rainer (2019): Mit gestutztem Flügel. Die NRW-AfD nach dem Landesparteitag in Kalkar. In: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen. Nr. 76 (Herbst 2019), S. 35-38.
- ²² Roeser, Rainer (2018): „Bürgerliche Widerstandsbewegung“. Rechtsdrift und Binnenklima der AfD in NRW. In: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen. Nr. 71 (Sommer 2018), S. 21-22.
- ²³ „Sie machen gemeinsame Sache mit Pegida NRW: Das steckt hinter der Gruppe „Mütter gegen Gewalt““. In: Der Westen online vom 05.04.2018. Unter: <https://www.derwesten.de/region/sie-machen-gemeinsame-sache-mit-pegida-nrw-das-steckt-hinter-der-gruppe-muetter-gegen-gewalt-und-ihrer-initiatorin-mona-maja-id213929253.html> (Stand: 23.11.2019)
- ²⁴ Michalska, Julianna (2019): Kölsche Mitte/Begleitschutz Köln. In: Belltower News. Unter: <https://www.belltower.news/koelsche-mitte-begleitschutz-koeln-hooligans-tuersteher-und-organisierte-neonazis-88897/> (Stand: 23.11.2019)
- ²⁵ Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Wiesbaden: Westdt. Verlag, S. 30
- ²⁶ Butterwegge, Christoph/ Häusler, Alexander (2002): Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus: Randprobleme oder Phänomene der Mitte? In: Butterwegge, Christoph (Hrsg.): Themen der Rechten- Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein. Opladen: Leske + Budrich, S. 217-267; hier S. 228ff.
- ²⁷ Jaschke: Rechtsextremismus, S. 29f.
- ²⁸ Jaschke: Rechtsextremismus, S. 51; Butterwegge/Häusler: Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus, S 231f.
- ²⁹ Jaschke: Rechtsextremismus, S. 30
- ³⁰ Hentges, Gudrun (2017): Rechtspopulismus. In: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und Rassismus – für demokratische Kultur in Hessen (MBT) (Hrsg.): Neue Nachbarn. Rechtspopulismus in Hessen. Unter: http://www.mbt-hessen.org/fileadmin/user_upload/material/MBT_Broschuere_Rechtspopulismus_32S_A4_12.pdf (Stand: 10.01.2019)
- ³¹ Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: Suhrkamp, S. 23
- ³² Müller: Populismus, S. 26 ff.
- ³³ Höcke, Björn (2016) in seiner Rede am 18.Mai 2016. Unter: <https://nrw.dgb.de/++co++a7c8a012-0883-11e6-aba3-52540023ef1a> (Stand: 09.02.2019)
- ³⁴ Gauland, Alexander (2016): Interview mit Cicero. Unter: <https://nrw.dgb.de/++co++a7c8a012-0883-11e6-aba3-52540023ef1a> (Stand: 09.02.2019)
- ³⁵ Müller: Populismus. 26 ff.
- ³⁶ Hentges: Rechtspopulismus, In: (MBT) (Hrsg.) unter: http://www.mbt-hessen.org/fileadmin/user_upload/material/MBT_Broschuere_Rechtspopulismus_32S_A4_12.pdf (Stand: 10.01.2019)
- ³⁷ Häusler, Alexander /Roeser, Rainer (2017): Rechtspopulismus: Entwicklung und aktuelle Erscheinungsformen in Deutschland. In: Allmendinger, Björn/ Fähmann, Joachim/ Tietze, Klaudia: Von Biedermännern und Brandstifter. Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft. Hamburg: VSA Verlag, S. 18-29, hier S. 18f.
- ³⁸ Verfassungsschutz-Gutachten zur AfD (2019) Unter: https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/#2019-01-15_BfV-AfD-Gutachten_D-III (Stand: 12.02.2019)
- ³⁹ Butterwegge, Christoph (2002): Rechtsextremismus. Freiburg: Herder, S. 23
- ⁴⁰ Salzborn, Samuel (2018): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Baden-Baden: Nomos, S. 20f.
- ⁴¹ Heitmeyer, Wilhelm im Interview (2017): „Die AfD stellt vor allem das Deutsch-Sein in den Mittelpunkt“, Unter: <http://www.heise.de/-3867233> (Stand: 11.02.18).
- ⁴² Müller: Populismus, S. 129 ff.
- ⁴³ Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld: Transcript, S. 98
- ⁴⁴ Terkessidis: Die Banalität des Rassismus, S. 98ff.
- ⁴⁵ Terkessidis: Die Banalität des Rassismus, S. 100

- ⁴⁶ Terkessidis: Die Banalität des Rassismus, S 14ff.
- ⁴⁷ Mecheril, Paul/ Melter, Claus (2010): Gewöhnliche Unterscheidungen. Wege aus dem Rassismus. In: Mecheril, Paul (Hrsg.): Migrationspädagogik. Weinheim: Beltz, S. 164
- ⁴⁸ Rommelspacher, Birgit (2011): Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claus (Hrsg.): Rassismuskritik 1. Rassismustheorie und -forschung. 2. Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 25-39, hier S. 31ff.;
Terkessidis: Die Banalität des Rassismus, S. 13ff.
- ⁴⁹ Ogette, Tupoka (2018): Exit RACISM. Rassismuskritisch denken lernen. Münster: Unrast Verlag, S. 54
- ⁵⁰ Terkessidis: Die Banalität des Rassismus, S. 101ff.
- ⁵¹ Shooman, Yasemin (2014): "...weil ihre Kultur so ist". Narrative des antimuslimischen Rassismus. Bielefeld: Transcript, S. 50ff.; S. 219f.
- ⁵² Shooman: "...weil ihr Kultur so ist", S. 80
- ⁵³ Terkessidis: Die Banalität des Rassismus, S. 176
- ⁵⁴ Terkessidis: Die Banalität des Rassismus, S 173ff.
- ⁵⁵ Terkessidis: Die Banalität des Rassismus, S 180ff.
- ⁵⁶ Terkessidis: Die Banalität des Rassismus, S. 195
- ⁵⁷ Terkessidis: Die Banalität des Rassismus, S. 187 ff.
- ⁵⁸ Ogette: Exit RACISM, S. 60
- ⁵⁹ Cremer, Hendrik (2013): „Racial Profiling“ – Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 Abs. 1a Bundespolizeigesetz. In: Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.), unter: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Studie/Racial_Profiling_Menschenrechtswidrige_Personenkontrollen_nach_Bundespolizeigesetz.pdf
- ⁶⁰ Ogette: Exit RACISM, S. 60 ff.
- ⁶¹ Kristina, Schröder (2018): Für mich ist es ja eher ein Alarmzeichen. Unter: https://twitter.com/schroeder_k/status/1021317056497676289 (Stand: 05.12.2018)
- ⁶² Küveler, Jan (2018): Alles offenen Fragen im Fall Mesut Özil. In: Die Welt online vom 26.07.2018. Unter: <https://www.welt.de/kultur/article179975732/Streit-um-Identitaet-Alle-offenen-Fragen-im-Fall-Mesut-Oezil.html> (Stand: 05.12.2018)
- ⁶³ Müller, Reinhard (2018): Verfolgungswahn. In: Frankfurter Allgemeine online vom 23.07.2018. Unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/warum-oezil-nicht-in-die-nationalmannschaft-gehoeert-15704310.html> (Stand: 05.12.2018)
- ⁶⁴ Norddeutscher Rundfunk (2018): Me-two. Unter: <https://www.tagesschau.de/inland/me-two-101.html> (Stand: 05.12.2018)
- ⁶⁵ Eoh, Ubine (2018): Nix Ni Hao. In: Frankfurter Allgemeine online vom 13.09.2018. Unter: <https://www.faz.net/aktuell/stil/leib-seele/metwo-debatte-was-unsere-autorin-sich-so-anhoeren-muss-15782191-p2.html> (Stand: 05.12.2018.); Ostheim, Lorina (2018): Junge Deutsche mit Migrationshintergrund. "Ich kenne Özils Gefühl." In: Spiegel Online vom 24.07.2018. . Unter: <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/mesut-oezil-junge-deutsche-mit-migrationshintergrund-ueber-seinen-ruecktritt-a-1219956.html> (Stand: 05.12.2018); Gasteiger, Caroline; Kathleen, Hildebrand; Reibert, Benjamin (2018): „Sie sprechen aber gut Deutsch.“ In: Süddeutsche Zeitung vom 27.07.2018. . Unter: <https://www.sueddeutsche.de/medien/metwo-sie-sprechen-aber-gut-deutsch-1.4072671> (Stand: 05.12.2108)
- ⁶⁶ Ostheim, Lorina (2018): Junge Deutsche mit Migrationshintergrund. In: Spiegel Online vom 24.07.2018. Unter: <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/mesut-oezil-junge-deutsche-mit-migrationshintergrund-ueber-seinen-ruecktritt-a-1219956.html> (Stand: 05.12.2018)
- ⁶⁷ Levit, Igor (2018): Goldberg Variationen gespielt. Unter: https://twitter.com/igorpianist/status/1022568662908252160?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed&ref_url=https%3A%2F%2Fwww.welt.de%2Fpolitik%2Fdeutschland%2Farticle180082062%2FMeTwo-Hashtag-gegen-Alltagsrassismus-bewegt-Tausende.html (Stand: 12.02.2019)
- ⁶⁸ Bundesverband Mobile Beratung e.V. (2017): „Wir holen uns unser Land zurück.“ Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen. S. 4; 9f. Unter http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2017/12/BMB_2017-Umgang-mit-rechtspopulistischen-Parteien.pdf (Stand: 09.02.2019)

- ⁶⁹ Kissing, Alexander/ Sudhoff, Jan/ Vonde, Detlef (2018): Parolen Paroli. Mit Argumenten gegen rechtspopulistische Vorurteile. Handreichungen für die Praxis. In: Bergische VHS Solingen/Wuppertal Regionalbüro Arbeit und Leben DGB/VHS Berg und Mark (Hrsg.). Unter: https://aul-bergmark.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Parolen_Paroli/parolen_paroli_2019.pdf (Stand: 09.02.2019)
- ⁷⁰ Hillje, Johannes (2017): Propaganda 4.0. Wie rechte Populisten Politik machen. Bonn: Dietz, S. 11
- ⁷¹ Butterwegge, Christoph/ Hentges, Gudrun/ Wiegel, Gerd (2018): Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD. Frankfurt am Main: Westend, S. 7
- ⁷² Ruhose, Fedor (2019): Die AfD im deutschen Bundestag. Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur. Wiesbaden: Springer.
Butterwegge, Christoph/ Hentges, Gudrun/ Wiegel, Gerd (2018): Rechtspopulisten im Parlament: Polemik, Agitation und Propaganda der AfD. Frankfurt am Main: Westend. Häusler, Alexander (2018): Völkisch autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD. Hamburg: VSA Verlag.
Hafenecker, Benno/ Jestädt, Hannah/ Klose Lisa-Marie/ Lewek, Philine (2018): AfD in Parlamenten: Themen, Strategien, Akteure. Schwalbach Ts.: Wochenschau Verlag.
Hillje, Johannes: Propaganda 4.0. Wie rechte Populisten Politik machen. Bonn: Dietz.
- ⁷³ Deutscher Bundestag (2017): Endergebnis bei der Bundestagswahl: An der Sitzverteilung ändert sich nicht. Unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw41-bundeswahlausschuss/527456> (Stand: 18.12.2018)
- ⁷⁴ Häusler, Alexander/ Roeser, Rainer: Rechtspopulismus. In: Allmendinger, Björn/ Fähmann, Joachim/ Tietze, Klaudia: Von Biedermännern und Brandstifter. S. 18-29, hier S. 21f.
- ⁷⁵ Bundesverband Mobile Beratung e.V. (2017): „Wir holen uns unser Land zurück.“ Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen. Unter: https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2017/11/BMB_landzurueck_web.pdf (Stand: 18.12.2018)
- ⁷⁶ Kissing, Alexander/ Sudhoff, Jan/ Vonde, Detlef (2018): Parolen Paroli. Mit Argumenten gegen rechtspopulistische Vorurteile. Handreichungen für die Praxis. In: Bergische VHS Solingen/Wuppertal Regionalbüro Arbeit und Leben DGB/VHS Berg und Mark (Hrsg.). Unter: https://aul-bergmark.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Parolen_Paroli/parolen_paroli_2019.pdf (Stand: 11.02.2019)
- ⁷⁷ Hillje: Propaganda 4.0, S.39f.
- ⁷⁸ Alternative für Deutschland - Kreisverband Weserbergland (2015): Reden der AfD-Demo in Erfurt vom 07.Oktober 2015. Unter: <https://afdweserbergland.wordpress.com/2015/10/12/12-10-15-video-hampel-gesetze-werden-tagtaeglich-von-der-regierung-gebrochen/> (Stand: 10.12.2018)
- ⁷⁹ Hillje: Propaganda 4.0, S. 40f.
- ⁸⁰ Hillje: Propaganda 4.0, S. 43ff.
- ⁸¹ Hillje: Propaganda 4.0, S. 80
- ⁸² Hillje: Propaganda 4.0, S. 89f.
- ⁸³ Hillje: Propaganda 4.0, S. 124 ff.
- ⁸⁴ Kissing, Alexander/ Sudhoff, Jan/ Vonde, Detlef (2018): Parolen Paroli. Mit Argumenten gegen rechtspopulistische Vorurteile. Handreichungen für die Praxis. In: Bergische VHS Solingen/Wuppertal Regionalbüro Arbeit und Leben DGB/VHS Berg und Mark (Hrsg.). Unter: https://aul-bergmark.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Parolen_Paroli/parolen_paroli_2019.pdf (Stand: 11.02.2019)
- ⁸⁵ Gauland, Alexander (2016): Interview mit Cicero am 07/2016. Unter: <https://nrw.dgb.de/++co++a7c8a012-0883-11e6-aba3-52540023ef1a> (Stand: 09.02.2019)
- ⁸⁶ Landtagswahlprogramm der AfD in Baden-Württemberg (2016), S. 18. Unter: <https://nrw.dgb.de/++co++a7c8a012-0883-11e6-aba3-52540023ef1a> (Stand: 09.02.2019)
- ⁸⁷ Frohniauer, Markus (2015): Rede auf einer Demonstration in Erfurt. Unter: <https://nrw.dgb.de/++co++a7c8a012-0883-11e6-aba3-52540023ef1a> (Stand: 09.02.2019)
- ⁸⁸ Gauland, Alexander (2016): zit. n. Zeit Magazin, 25. Februar 2016. Unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-02/alexander-gauland-afd-fluechtlingskrise-fluechtlingspolitik-grenzen> (Stand: 09.02.2019)
- ⁸⁹ Butterwegge: Rechtspopulisten im Parlament, S. 57.
- ⁹⁰ Brander, Stefan (2016): AfD-Abgeordneter muss nach Pöbeleien den Saal verlassen. Unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/thueringen-afd-abgeordneter-poebelt-im-landtag-und-wird-des-saales-verwiesen-a-1093188.html> (Stand: 13.02.2019)
Rheinische Post (2019): AfD-Abgeordnete verlassen bayerischen Landtag bei Rede von Charlotte Knobloch. Unter: https://rp-online.de/politik/deutschland/afd-abgeordnete-verlassen-den-saal-des-bayrischen-landtages-bei-holocaust-gedenken_aid-35826741 (Stand: 13.02.2019)

- ⁹¹ Hafenegger, AfD in Parlamenten, S. 147.
- ⁹² Vgl. exemplarisch die Kleinen Parlamentarischen Anfragen der AfD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen: Kleine Anfrage vom 25. Juli 2019: „Ergebnisse der polizeilichen Datenerhebung zu Straftaten mit dem Tatmittel Stichwaffe in Nordrhein-Westfalen im Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis zum 15. Juli 2019“, Drucksache 17/7006; Kleine Anfrage vom 16. Juli 2019: „Die berüchtigten „jungen Männer“ randalieren in den Freibädern NRWs – Baden wir nun die verfehlte Migrationspolitik aus?“, Drucksache 17/6973; Große Anfrage 12 vom 5. Februar 2019: „Faktizität oder „Relotisierung“? – Wie „friedlich“ verlief die Silversternnacht 2018/2019 wirklich?“; Drucksache 17/5185.
- ⁹³ Vgl. exemplarisch die Kleinen Parlamentarischen Anfragen der AfD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen: Kleine Anfrage vom 14. November 2017: „Importieren wir uns den Antisemitismus auf die Schulen?“, Drucksache 17/1357; Kleine Anfrage vom 6. September 2018: „Anzahl muslimischer Gemeinden in Nordrhein-Westfalen“, Drucksache 17/3548; Kleine Anfrage vom 4. Mai 2018: „Werden durch die Zunahme des muslimischen Bevölkerungsanteils in Nordrhein-Westfalen mehr Tiere geschächtet?“, Drucksache 17/2544.
- ⁹⁴ Butterwegge/ Hentges/ Wiegel: Rechtspopulisten im Parlament, S. 83f; vgl. auch: Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen vom 6. November 2017: „Entwicklung und Prävention von Skabies“, Drucksache 17/1334.
- ⁹⁵ Vgl. exemplarisch die Kleinen Parlamentarischen Anfragen der AfD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen: Kleine Anfrage vom 9. August 2018: „Starker Anstieg ausländischer Empfänger von Kindergeld – Massentauglicher Populismus oder tatsächliche Immigration in die Sozialsysteme?“, Drucksache 17/3395; Kleine Anfrage vom 10. Januar 2018: „Entwicklung der Anzahl der Hartz-IV-Empfänger in NRW“, Drucksache 17/1703; Kleine Anfrage vom 17. August 2017: „Vielfacher Sozialbetrug durch Asylbewerber“, Drucksache 17/408.
- ⁹⁶ Vgl. exemplarisch die Kleinen Parlamentarischen Anfragen der AfD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen: Kleine Anfrage vom 30. August 2019: „Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) in NRW“, Drucksache 17/7251; Kleine Anfrage vom 20. Februar 2019: „Flüchtlingsbürgen – Versorgung im Krankheitsfall sowie bei Pflegebedürftigkeit“, Drucksache 17/5220; Kleine Anfrage vom 11. September 2018: „Sozialhilfanspruch trotz nicht gewährtem Aufenthaltsrecht?“, Drucksache 17/3671
- ⁹⁷ <https://afd-fraktion.koeln/ratsanfragen/2019/05/wohnungsnott-in-koeln/>
- ⁹⁸ Thomas Röckemann (2017): Manuskript Haushaltsrede, 18.12.2017
- ⁹⁹ AfD-Kreisgruppe im Kreistag Gütersloh: Anfrage „Leistungsmissbrauch beim Kindergeld“ vom 07.11.2017
- ¹⁰⁰ AfD-Ratsgruppe Münster, Facebook, Posting vom 29.05.2018; <https://www.facebook.com/AfDRatsgruppeMS/>
- ¹⁰¹ AfD-Ratsgruppe Münster, Facebook, Posting vom 02.08.2018; <https://www.facebook.com/AfDRatsgruppeMS/>
- ¹⁰² <https://afd-fraktion.koeln/ratsantraege/2018/11/einfuehrung-der-medizinischen-altersfeststellung-bei-uma-2/>
- ¹⁰³ Klare, Heiko/Killguss, Hans-Peter/Puls, Hendrik/Sturm, Michael (2012): Eine Rechte ohne Antisemitismus? Neue Inszenierungsformen des Rechtspopulismus in Westeuropa. In: Gebhardt, Richard/Klein, Anne, Meier, Marcus (Hg.): Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit. Weinheim und Basel: Beltz – Juventa, S. 192-208.
- ¹⁰⁴ Butterwegge/ Hentges/ Wiegel: Rechtspopulisten im Parlament, S. 114
- ¹⁰⁵ Vgl. Salzborn, Samuel (2017): Von der offenen zur geschlossenen Gesellschaft. Die AfD und die Renaissance des deutschen Opfermythos im rechten Diskurs. In: Grigat, Stephan (Hg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos, S. 29-40, hier S. 34.
- ¹⁰⁶ Bayerischer Rundfunk (2019): Analyse: Sind AfD-Politiker „geistige Brandstifter?“ Unter: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/analyse-sind-afd-politiker-geistige-brandstifter,ReyGTZT> (Stand: 19.11.2019)
- ¹⁰⁷ Video „Kyffhäusertreffen 2017 – Rede von Björn Höcke, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=7ALZpg3glGk> (abgerufen am 10.08.2019)
- ¹⁰⁸ Detering, Heinrich (2019): Was heißt hier „wir“? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten. Stuttgart: Reclam, S. 15-20.
- ¹⁰⁹ AfD-Ratsgruppe Münster, Facebook, Posting vom 20.05.2018; <https://www.facebook.com/AfDRatsgruppeMS/>
- ¹¹⁰ Ayyadi, Kira (2018): Hass auf Soros als gemeinsamer Nenner der internationalen Rechten. Unter: <https://www.belltower.news/antisemitischer-hass-auf-soros-als-gemeinsamer-nenner-der-internationalen-rechten-47790/> (Stand: 20.11.2019)
- ¹¹¹ Alternative für Deutschland (2016): Programm für Deutschland. Das Grundatzprogramm der AfD. Berlin, S. 94

- ¹¹² Vgl. Sebastian Leber, „Tabubrüche und Skandale – Das sind die abenteuerlichsten Rechtfertigungen der AfD“. In: tagesspiegel online vom 17.07.2019, unter: <https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/tabubrueche-und-skandale-das-sind-die-abenteuerlichsten-rechtfertigungen-der-afd/24595264.html> (abgerufen am 21.08.2019); „AfD-Mitglied Gedeon darf „Holocaust-Leugner“ genannt werden“. In: Welt online vom 17.01.2018; <https://www.welt.de/politik/deutschland/article172556716/AfD-Mitglied-Gedeon-darf-Holocaust-Leugner-genannt-werden.html?fbclid=IwAR1gA0SWdwoCUIDYt-nNw0MnUVQnUQnPrDcfmkkM6qL1q9k3ScADQ-nOIMU> (abgerufen am 21.08.2019); Justus Bender, „AfD-Politikerin unterstützt Verein von Holocaust-Leugnern“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung online vom 28.11.2018, unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus-afd-politikerin-unterstuetzt-verein-von-holocaust-leugnerin-15914058.html> (abgerufen am 21.08.2019)
- ¹¹³ Vgl. Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 15. Sitzung (23.02.2018), S. 1301; online unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19015.pdf#P.1289> (abgerufen am 21.08.2019)
- ¹¹⁴ Video, „Alexander Gauland, Spitzenkandidat der AfD – Jung & Naiv: Folge 318; online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=f7JXQfT9ou0> (abgerufen am 21.08.2019)
- ¹¹⁵ Vgl. Landtag Sachsen-Anhalt, Drucksache 7/913 (30.01.2017)
- ¹¹⁶ Vgl. Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 15. Sitzung (23.02.2018), S. 1295.; online unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19015.pdf#P.1289> (abgerufen am 21.08.2019)
- ¹¹⁷ Vgl. AfD-Kreisverband Mühlendorf, Roth zelebriert Erinnerungskultur in Mühlendorf (Eintrag vom 09.02.2019), online unter: <https://afd-muehlendorf.de/aktuelles/aktuelles-kv/page/2/> (abgerufen am 24.08.2019)
- ¹¹⁸ Vgl. Stellungnahme AfD-Ratsfraktion im Stadtrat Dortmund zum Zwangsarbeiter-Denkmal am Phoenix-See (02.10.2017), online unter: <https://afd-dortmund.de/aktuelles/2017/10/stellungnahme-afd-ratsfraktion-im-stadtrat-zum-zwangsarbeiter-denkmal-am-phoenix-see/> (abgerufen am 24.08.2019)
- ¹¹⁹ Zitiert nach: Lippische Landeszeitung vom 20.03.2018.
- ¹²⁰ Vgl. hierzu mit weiteren Beispielen: Sturm, Michael (2019): „Neutralität“ als Kampfbegriff. Herausforderungen für die politische Bildung in Zeiten des Rechtspopulismus. In: Außerschulische Bildung 1/2019, S. 37-40; ebenso: Sturm, Michael (2019): Mut zur Unausgewogenheit. Überlegungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Interventionen in die politische Bildung. In: Außerschulische Bildung 3/2019, S. 27-34.
- ¹²¹ Landtag Nordrhein-Westfalen (2017): Antwort der Landesregierung auf die kleine Anfrage 237 vom 22. August 2017. Unter: <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-779.pdf> (Stand: 11.01.2019)
- ¹²² Kleine Anfrage vom 29.04.2019: „Der Flüchtlingsrat und die Interventionistische Linke. Plant die Landesregierung die Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat NRW zu überprüfen?“, Drucksache 17/5941
- ¹²³ Kleine Anfrage vom 22. Januar 2019: „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ – Politische Indoktrination?, Drucksache 17/4953
- ¹²⁴ Kreis Herford (2017): Niederschrift der 17. Sitzung des Kreistags vom 13.10.2017, S. 9.
- ¹²⁵ AfD-Ratsgruppe Münster, Facebook, Posting vom 03.12.2018; <https://www.facebook.com/AfDRatsgruppeMS/>
- ¹²⁶ Ebenda
- ¹²⁷ Ruhose, Fedor (2018): Ein Jahr AfD im Bundestag. Wie sie arbeitet, was sie plant und wie man sie schwächt. In: Progressives Zentrum e.V. (Hrsg.). Unter: https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2018/09/Ein-Jahr-AfD-im-Bundestag_Wie-sie-arbeitet-was-sie-plant-und-wie-man-sie-schwächt_Fedor-Ruhose_Das-Progressive-Zentrum-.pdf (Stand: 15.12.2018)
- ¹²⁸ Bundesverband Mobile Beratung e.V.: „Wir holen uns unser Land zurück.“ Unter: https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2017/11/BMB_landzurueck_web.pdf (Stand: 18.12.2018)
- ¹²⁹ Ruhose, Fedor (2018): Ein Jahr AfD im Bundestag. Wie sie arbeitet, was sie plant und wie man sie schwächt. In: Progressives Zentrum e.V. (Hrsg.). Unter: https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2018/09/Ein-Jahr-AfD-im-Bundestag_Wie-sie-arbeitet-was-sie-plant-und-wie-man-sie-schwächt_Fedor-Ruhose_Das-Progressive-Zentrum-.pdf (Stand: 15.12.2018)
- ¹³⁰ Unter „Agenda Setting“ verstehen wir Themenschwerpunkte, die von politischen Akteur*innen bewusst gesetzt werden. Bestimmte Themen werden als relevant markiert, und ständig aufgegriffen, um sie politischen, gesellschaftlichen und medialen Diskursen zu etablieren.

- ¹³¹ Karakayali, Serhat/ Kleist, Olaf (2016): EFA-Studie 2. Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. In: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), unter: https://www.bim.hu-berlin.de/media/Studie_EFA2_BIM_11082016_VÖ.pdf (Stand: 15.12.2018)
- Brunner, Katharina/ Rietzschel, Antonie (2016): Jung, weiblich, gebildet – Flüchtlingshelfer in Zahlen. In: Süddeutsche Zeitung online vom 24.08.2016, (Unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/engagement-jung-weiblich-gebildet-fluechtlingshelfer-in-zahlen-1.3118324> (Stand: 12.12.2018)
- ¹³² Norddeutscher Rundfunk (2018): Grüner Höhenflug. Unter: <https://www.tagesschau.de/inland/gruene-bayern-101.html> (Stand 21.11.2018); Norddeutscher Rundfunk (2018): Hessen Vorwahlumfrage. Unter: <https://www.tagesschau.de/inland/hessen-vorwahlumfrage-101.html> (Stand 21.11.2018)
- ¹³³ CDU Niedersachsen (2017): Niedersachsen nach vorne bringen. Regierungsprogramm der CDU Niedersachsen 2017-2022. Unter: <https://cdu-niedersachsen.de/medien/niedersachsen-nach-vorne-bringen-regierungsprogramm-2017-2022/>, S. 85ff.
- ¹³⁴ Szymaniak, Peter (2017): Oberhausens Rat: Darum soll die AfD nicht in die Stadthalle In: Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ). Unter: <https://www.waz.de/staedte/oberhausen/oberhausens-rat-darum-soll-die-afd-nicht-in-die-stadthalle-id209345153.html> (Stand: 07.12.2018)
- ¹³⁵ CDU Oberhausen (2017): Stehr: AfD-Landesparteitag bei uns schadet Image der Stadt. Unter: <https://www.cdu-oberhausen.de/archiv/589-stehr-afd-landesparteitag-bei-uns-schadet-stadt-image.html> (Stand: 07.12.2018)
- ¹³⁶ Hillje: Propaganda 4.0, S. 138 ff.
- ¹³⁷ Hillje: Propaganda 4.0, S. 140ff.
- ¹³⁸ Hillje: Propaganda 4.0, S. 143ff.
- ¹³⁹ Ruhose: Ein Jahr AfD im Bundestag. In: Progressives Zentrum e.V. (Hrsg.). Unter: https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2018/09/Ein-Jahr-AfD-im-Bundestag_Wie-sie-arbeitet-was-sie-plant-und-wie-man-sie-schwächt_Fedor-Ruhose_Das-Progressive-Zentrum-.pdf (Stand: 15.12.2018), S. 7
- ¹⁴⁰ Ruhose: Ein Jahr AfD im Bundestag. In: Progressives Zentrum e.V. (Hrsg.). Unter: https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2018/09/Ein-Jahr-AfD-im-Bundestag_Wie-sie-arbeitet-was-sie-plant-und-wie-man-sie-schwächt_Fedor-Ruhose_Das-Progressive-Zentrum-.pdf (Stand: 15.12.2018), S. 9
- ¹⁴¹ Bundesverband Mobile Beratung e.V.: „Wir holen uns unser Land zurück.“ Unter: https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2017/11/BMB_landzurueck_web.pdf (Stand: 18.12.2018)
- ¹⁴² Bundesverband Mobile Beratung e.V.: „Wir holen uns unser Land zurück.“ Unter: https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2017/11/BMB_landzurueck_web.pdf (Stand: 18.12.2018), S. 9ff.
- ¹⁴³ Bundesverband Mobile Beratung e.V.: „Wir holen uns unser Land zurück.“ Unter: https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2017/11/BMB_landzurueck_web.pdf (Stand: 18.12.2018)
- ¹⁴⁴ Frank, Elena/ Vandamme, Ralf (2017): Was ist eine Kommune? Zur Bedeutung von Kommunalpolitik heute. In: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.). Unter: <http://www.bpb.de/izpb/257291/was-ist-eine-kommune-zur-bedeutung-von-kommunalpolitik-heute?p=all> (Stand 22.11.2018)
- ¹⁴⁵ Frank/ Vandamme: Was ist eine Kommune? In: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.). Unter: <http://www.bpb.de/izpb/257291/was-ist-eine-kommune-zur-bedeutung-von-kommunalpolitik-heute?p=all> (Stand 22.11.2018)
- ¹⁴⁶ Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen (2019): Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Unter: https://recht.nrw.de/lmi/owa/pl_text_anzeigen?v_id=2320021205103438063 (Stand 05.01. 2019)
- ¹⁴⁷ Foroutan, Naika/ Canan, Coşkun/ Arnold, Sina/ Schwarze, Benjamin/ Beigang, Steffen / Kalkum, Dorina: Deutschland postmigrantisch 1. Gesellschaft, Religion, Identität. Erste Ergebnisse. In: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM (Hrsg.)). Unter: <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/junited/deutschland-postmigrantisch-1/> (Stand: 12.12.2018)
- ¹⁴⁸ Strobl, Rainer/ Würtz, Stefanie/ Klemm, Jana (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Weinheim: Juventa Verlag, S. 141ff.
- ¹⁴⁹ Strobl/ Würtz/ Klemm (2003): Demokratische Stadtkultur, S. 143
- ¹⁵⁰ Geschäftsordnung für den Integrationsrat der Stadt Mönchengladbach (2004). Unter: https://www.moenchengladbach.de/uploads/media/10-4b_13-01.pdf (Stand: 12.02.2012)
- ¹⁵¹ Geschäftsordnung für den Integrationsrat der Stadt Mönchengladbach (2004). Unter: https://www.moenchengladbach.de/uploads/media/10-4b_13-01.pdf (Stand: 12.02.2012)

- ¹⁵² Behn, Sabine (2013): Lokale Aktionspläne für Demokratie. Zivilgesellschaft und Kommune in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Ergebnisse der Evaluation des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“. Weinheim: Beltz Juventa, S. 119ff.
- ¹⁵³ Landeszentrale für politische Bildung NRW: Kommunale Förderprogramm NRWeltoffen. Unter: <http://www.nrweltoffen.de/landesaktivitaeten/Kommunale-Foerderung/index.php> (Stand: 11.01.2019)
- ¹⁵⁴ Behn: Lokale Aktionspläne, S. 119ff.; S. 155ff.; Strobl/ Würtz/ Klemm: Demokratische Stadtkultur, S. 38ff; S. 138 ff.
- ¹⁵⁵ Die aufgelisteten Anlagen sind über die Geschäftsstelle des Landesintegrationsrates NRW zu beziehen.
- ¹⁵⁶ Oberbürgermeister der Stadt Köln (2009): Hauptsatzung der Stadt Köln. Unter: <https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/satzungen/hauptsatzung-15042011.pdf> (Stand 10.12.2018)
- ¹⁵⁷ Dies ist ein Beispiel aus der Hauptsatzung der Stadt Köln. Nicht jede Kommune weist im Rahmen ihrer Hauptsatzung ausdrücklich auf die Möglichkeit des Integrationsrates, über den Haushalt zu beraten hin. In jedem Fall kann können sich die Integrationsräte auf die Gemeindeordnung in NRW berufen. Unter § 27 Abs. 8 wird vermerkt, dass sich der Integrationsrat mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen kann. Hierzu gehören auch Beratungen über die Haushaltssatzung. Demensprechend muss der Antrag je nach der Kommune verändert werden.
- ¹⁵⁸ Die aufgelisteten Anlagen sind über die Geschäftsstelle des Landesintegrationsrates NRW zu beziehen.
- ¹⁵⁹ Oberbürgermeister der Stadt Köln (2009): Hauptsatzung der Stadt Köln. Unter: <https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/satzungen/hauptsatzung-15042011.pdf> (Stand 10.12.2018)
- ¹⁶⁰ Dies ist ein Beispiel aus der Hauptsatzung der Stadt Köln. Nicht jede Kommune weist im Rahmen ihrer Hauptsatzung ausdrücklich auf die Möglichkeit des Integrationsrates, über den Haushalt zu beraten hin. In jedem Fall kann können sich die Integrationsräte auf die Gemeindeordnung in NRW berufen. Unter § 27 Abs. 8 wird vermerkt, dass sich der Integrationsrat mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen kann. Hierzu gehören auch Beratungen über die Haushaltssatzung. Demensprechend muss der Antrag je nach der Kommune verändert werden.

Landesintegrationsrat NRW
Haroldstraße 14
40213 Düsseldorf

Telefon: 02 11-9 94 16 0
Fax: 02 11-9 94 16 15

E-mail: info@landesintegrationsrat-nrw.de
www.landesintegrationsrat.nrw